



LIPortal

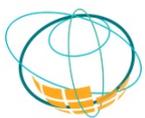
Das Länder-Informations-Portal

Simbabwe

„Afrikas Paradies!“ - So schwärmten die britischen Kolonialherren und die simbabwische Tourismusindustrie von Simbabwe, dem früheren Rhodesien. In Folge des politischen und ökonomischen Niedergangs ab dem Jahr 2000 wurde aus der einstigen Kornkammer ein Empfängerland für die Not- und Katastrophenhilfe.

- Landesübersicht & Naturraum
- Geschichte & Staat
- Wirtschaft & Entwicklung
- Gesellschaft & Kultur
- Alltag & Praktische Informationen

Das Länderinformationsportal



LIPortal

Das Länderinformationsportal

Im **Länderinformationsportal (LIPortal)** geben ausgewiesene Landesexpertinnen und Landesexperten eine Einführung in eines von ca. 80 verschiedenen Ländern. Das LIPortal wird kontinuierlich betreut und gibt Orientierung zu Länderinformationen im WorldWideWeb. **mehr**

Landesübersicht & Naturraum

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Das Land zwischen Sambesi- und Limpopo-Flüssen wurde 1980 Simbabwe genannt. Der Name bezieht sich auf Zeugnisse einer früheren Hochkultur. Simbabwe ist in verschiedene Vegetationszonen unterteilt und eignet sich ideal für die Landwirtschaft.



Tabaksortieren auf einer Großfarm Foto: R. Schäfer

Offizieller Name

Republik Simbabwe

Fläche

390.757 km²

Einwohner/-innen

ca. 16.11 Mio. (2017)

Bevölkerungswachstum
ca. 2,2% (2017)

Regierungssitz
Harare

Amtssprache
Englisch

Regionalsprachen
Shona, Ndebele

Landesübersicht, Lage und Größe



Simbabwe liegt zwischen dem 15. und 23. südlichen Breitengrad und dem 25. und 34. östlichen Längengrad. Es ist ein Binnenstaat im südlichen Afrika. Die Landesfläche umfasst 390.757 qkm, davon sind 386.847 qkm Land und 3.910 qkm Wasser. Im Norden und Nordwesten grenzt Simbabwe an **Sambia**. Die 797 km lange Grenze wird vom Kariba-Stausee und dem Sambesifluss gebildet. **Botswana** ist der westliche Nachbar, die Grenze beträgt 813 km. Im Süden grenzt Simbabwe an **Südafrika**. Hier erstreckt sich der Grenzverlauf über 225 km – weitgehend entlang des Limpopo-Flusses. Das östliche Nachbarland ist **Mosambik**, die 1231 km lange Grenze geht durch die Eastern Highlands.

Lage Simbawwes © TUBS
wikipedia (CC BY-SA 3.0)

Karten



Das Kartenmaterial umfasst: einen **geographische Einordnung** Simbawwes, die **Topographie** und **administrative Gliederung**, die Hauptstadt **Harare** und **Gebiets- oder Themenkarten**. Die Karten der **Food and Agricultural Organization (FAO)** der UN bieten agrarische Informationen und Hinweise auf das Klima. Für Mitarbeiter/-innen humanitärer Organisationen sind die Karten von **Reliefweb** erkenntnisreich, weil sie zeitliche und landesinterne Vergleiche von humanitären Problemen ermöglichen.

Geographische Besonderheiten



Die **Viktoria-Wasserfälle**, die zu den größten Wasserfällen der Welt zählen, sind ein **UNESCO-Weltnaturerbe**. Dort stürzt der Sambesi - der viertgrößte Fluss Afrikas - bis zu 108 Meter in die Tiefe und zwar über eine Breite von 1700 Metern. Auch der **Mana-Pools-Nationalpark** am Sambesi im Norden des Landes zählt zum UNESCO-Weltnaturerbe. Der Kariba-Stausee ist mit 5.580 qkm Wasser der fünftgrößte Stausee der Erde. Dieser 280 Kilometer lange See kann für die Schifffahrt genutzt werden. Demgegenüber sind die Flüsse wegen ihrer geringen Wasserführung und Stromschnellen nicht schiffbar. Die Naturschönheiten, zu denen auch Gebirgsformationen und Tierparks zählen, und das kulturhistorische Erbe Simbabwes sind international anerkannt.

Viktoriafälle, © Foto: R. Schäfer

Impressionen



Frau an einem Getreidespeicher, © Foto: Rita Schäfer



Gehöft in Mashonaland East, © Foto: Rita Schäfer



Rinder, © Foto: Rita Schäfer



Steinskulptur, © Foto: Rita Schäfer

Neben Fotografien vermitteln [Videos](#) [Impressionen](#) von der spektakulären Natur des Landes.

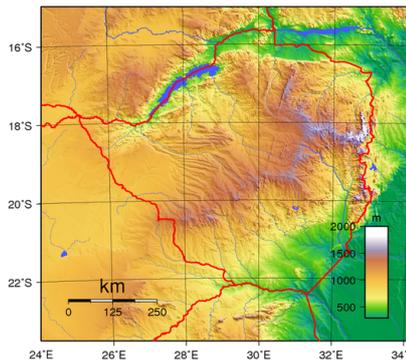
Grunddaten

Simbabwe ist in acht Provinzen unterteilt, zudem haben die Großstädte [Bulawayo](#) und Harare Provinzstatus. Regierungssitz ist die Hauptstadt [Harare](#) im Zentrum des Landes.

Wichtige Grundinformationen über Simbabwe bietet das [Auswärtige Amt](#). Zudem dokumentiert die [Weltbank](#) detaillierte Daten zur Wirtschafts- und Finanzentwicklung. Sie weist auf weitere

themenrelevante Informationen des Internationalen Währungsfonds (IWF/IMF) und der Afrikanischen Entwicklungsbank hin, die auch eigene länderspezifische Daten bieten. Darüber hinaus wird die ökonomische Entwicklung Simbabwes mit anderen afrikanischen Ländern verglichen. Der UNDP-Report 2018 des UN-Entwicklungsprogramms zu Indikatoren zur menschlichen Entwicklung bietet aktuelle Informationen über wichtige Entwicklungsthemen.

Naturraum



Simbabwe Topographie © Sadalmelik (Public domain)

Topografisch ist Simbabwe ein Hochland, das auch als „Highveld“ bezeichnet wird. Es steigt vom Südwesten zum Nordosten allmählich an und macht den Großteil der Landesfläche aus. Die durchschnittliche Höhe beträgt zwischen 1200 und 1600 Metern über N.N. Der höchste Berg, der Mount Inyangani mit 2592 Metern über N.N., liegt im Nationalpark Nyanga im Osten des Landes. Dieser ist Teil des Chimanimani-Gebirges, das zu den Eastern Highlands gehört und sich entlang der Grenze zu Mosambik erstreckt. Es zeichnet sich durch sein kühl-nebligtes Klima und eine eigene Gebirgsvegetation mit großem Artenreichtum aus. Das Hochland fällt im Norden in das Sambesital und im Süden in das Limpopo-Flusstal ab. Die Vegetation ist zumeist durch eine Trockensavanne geprägt. Etwa 20 % des Landes gelten als Tiefland, das auch „Lowveld“ genannt wird und auf einer Höhe zwischen 162 Metern und 900 Metern über N.N. liegt.

Klima



Arides Land © R. Schäfer

Das Klima ist gemäßigt. Während auf dem Hochland ein subtropisches Klima herrscht, gibt es im Tiefland im Süden und Norden tropische Temperaturen. Die sommerliche Hitze im Hochland erreicht bis zu 30 Grad Celsius, im Winter kann es zu Nachtfrösten kommen. Die durchschnittliche Temperatur in der Hauptstadt Harare beträgt 20 Grad Celsius. Die Regenzeit dauert von Ende Oktober bis März. Im Jahresdurchschnitt betragen die Regenfälle 1000 mm; wobei im Tiefland unter 400 mm fallen, im Hochland über 600 mm und im Gebirge über 2000 mm. Die bisherige Einteilung des ganzen Landes in fünf agrar-ökologische Zonen, die sich vor allem auf die Regenfälle und die Bodennutzung beziehen, wird wegen den Folgen des Klimawandels fragwürdig.

Auch bisherige auf lokalem agrar-ökologischen Wissen basierende wichtige Anpassungsstrategien an Dürren lassen sich nur begrenzt nutzen, obwohl die Landbevölkerung damit gemäß ihrer Interpretationen des Klimawandels experimentiert. Die Vorhersagen des staatlichen meteorologischen Dienstes sind unzuverlässig oder gar falsch, was durch jahrzehntelange Misswirtschaft auf nationaler Ebene bedingt ist. Wegen der Ausmaße der Veränderungen verschiedener Sektoren und der Verwundbarkeit großer



Saatselektion © R. Schäfer

Bevölkerungsgruppen sind die notwendigen **Anpassungsstrategien** etwa in den Bereichen **Saatgutselektion**, **Varietätenvielfalt**, nachhaltiges Bewässerungsmanagement und Dürrefrühwarnsysteme wichtig, aber mancherorts reichen sie nicht mehr. Internationale **Geberorganisationen** setzen auf **Resilienz**.

Innovativ an lokale Bedingungen angepasste, außerlandwirtschaftliche **Einkommensaktivitäten** sind notwendig. Denn wiederkehrende **Dürren** beeinträchtigen die Landwirtschaft, das betrifft die **Folgen der Dürre** Anfang 2016 und die mit **regionalen Wetterphänomenen** verbundenen **Ernteeinbußen**. Davon sind vor allem **Kleinbäuerinnen** betroffen, die bis zu 70 % der **Feldarbeit** leisten. Sie können ihr Know-how nur bedingt anwenden, dennoch wird ihre **Arbeitslast** erhöht, trotzdem sind die Erträge oft nicht ausreichend für die familiäre Grundversorgung. Darunter leiden vor allem **Kinder**, zumal auch ihr Schulbesuch insbesondere im ländlichen Raum erschwert wird. Klimaveränderungen und Dürren wirken sich auch auf die Weiden und die **Viehhaltung** aus, 2016 wurde insbesondere die kleinbäuerliche **Rinderhaltung** stark von einer **Dürre** beeinträchtigt.

Die Auswirkungen des **Klimawandels** und dessen Folgen auf die **Wasserressourcen** sind komplex: Seit einigen Jahren gibt es mancherorts sintflutartigen Starkregen mit **Überschwemmungen**, wie **Anfang 2017** in einigen Landesteilen. Daraus resultieren Todesfälle, Verletzungen, materielle Verluste, Umsiedlungen, Ernteeinbußen, Ernährungs- und Finanzprobleme kleinbäuerlicher Betriebe. Andernorts sinkt der **Grundwasserspiegel** in Folge ausgeprägter Dürren. Großfarmer sind auf Bewässerungslandwirtschaft angewiesen, für die sie oft kleine Stauseen anlegen.

Zu einzelnen **Dämmen**, die von Gemeinden angelegt und genutzt werden, gibt es Evaluierungen über Erfolge und Probleme. Dürren und Folgen des Klimawandels wirken sich auf die **Dämme** aus, das betrifft keineswegs nur die Staumauer am Karibastausee. Vielerorts ist Wassermangel ein fortschreitendes Problem. Dämme, die für die umstrittene Ethanolherstellung Wasser speichern, verschärfen die Probleme der lokalen bäuerlichen Produzenten/-innen. So kam es bereits zu Konflikten, vor allem wenn bei Dammbauten auch Zwangsumsiedlungen vorgenommen werden.

Klima- und entwicklungspolitische Ansätze bemühen sich um innovative **rurale Anpassungsstrategien** an die **Folgen des Klimawandels**. **Anpassungsstrategien in den Städten** fehlen weitgehend. Sie wären angesichts der Bevölkerungsentwicklung dort besonders notwendig. Konkret betrifft das auch die Einstellung der Regierungspartei zur Urbanisierung und zu Menschen in informellen städtischen Siedlungen. Den Ausbau erneuerbarer Energien fordern beispielsweise **Gewerkschaften**, unter Bezug auf rechtliche und **energiepolitische Grundlagen** zeigen sie die Schaffung von **Arbeitsplätzen** auf.

Der **Klimawandel** beeinflusst Simbabwe und die **Nachbarländer**. Innerhalb der Southern African Development Community (**SADC**)



Sambesi Fluss, © Foto: R. Schäfer

suchen sie nach **Lösungen**. Dazu zählt der regionale **Informationsaustausch**. Auch in der **Klima- und Umweltforschung** gibt es regionale Kooperationen, beispielsweise zu den Grenzflüssen **Limpopo** und **Sambesi**. Mitarbeiter/-innen grenzübergreifender **Nationalparks** lernen gemeinsam, die Folgen des Klimawandels vor Ort einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Ihre Trainings wurden u.a. von der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (**GIZ**) unterstützt.



Saatgut im Hausdach, © Foto: Rita Schäfer

Die **Folgen des Klimawandels beeinträchtigen** den **Trinkwasserhaushalt** und den **Zugang zu sauberem Wasser** sowie die **kleinbäuerliche Landwirtschaft**. Über die Relevanz des "indigenous knowledge" wird diskutiert. Das betrifft auch die Bedeutung dieses **Wissens** für **saisonale Klimaprognosen** und Wettervorhersagen. Der Austausch **innovativer Ansätze** und lokaler Anpassungsstrategien ist sinnvoll.

2002 wurde ein Gesetz zum Umweltmanagement verabschiedet, das Grundlagen für die **Klimapolitik** bot. Die **Umsetzung klimapolitischer Vorgaben** bleiben eine **Herausforderung**. Das Sabin Centre der Law School an der Columbia University bietet einige Regierungsdokumente zum Klimawandel. Es gibt **nationale Vorgaben, staatliche Programme** und **planerische Vorhaben** in unterschiedlichen Sektoren, die sich mit den **Folgen des Klimawandels** auseinandersetzen. Das betrifft beispielsweise die **Wasserversorgung**. Dennoch wäre ein **verbindender Ansatz** mit klaren politischen Zielen notwendig, wie kritische Wissenschaftler/-innen aus der **Region** fordern. Ihren konzeptionellen Austausch fördern einzelne nichtstaatliche Entwicklungsorganisationen und politische Stiftungen. Die staatliche **Klimapolitik** sowie ihre nationale und lokale Umsetzung in Simbabwe bleiben umstritten. Das betrifft auch die zur Verfügung stehenden **Finanzen**.

Am **16. und 17. März 2019** zerstörte der **Zyklon Idai** Gebiete in den östlichen Landesteilen. Über 90 Menschen starben, über 200 wurden Tage später noch vermisst. Hilfslieferungen wurden wegen sehr starke Winde, die den Lufttransport erschwerten, und angesichts zerstörter Strassen und Brücken erst zeitversetzt in die Siedlungen gebracht. Auch im Nachbarland **Mosambik** waren die Zerstörungen gewaltig, besonders betroffen war die Hafenstadt Beira. Zahlreiche Menschen verloren ihr Leben.

Vegetationszonen

In Simbabwe ist die landschaftlich prägende **Vegetationszone** die Savanne. Je nach Höhenlage und Regenfällen handelt es sich um Trocken-, Baum- oder Strauchsavannen. Während in der



Savannenvegetation, © Foto: R. Schäfer

Trockensavanne Schirmakazien und so genannte Affenbrotbäume (Baobab) kennzeichnend sind, wachsen in den feuchteren Höhenlagen Teakhölzer und Mahagoni. Simbabwe verfügt über eine große **Pflanzenvielfalt**, dazu zählen verschiedene Grasarten. Die Regierung hat die internationale **Biodiversitätskonvention** unterzeichnet und 2014 einen **nationalen Aktionsplan** sowie eine Umsetzungsstrategie zum Erhalt der Biodiversität veröffentlicht. Einige Forschungen ergründen die Biodiversität und den Erhalt des Artenschutzes **auf lokaler Ebene**. In der Entwicklungszusammenarbeit gibt es Projekte zum **Erhalt vieler Varietäten** und minimaler Bodenbearbeitung zum Erhalt der Fruchtbarkeit und Bodenfeuchtigkeit (minimum tillage); hier spielt das Saatgut auch eine große Rolle. Regionaler Austausch zählt mancherorts zu den Projektaktivitäten. Zudem verfolgen einige Projekte und praxisrelevanten Forschungen einen integrierten Ansatz, indem sie den Erhalt der **Biodiversität** mit institutionellen Überlegungen verbinden.



Nationalpark Eastern Highlands, © Foto: Rita Schäfer

Nationalparks, Reservate und botanische Gärten schützen Flora und Fauna. Ihr Anteil an der Landesfläche beträgt über 11 %. In den insgesamt **zehn Nationalparks** leben über 300 verschiedene Säugetierarten. Dazu zählen **Elefanten**, Löwen, Nashörner, Büffel, Paviane, Giraffen, Antilopen, Zebras, Stachelschweine und Nilpferde. In den Gewässern finden sich Krokodile und über 130 Fischarten. Neben Eidechsen und Schlangen bereichern über 500 Vogelarten das Tierreich. Wildtiere und Tierparks sind von **Dürre** und den Folgen des Klimawandels betroffen. Teilweise gibt es grenzübergreifende **Kooperationen** in der Parkverwaltung, punktuell ist auch die Zusammenarbeit zwischen simbabwischen Behörden und deutschen Institutionen zu nennen, etwa zwischen dem Frankfurter Zoo und dem **Gonarezhou-Park** im Süden Simbawwes - grenzübergreifend mit Mosambik und Südafrika.

Außerhalb der Nationalparks entwickelten einzelne Projekte in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung Strategien zur schonenden und nachhaltigen Nutzung von Flora und Fauna. Neue Wege werden diesbezüglich in der **Bienenhaltung** und Imkerei beschritten. Die Imker verhindern die Brandrodung von Wald. Der illegale Abschuss von Wildtieren - auch in den Parks - ist ein Problem, das auf die Folgen des Klimawandels und der Wirtschaftskrise, konkret auf grassierende Armut, zurückzuführen ist, und von **lokalen Ranger/-innen** bewältigt werden muss. Auch internationale - zumeist **kriminelle - Handelsverflechtungen**, in die auch staatliche Sicherheitskräfte involviert sind, sind im Kontext des Elfenbein- und **Nashornschmuggels** zu beachten. Strikte Schutzvorkehrungen für die Tiere und strafrechtliche **Verfolgung der Wilderer** sind notwendig. Die teuren Hörner werden vor allem auf dem asiatischen Markt verkauft. Der **Transport** von Elefanten und die Misshandlungen der Tiere beim Verladen auf dem Weg nach China werden nicht nur von Tierschützern kritisiert.

Ökologische Probleme



Tabaktrocknung, © Foto: Rita Schäfer

Abholzung ist ein gravierendes ökologisches Problem, ein Großteil des Holzes wird für die **Tabaktrocknung** gebraucht. Die Wiederaufforstung ist ein Problem. Diese wäre aber notwendig, um die CO₂-Emissionen zu reduzieren und auf die **Folgen des Klimawandels** zu reagieren. Der jährliche **Verlust an Wald** beträgt laut der simbabwischen Forstkommission 20 Prozent der 330.000 Hektar natürlichem Baumbestand. Auch Bodenerosion zählt dann zu den indirekten Folgen. Umso wichtiger wären innovative energiesparende und -effiziente **Trocknungstechniken**. Tabak ist ein wichtiger Devisenbringer, einige **Farmer profitieren**. Trotz **Anbauausweitung** variiert die Tabakqualität und -quantität im zeitlichen Längsschnitt. Zudem hat die gesteigerte **Tabakproduktion** negative Auswirkungen für den Nahrungsmittelanbau. Neben den USA und Europa ist China der Hauptabnehmer getrockneter Tabakblätter.



Abholzung, © Foto: Rita Schäfer

Ursache für die verstärkte Abholzung in den letzten Jahren war auch die fortschreitende Armut in Folge der Wirtschaftskrise seit dem Jahr 2000. Einschnitte in der Stromversorgung, die im Wesentlichen aus Wasserkraft gewonnen wird, führten zur verstärkten Nutzung von **Holz** zum Kochen, Heizen und zur Beleuchtung. Ländliche Gebiete sind nur unzureichend elektrifiziert, über 50 % der landesweit benötigten Energie wird aus Holz gewonnen. Zu den Folgen zählen die Degradierung der Anbauflächen und die Bodenerosion. In den urbanen Ballungsgebieten floriert der Holzkohlehandel, wobei die Herstellung von Holzkohle auch im städtischen Umland verarmten und arbeitslosen Menschen zur Existenzsicherung dient. Sie nehmen Strafgebühren in Kauf, denn der illegale Holzeinschlag und Holzhandel sind strafbar. Regulierend sollten Gesetze zum Schutz von Forst und indigenen Wäldern wirken. Zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Standards in der Holzwirtschaft hat die simbabwische Regierung im Mai 2012 ein Zertifizierungssystem eingeführt, das internationalen Standards entspricht. Seitdem kommt es auf die **Umsetzung** an. 200 offizielle Konzessionen werden jährlich vergeben.

Die **Stromversorgung** des **Landes** wird auf **staatlicher Ebene** von der **Zimbabwe Electricity Regulatory Authority** - basierend auf **Gesetzesgrundlagen** und der nationalen **Energiepolitik** - **geregelt** und durch **Importe** aus Südafrika, **Sambia**, **Mosambik** und der **Demokratischen Republik Kongo** gedeckt. Wiederholt hatte Simbabwe Schwierigkeiten, die anfallenden Kosten zu begleichen. **Stromschwankungen** und **Ausfälle in der Stromversorgung** verursachen immer wieder Probleme in **Industriebetrieben**, die

ersatzweise Dieselgeneratoren benutzen. Diese können jedoch die Produktionsausfälle nur eingeschränkt abfedern. Probleme in der **Energieversorgung** sind struktureller Art. **Erneuerbare Energien** werden nur partiell genutzt, etwa **Solaranlagen** an ländlichen Schulen oder Krankenstationen. Die Sonneneinstrahlung würde eine viel höhere Nutzung ermöglichen.

Im Dezember 2013 stellte ein von der Afrikanischen Entwicklungsbank verwaltetes Programm etlicher Geber (ZIM-Fund) 17 Millionen US-Dollar zum Ausbau der **Stromversorgung** zur Verfügung. Im **Februar 2017** wurden 18 Millionen US-Dollar für den Ausbau der Stromversorgung in dem landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiet um Karoi bewilligt.



Wasserpumpe, © Foto: Rita Schäfer

Die ökologischen Probleme werden durch das illegale **Goldschürfen in den Flusstälern** verschärft. Zwar handelt es sich um eine vorkoloniale Technik der Ressourcennutzung, doch angesichts der Ernteauffälle, Verarmung und mangelnder Einkommensalternativen sehen sich viele Menschen zum **Goldwaschen** in der Trockenzeit gezwungen.

Zahlreiche tiefe Löcher in Flussbetten und an Flussrändern führen zu Erosionsschäden und Versandungen. Vergleichbare ökologische Probleme gibt es beim illegalen Diamantenschürfen, das ebenfalls zur Existenzsicherung betrieben wird. Sie wirken sich negativ auf den Wasserhaushalt der Flüsse aus. Außerdem führen höhere Verdunstungsraten der Gewässer zu höheren Temperaturen, was die Landwirtschaft wiederum negativ beeinflusst. Gleichzeitig verursachen Landwirtschaft und Minen Wasserverschmutzungen, so führen Forscher hohe **Schwermetallwerte** im Wasser auf diese Sektoren zurück.

Mit dem Rückgang des Oberflächen- und Grundwassers müssen sich laut **Afrikanischer Entwicklungsbank** die nationalen Behörden verstärkt auseinander setzen. Auch die Weltbank fordert transparentere Verwaltungsabläufe und eine bessere Koordination zwischen regionalen, nationalen und lokalen Gremien. Nur dann könnten die **Umweltschutz-** und **Wassergesetze** und damit verbundene **Reformen** sowie das **integrierte Wasserressourcenmanagement** verwirklicht und **Förderprogramme** finanziert werden. Wie notwendig solche Programme sind, zeigte sich bei der Cholera-Epidemie 2008. Während bis Ende der 1990er Jahre der Ausbau der Wasserversorgung und der sanitären Infrastruktur vorbildlich war, haben heute nur 67 % der Landbewohner/-innen und 54-78 % der Stadtbewohner/-innen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Mit der Bewältigung der Wasserversorgungsprobleme sind in ländlichen Gebieten aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung vor allem Frauen und Mädchen betraut.

Auch im Dezember 2013 und Anfang 2014 stiegen **Cholera-** und **Typhusfälle** in den Großstädten und in einigen **ländlichen Gebieten** an, so dass internationale Organisationen vor einer neuen Epidemie warnten. Misswirtschaft lokaler Behörden und Korruption führten dazu, dass beispielsweise in Harare das Trinkwasser, das in einige

dicht besiedelte Stadtteile geleitet wurde, zuvor nicht ausreichend gereinigt worden war. Ende Januar 2014 wurde bekannt, dass die **Trinkwasserversorgung** für Bulawayo, der zweitgrößten Stadt im Land, problematisch sei. Hier verstärken politische, ökonomische und ökologische Problemursachen sich wechselseitig. Der Bürgermeister hoffte auf gute Regenfälle, die durch Dämme gestaute Becken auffüllen, aus denen Trinkwasser gewonnen wird. Die Folgen des Klimawandels beschränken die nach wie vor unzureichende Wasserversorgung in Harare zusätzlich. Hier gab es im September 2018 eine vermeidbare **Cholera-Epidemie** mit über 5000 Infizierten und 30 Toten.

Starkregen, eine Auswirkung des Klimawandels, hatten im Februar und März 2014 Überschwemmungsgefahren zur Folge. In einzelnen Landesteilen wurden Kleinbauern wegen des steigenden Wasserspiegels in Stauseen und der begrenzten Kapazitäten von Dämmen umgesiedelt. **Abermalige Umsiedlungsvorhaben** führten Ende Juli und Anfang August zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit staatlichen Sicherheitskräften. Denn die Umgesiedelten erhielten zwischenzeitlich keine staatliche Unterstützung, die versprochen worden war. Die Menschenrechtsorganisation **Human Rights Watch** erforschte die Situation vor Ort und fordert politische Entscheidungsträger zum Handeln auf.



Staumauer am Karibasee © PD-user

Im April 2014 befürchteten internationale Experten, der **Kariba-Damm** im Norden des Landes könnte angesichts großer Wassermassen in Folge von Starkregen bersten. Von den Überschwemmungen wären ca. 3,5 Millionen Menschen am Unterlauf des Sambesi in Simbabwe und Mosambik betroffen gewesen. **2015** und Anfang 2016 war in Folge des El Nino Wetterphänomens das Gegenteil der Fall: Dürre und rapide Wasserverluste im Kariba-Stausee, dessen **Hydroenergiegewinnung** stark reduziert wurde. Auch die **Fischerei** und die damit verbundene Grundnahrungsmittelversorgung wurden beeinträchtigt. Die **Probleme** bleiben virulent.

Sozialgeographische Gegebenheiten



Bulawayo, © Foto: Rita Schäfer

In der Hauptstadt **Harare** leben über 1,6 Millionen Menschen, einschließlich des Umlands sind es über 2,2 Millionen (2018). Harare liegt im Zentrum des Landes auf 1483 m über N.N. Die zweitgrößte Stadt ist Bulawayo im Westen des Landes mit geschätzten 700.000 Einwohner/-innen. Mutare im Osten des Landes hat über 185.000 Einwohner/-innen. Ein Erbe der Kolonialzeit ist die Einteilung in Städte und nahe gelegenen Townships. Das waren Wohngebiete für schwarze Arbeiter/-innen und deren Familien. Aus diesen Townships wurden nach der politischen Unabhängigkeit städtische Siedlungen (so genannte high density suburbs) mit mehreren Hunderttausend Einwohnern/-innen. So leben in Chitungwiza nahe Harare offiziell

mindestens 340.000 Menschen. Dort herrscht **Wohnungsnot**, denn die Zerstörung von Wohnraum durch staatliche Sicherheitskräfte, die Operation **Murambatsvina** ("Müllentsorgung") im Jahr 2005, hat die Probleme verschärft. Offiziell sollte sie der Slumbeseitigung dienen, faktisch wurden etwa **700.000 Menschen** landesweit obdachlos. Zehntausende Farmarbeiter waren allein im Großraum Harare gestrandet, sie hatten bei den Farmenteignungen ab 2000 ihre Arbeit und Unterkunft verloren.

Armut und Arbeitslosigkeit bedingen die Nutzung städtischer Flächen für den **Mais- und Gemüseanbau**. Die aktuelle Urbanisierungsrate beträgt offiziell 32,2 %. Tendenzen zur **De-Urbanisierung** sind durch politische und ökonomische Probleme und Vertreibungen wie im Jahr 2005 bedingt.

Da in den **Städten** bzw. etlichen Stadtteilen die Müllabfuhr ein Problem ist, ist **Styropor** zur Verpackung seit Mitte Oktober 2017 verboten. Bei Zuwiderhandlungen ist mit Bußgeld zu rechnen. Auf dem Wege soll auch die Wasserverschmutzung mit weggeworfenem Plastik verringert werden. Ein weiteres Problem, das Lösungen erfordert, ist **Elektroschrott**. Die simbabwische Regierung hat die relevanten internationalen Abkommen dazu unterschrieben, entsprechend besteht Handlungsbedarf, insbesondere in urbanen Regionen.



Busbahnhof, © Foto: Rita Schäfer

Die **Verkehrsanbindung** der ländlichen Siedlungen ist im innerafrikanischen Vergleich gut. Die Schotterstraßen sind überwiegend solide gebaut, die Nationalstraßen zwischen den großen Städten sind asphaltiert. Auch innerhalb der Städte sind die meisten Straßen asphaltiert. Landesweit umfasst das **Straßennetz** über 97.000 Kilometer, davon sind etwa 18.000 Kilometer geteert. Das **Eisenbahnnetz** mit knapp 3000 Kilometern verbindet vor allem größere Städte wie **Bulawayo**, **Harare** und Mutare. Die während der Kolonialzeit gebauten Trassen werden heute nur noch begrenzt **genutzt**; Personen- und Gütertransport sind auf die Straßen verlagert. Bedeutende internationale bzw. regionale **Flughäfen** sind in Harare und Bulawayo. Hinzu kommen über ein Dutzend kleine Flughäfen mit asphaltierten Landebahnen und über 180 mit nicht asphaltierten Landepisten.

Im Straßensystem gibt es Qualitätsunterschiede zwischen den früheren Communal Areas und den Farmgebieten der Großfarmer. Auch innerhalb der Städte sind die Differenzen zwischen den Vierteln der urbanen Mittel- und Oberschicht und den dicht besiedelten Wohngebieten der urbanen Bevölkerungsmehrheit auf die Stadtplanung während der kolonialen Siedlerherrschaft zurückzuführen. Während des letzten Jahrzehnts investierte die Regierung **nur unzureichend in den Erhalt** und den von Korruption betroffenen Ausbau des Straßen- und Schienennetzes, wie die **African Development Bank** schon 2011 feststellte. Sie unterstützt beispielsweise die Infrastruktur - konkret die **Wasser- und Abwasserversorgung** und die **Stromversorgung** - in Bulawayo, dessen **Unternehmen** seit Jahren unter dem ökonomischen Niedergang

leiden.

Vor allem für die vom Fernverkehr und Schwertransport häufig frequentierten Überlandstraßen haben erheblichen **Sanierungsbedarf**.

Nationale Symbole



Flagge von Simbabwe

Flagge

Die Flagge von Simbabwe ist in sieben waagrechte schwarze, grüne, gelbe und rote Streifen aufgeteilt. Schwarz steht für die Bevölkerungsmehrheit. Rot, gelb und grün symbolisieren den Panafrikanismus und die politische Einheit Afrikas. Weiß ist das Zeichen für den Frieden mit der weißen Minderheit, die während der Kolonialzeit das Land beherrschte. In einem weißen Dreieck am Mastrand thront ein goldener Vogel, der an die gigantischen Ruinen von Great Zimbabwe, ein früheres Herrscherzentrum, erinnert. Der rote Stern ist das Symbol des Internationalismus und Sozialismus. Diese Flagge wurde zur nationalen Unabhängigkeit am 18.4.1980 eingeführt, davor gab es während der britischen Kolonialherrschaft mehrere andere **Flaggen**.



Staatswappen von Simbabwe

Staatswappen

Anlässlich der nationalen Unabhängigkeit am 18.4.1980 erhielt Simbabwe sein heutiges **Staatswappen**. Es besteht aus einem grünen Schild, das den natürlichen Reichtum des Landes andeutet. Mit den blauen Wellen wird das existentiell notwendige Wasser symbolisiert. Auf dem Wappen ist eine Darstellung der imposanten Simbabwe-Ruinen abgebildet, einem früheren Herrschersitz. Der Simbabwe-Vogel oberhalb des Schildes ist ebenfalls Sinnbild dieses Reiches. Hinter ihm erscheint der rote Stern des Sozialismus. Gewehr und Hacke unter dem Vogel weisen auf den Übergang vom Befreiungskampf zur landwirtschaftlichen Produktion hin. So ruht das Schild auch auf Agrarprodukten des Landes: Ähren, Baumwolle und Mais. Darunter liegt ein Spruchband mit dem Motto des Landes: Unity (Einheit), Freedom (Freiheit) und Work (Arbeit). Das Schild wird von zwei Kudu-Antilopen gehalten.

Nationalhymne

"Gesegnet sei das Land Simbabwe" lautet die **Nationalhymne** von Simbabwe. In den wichtigsten Landessprachen heißt das: „Simudzai Mureza WeZimbabwe“ (Shona) und „Kalibusiswe Ilizwe leZimbabwe“ (Sindebele). Sie ging aus einem nationalen Wettbewerb 1994 hervor. Solomon Mutsware schrieb den Text, Fred Changundega komponierte die **Musik**.

Geschichte & Staat

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Der Staat Simbabwe entstand 1980. Er nimmt auf vorkoloniale Reiche Bezug. Nach einem Unabhängigkeitskrieg löste er die Siedlerkolonie Rhodesien ab. Während der Kolonialzeit hatten sich weiße Großfarmer fruchtbare Anbauflächen angeeignet. Die schwarze Bevölkerungsmehrheit verlor ihre Existenzgrundlagen. Seit 2000 wurden Großfarmer gewaltsam enteignet. Bis heute ist die Landfrage ein Politikum.



Archäologische Steinarchitektur, Foto: R. Schäfer

Tag der Unabhängigkeit
18.04.1980

Staatsoberhaupt
Präsident Emmerson Mnangagwa

Regierungschef
Präsident Emmerson Mnangagwa

Politisches System
Präsidentiale Republik

Korruptionsindex (CPI)
Rang 160 (von 180), CPI Wert 22, 2018

Ibrahim Index of African Governance
Rang 37 von 54 (2018)

Geschichte



Erinnerungen an Frauen als anti-koloniale Aktivistinnen, © Foto: R. Schäfer

Die Simbabwer/-innen sind stolz auf ihre **Geschichte**. Das betrifft die vorkoloniale Zeit, konkret Reiche, die sich ab ca. 1200 n.Chr. bildeten und auf dem Fernhandel mit Gold und Elfenbein an die ostafrikanische Küste basierten. Bereits um ca. 1100 n.Chr. entstanden zentralisierte politische Herrschaftseinheiten, die durch Fernhandelsnetze prosperierten, etwa auf dem Mapela Hill im Südwesten des heutigen Simbabwe. Steinbauten, Terrassenarchitektur und Perlenfunde in großer Zahl, deren Herkunft aus Südasien belegt ist, dokumentieren die vielfältigen technischen und ökonomischen Leistungen und Vernetzungen - indirekt bis in den Indischen Ozean hinein. Vor allem die **monumentalen Ruinen** von **Great Zimbabwe** sind stumme und sehr eindrucksvolle **Zeugen** dieser Zeit. Hinzu kommt ein ausgeprägter Nationalismus, der auf den Unabhängigkeitskrieg während der 1960er und 1970er Jahre Bezug nimmt. Mit dem Ende der **Siedlerherrschaft** erhofften sich viele Simbabwer/-innen die Überwindung von Rassismus und Diskriminierungen im Zugang zu Land, Bildung und Berufen. **Junge Frauen** kämpften aktiv in den Guerillagruppen mit; Frauen mittleren Alters versorgten diese Gruppen heimlich. Dennoch blieben nach der politischen Unabhängigkeit 1980 geschlechtsspezifische und soziale Ungleichheiten Strukturprobleme.

In den 1980er und 1990er Jahren brachten staatliche und nichtstaatliche Entwicklungsprogramme, die oft von ausländischen Gebern finanziert wurden, in vielen Landesteilen spürbare Verbesserungen in der Gesundheit, Bildung und Infrastruktur.

Ausschlaggebend für den **wirtschaftlichen und politischen Niedergang** ab 2000 waren politische Fehlentscheidungen und die widerrechtliche Aneignung von Großfarmen, die Weißen gehört hatten. Politisch motivierte Gewalt zieht sich durch die gesamte Geschichte Rhodesiens und Simbawes. Im letzten Jahrzehnt eskalierten systematische **Übergriffe auf Oppositionelle** vor und nach **Wahlen**.

Historische Epochen



Felsbilder, © Foto: R. Schäfer



Archeologie: Ausgegrabene Schmiede, © Foto: R. Schäfer

Vorkoloniale Zeit

Archäologische Zeugnisse, insbesondere **Felsbilder** und Ausgrabungen von Gebäuden, belegen eine lange Besiedlungsgeschichte im heutigen Simbabwe. Zwischen 50.000 und 10.000 v. Chr. lebten Jäger- und Sammlerinnengruppen (Khoi-San-Sprachen) im Gebiet zwischen dem Sambesi- und Limpopo-Fluss. Ab 7000 v. Chr. änderte sich die Kultur (Siedlergruppen mit Bantu-Sprachen) und die Wirtschaftsweise: Viehhaltung, Halbnomadismus und Töpferei waren nun prägend. Ab 800 n. Chr. kamen weitere Bantu-sprechende Siedlergruppen hinzu, die Wanderhackbau betrieben und in Schmieden Eisenerze verarbeiteten. Streusiedlungen waren die verbreitete Wohnform.



Great Zimbabwe ©
wikipedia.commons user
atamari (CC BY-SA 3.0)

Um 1250 entwickelten sich **Großreiche**, die den Fernhandel mit Gold und Elfenbein an die ostafrikanische Küste kontrollierten. Sie importierten Seide, Baumwolle und Porzellan - Prestigegüter, die über den Indischen Ozean aus arabischen Ländern, Ostasien und China kamen.

Dem Reich mit dem **Herrschersitz** in **Great Zimbabwe** (**Dzimba gza mabwe** dzima woye - Haus aus Stein/verehringwürdiges Haus) folgten das Monomotapa-Reich im Norden des Landes (Blütezeit ca. 1450-1650), das **Torwa-Reich** (ca. 1480-1680) und das **Rozwi-Reich** (ca. 1684-1834) im Westen.

Um 1827 kamen Ndebele-Gruppen aus dem Süden in den Südosten des heutigen Simbabwe. Ihre Herrscher waren aus dem Gebiet des Zulu-Reiches im heutigen Südafrika abgewandert. Die Ndebele flohen auch vor den vordringenden Briten und Buren, zumal deren Frontier-Desperados immer wieder Jagden auf Kinder und Vieh machten und diese in die Kapkolonie verkauften. Die Ndebele ließen sich in dem nach ihnen benannten Matabeleland nieder und verlangten von den dortigen Bewohnern/-innen Tributleistungen. 1857 erlaubte **König Mzilikazi** dem schottischen Missionar John Moffat, in seinem Gebiet zu missionieren.



Soldaten im Auftrag von C.
Rhodes © Wikipedia Fys (CC BY-

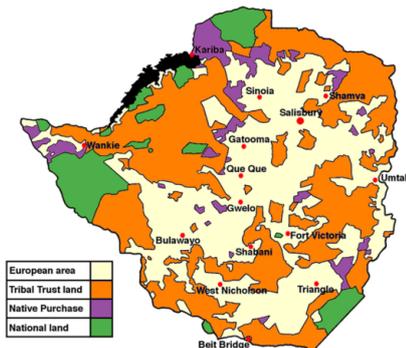
1888-1889 sicherte sich der imperiale britische Minenmagnat **Cecil Rhodes** mit einigen Tricks Schürfrechte für die Ausbeutung von Bodenschätzen im Matabeleland. Seine British South African Company (**BSAC**) setzte diese Rechte fortan gewaltsam durch.

Im Krieg 1893-94 unterlagen die Ndebele-Kämpfer. Sie verloren 86.000 ihrer 200.000 Rinder, damit war ihre wirtschaftliche Existenzgrundlage zerstört. 1896/97 begannen die Ndebele und Shona Kämpfe gegen die Siedler, die als erster Befreiungskrieg

SA 3.0)

(Chimurenga) in die Geschichtsschreibung einging. Nach der Niederschlagung wurden die Geistermedien **Mbuya Nehanda** und **Sekuru Kaguvi** von den Briten gehenkt; sie hatten die Kämpfer spirituell motiviert.

Siedlerkolonie



Landkarte von Rhodesien ©
Hohum (CC BY-SA 3.0)

1923 wurde Rhodesien nach einem Referendum der Siedler britische Kolonie mit voller Selbstverwaltung der inneren Angelegenheiten – allerdings betraf das nur die Weißen. Landgesetze ab 1930 sicherten Weißen die fruchtbaren und regenreichen **Gebiete**. Der schwarzen Bevölkerungsmehrheit blieben nur knapp ein Drittel des Landes – aride Regionen mit vergleichsweise unfruchtbaren Böden. Der **Native Registration Act von 1936** verpflichtete alle Afrikaner, einen Pass zu tragen; Vergehen wurden mit Zwangsarbeit bestraft. 1946 siegte die rassistische Liberal Party bei Parlamentswahlen der Weißen und nannte das Land Süd-Rhodesien. Der **Native Land Husbandry Act** von 1951 beschränkte Landwirtschaft und Viehhaltung in so genannten "Reservaten".



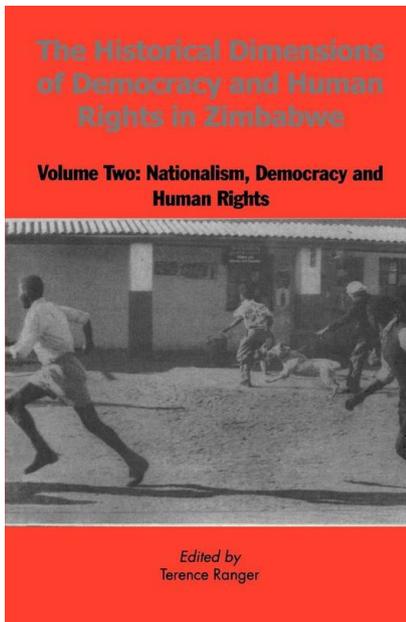
Folgen kolonialer Frauenideale,
© Foto: R. Schäfer

Soziale Konflikte eskalierten, weil zahlreiche Gesetze viele Männer zur Abwanderung zwangen und die Anbaukapazitäten von Frauen drastisch beeinträchtigten. Siedlerfrauen und Ehefrauen von Missionaren trugen dazu bei, aus Produzentinnen Hausfrauen zu machen.

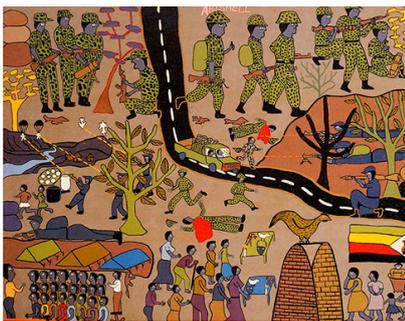
Am 3.9.1953 bildeten Süd-Rhodesien mit Nord-Rhodesien, dem späteren Sambia, und dem Protektorat Nyassaland, dem späteren **Malawi**, die Zentralafrikanische Föderation, die sich aber bereits am 31.12.1963 wieder auflöste.

1961 beschnitt eine neue Verfassung die Rechte von Afrikanern, ihre in den 1950er Jahren gegründeten nationalistischen Organisationen und Parteien wurden verboten.

Am 13.4.1964 übernahm Ian Smith mit der Rhodesian Front die Regierung, am 11.11.1965 erklärte er die **einseitige Unabhängigkeit** von Großbritannien (UDI) und am 2.3.1970 die Republik Rhodesien. Großbritannien und die Vereinten Nationen verhängten Sanktionen. Das Smith-Regime verstärkte den vorhandenen Siedlerrassismus, den Einsatz staatlicher Sicherheitskräfte und den Konfrontationskurs gegen politische Vertreter der afrikanischen Bevölkerungsmehrheit.



Buchcover Human Rights
History © African Books
Collective

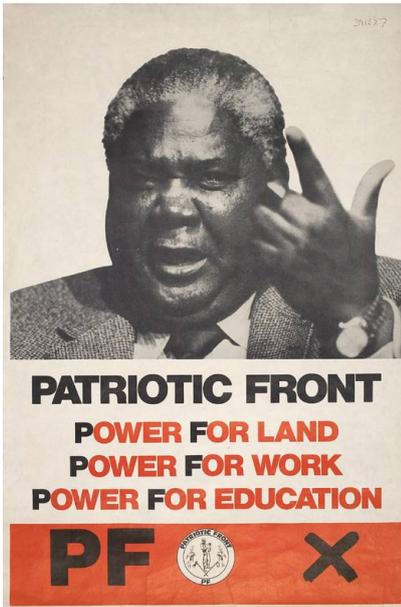


Unabhängigkeitskrieg gemalt
von der Weya Künstlerin
Abishell © WFD Berlin

1961 wurde die **Zimbabwe African People's Union (ZAPU)** gegründet, von ihr spaltete sich 1963 die **Zimbabwe African National Union (ZANU)** in einem internen Machtkampf ab. Bei ersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Guerillaeinheiten der ZAPU und ZANU gegen die rhodesische Armee 1966/67 wurden die Guerillas besiegt. 1972 eröffnete der bewaffnete Arm der ZANU (ZANLA) von Mosambik aus den Unabhängigkeitskrieg. Am 9.10.1976 vereinten sich ZANU und ZAPU zur **Patriotic Front** und ebenfalls auf **Druck der Frontline-Staaten**, also der Nachbar- und Anrainerstaaten Südafrikas unter dem Apartheidregime, wurde die ZIPA aus den bewaffneten Flügeln ZIPRA (der ZAPU) und ZANLA (der ZANU) gegründet. Der militärische Unabhängigkeitskampf wurde professionalisiert.

Dreimonatige Verhandlungen zwischen dem 10. September und dem 15. Dezember 1979 im Lancaster House in London, die **Waffenstillstandsvereinbarungen** beinhalteten, brachten den erhofften Frieden und durch eine **Verhandlungslösung**, die den politischen Weg in die nationale Unabhängigkeit ebnete. Bei den Parlamentswahlen am 14. Februar 1980, an der erstmals alle erwachsenen Simbabwe/-innen teilnehmen konnten, gewann die **ZANU-PF** 57 der 100 Sitze in der National Assembly. Premierminister wurde Robert Mugabe. Sein Gegenspieler, der ZAPU-Chef Joshua Nkomo, wurde Minister - allerdings ohne ein eigenes Ressort, zwei Weiße kamen ebenfalls ins Parlament. 20 Parlamentssitze waren für Weiße reserviert. Am 18.4.1980 wurde Simbabwe formal unabhängig. Robert Mugabe wurde Premierminister, Canaan Banana wurde Präsident.

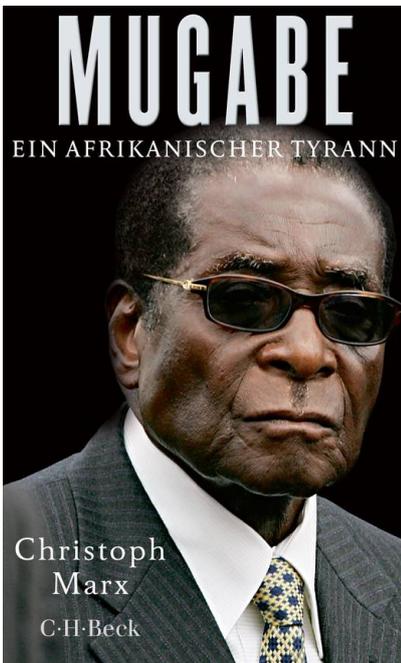
Joshua Nkomo



Joshua Nkomo (19.6.1917-1.7.1999) wurde als „Vater Simbabwe“ verehrt. Er wurde in einer Kalanga-Familie im "Reservat Matabeleland South" geboren und besuchte Missionsschulen. Nach einer Ausbildung als Schreiner und Lehrer ging er zum Studium der Sozialarbeit nach Südafrika, wo er Nelson Mandela kennen lernte. 1947 kehrte er nach Rhodesien zurück und wurde Vorsitzender der Eisenbahngewerkschaft. Ab 1952 leitete er einen regionalen Zweig des African National Congress, 1960 die National Democratic Party, die aus diesem hervorging. 1961 gründete er die **Zimbabwe African Peoples Union (ZAPU)**. Zwischen 1964 und 1974 wurde er von der rhodesischen Regierung, zusammen mit politischen Aktivisten wie Robert Mugabe, in einem Internierungslager gefangen gehalten. Massive **Konflikte** mit Mugabe durchzogen das **politische Leben** Nkomos.

*Nkomo und die ZAPU ©
Commonwealth Archive polarch
SAS ac commons*

Robert Mugabe



Robert Gabriel Mugabe wurde am 21.2.1924 auf der katholischen Missionsstation Kutama geboren. Sein leiblicher Vater war Handwerker, der aus Malawi (damals Nyassaland) eingewandert war, und seine Mutter kam aus einer lokalen Gesellschaft. Nach seinem Schulabschluss ging er zum Studium an die Universität Fort Hare in Südafrika, wo er viele nationalistisch eingestellte Studenten traf. Ende der 1950er Jahre unterrichtete er in Ghana und lernte dort panafrikanische Visionen kennen. Als er 1960 nach Rhodesien zurückkehrte, stieg er in der Zimbabwe African People's Union (ZAPU) auf und wirkte maßgeblich an der Abspaltung der Zimbabwe African National Union (ZANU) von der ZAPU 1963 mit. 1964 wurde er zusammen mit Joshua Nkomo und anderen politischen Aktivisten für zehn Jahre inhaftiert. In der Zeit erwarb er durch Fernstudien weitere Studienabschlüsse, u.a. in Rechts- und Verwaltungswissenschaften.

Nach seiner Haftentlassung dominierte er politische Posten im Guerillakrieg gegen die rhodesische Armee, er selbst kämpfte nie mit einer Waffe, sondern hatte lange in Maputo, der Hauptstadt von Mosambik, seine Basis. Mit der politischen Unabhängigkeit 1980 wurde er zunächst Premier- und Verteidigungsminister. Zwischen 1987 und 2017 war er **Präsident Simbawes**. Ihm wurde vorgeworfen, das Land immer **autokratischer** zu führen. Als Sinnbild der **Kluft** zwischen seinem **Führungsanspruch** und der von

Repression, **massiver Korruption** und Grundversorgungsproblemen gezeichneten Staatsbürger/-innen gelten die kostspieligen Geburtstagsfeiern des Präsidenten, die 2016 offiziellen Angaben zur Folge 700.000 Euro kosteten. Kurz zuvor beantragte die Mugabe-Regierung internationale Hilfgelder in Höhe von 1,4 Milliarden Euro.

Ab dem **14. November 2017** eskalierte eine langjährige Krise um die **Nachfolge im Präsidentenamt**. Sie hatte sich in den Monaten zuvor zugespitzt. Das Militär rückte in der Hauptstadt Harare vor. Präsident Robert Mugabe kam unter Hausarrest. Verhandlungen mit Militärvertretern begannen. Den Druck zum Rücktritt verstärkten in den darauf folgenden Tagen frühere Kriegsveteranen, **Oppositionelle** und verschiedene Interessengruppen aus der **Zivilgesellschaft**. Am Sonntag, den 19. November 2017, wurde Präsident Robert Mugabe in einer Abstimmung des ZANU-PF Zentralkomitees als Parteivorsitzender der Regierungspartei mittags **abgewählt**. Am Abend wurde in einzelnen Nachrichten bekannt, er werde als **Präsident zurücktreten**. Zahlreiche **Medien** beschrieben eine diffuse **Nachrichtenlage** und warteten auf mögliche **Entscheidungen** am 20. und 21. November 2017. Am Abend des 21. November 2017, kurz vor 18 Uhr Ortszeit (17:53), wurde bekannt, dass **Robert Mugabe als Präsident Simbabwes zurückgetreten sei**. Wenige Tage nach der Amtseinführung seines Nachfolgers Emmerson Mnangagwa als neuer Präsident Simbabwes am 24. November 2017, wurde bekannt, dass Robert Mugabe **straffrei** bleiben soll.

Neben einer Abfindung in Millionenhöhe - von 5 Millionen US-Dollar ist in den **Medien** die Rede - sollen Robert Mugabe und seine Ehefrau Grace regelmäßig großzügige Geldzuwendungen erhalten - Medienberichten zufolge monatlich mindestens **150.000 US-Dollar**. Das Paar **besitzt** zahlreiche **lukrative Farmen**, deren rechtmäßiger **Zugang** teilweise angezweifelt wird, und wertvolle Immobilien - **Luxusvillen** im In- und Ausland. Der **Besitz** wurde laut **Medien** schon vor Jahren auf über **1 Milliarde** US-Dollar geschätzt, viel Geld soll sich im Ausland befinden. Zahlreiche Kritiker warfen Mugabe wiederholt maßlose Besitzaneignung durch die Ausplünderung des bereits verarmten Landes und der Not **leidenden Bevölkerung** vor, die auf internationale **humanitäre Hilfe** angewiesen ist. Dessen ungeachtet soll der Geburtstag von Ex-Präsident Robert Mugabe, der 21. Februar, fortan als nationaler **Feiertag** begangen und zum "Robert Mugabe National Youth Day" deklariert werden.

Entstehung und Entwicklung des heutigen Staates

Der heutige Staat ging aus einer Verhandlungslösung zwischen Vertretern der früheren Siedlerkolonie und der Unabhängigkeitsbewegung hervor, diese dreimonatigen Verhandlungen führten am 21. Dezember 1979 zur Unterzeichnung des **Lancaster House Abkommens**, zu Wahlen und am 18. April 1980 zur politischen Unabhängigkeit Simbabwes. Dieser neue Staat erbte nicht nur die parlamentarischen Traditionen Großbritanniens und die



Tabakfarm © R. Schäfer

autoritären Herrschaftsstrukturen der rassistischen weißen Siedlerregierung sowie die ungleiche Landverteilung und weitere **wirtschaftliche Ungleichheiten**, sondern auch die koloniale Gewaltkultur. Geheimdienst und Militär wurden nicht grundlegend reformiert, sondern von den neuen Machthabern taktisch genutzt und um neue militärische Strukturen ergänzt. Auch die gewaltbereiten Guerillaeinheiten wurden nicht umfassend demobilisiert.

Ab 1982 fanden Massaker im Matabeleland statt. Sie wurden offiziell als **Gukurahundi** bezeichnet, was in der Shona-Sprache bedeutet: „der frühe Regen, der die Spreu wegwäscht“. Verantwortlich war die 5. Brigade, eine von Nordkoreanern ausgebildete Spezialeinheit, die dem damaligen Premierminister **Robert Mugabe** unterstand. Anlass für deren Gewaltexzesse waren Waffenfunde und Verschwörungsvorwürfe gegen ZAPU-Mitglieder. Schätzungsweise 20.000 Menschen wurden bis 1986/87 umgebracht. Es gab keine strafrechtliche Aufarbeitung oder offizielle Formen der Übergangsgerechtigkeit, sondern eine Generalamnestie für die Täter.

Ansätze zur **Dokumentation der Massaker** gingen von der katholischen Kirche aus. Gegenwärtige **Führungspersonen**, teils in der Regierung und insbesondere im **Militär**, waren damals in ranghohen **Posten** für die Massaker (mit)verantwortlich und ordneten Gewalt an, wobei menschenverachtende Sprache wie "Ausrotten" offenbar zur Gewaltmobilisierung zählte. Darüber wird **kontrovers diskutiert**.



Buchcover Gukurahundi

Bis heute gibt es unterschiedliche Einschätzungen zur Rolle früherer rhodesischer Geheimdienstmitarbeiter und Doppelagenten bei dem brutalen Vorgehen. Sie hatten Kontakte zum **Sicherheitsapparat** im **Apartheid-Südafrika** oder arbeiteten für ihn. Dieser befürchtete, die unabhängigen **Nachbarländer** würden die Untergrundkämpfer des African National Congress (ANC) unterstützen. Inwieweit die internationale Staatengemeinschaft, konkret vor allem **Großbritannien**, die frühere britische Kolonialmacht, von den Gewaltexzessen wusste, thematisieren neue Archivforschungen und die Medien. Zwischenzeitlich von der Regierung eingesetzte **Gremien**, u.a. zur Versöhnung, bleiben aus vielen Gründen umstritten. Mitte 2017 gab es eine Kontroverse über die Erinnerung an die Massaker, konkret ging es um das parteipolitisch motivierte Vorgehen, ohne Absprachen mit den Familien der **Ermordeten** einen umstrittenen Gedenkstein zu errichten. Kritiker warfen der Regierungspartei **Vereinnahmung der Ermordeten** und deren Angehörigen im Vorfeld der Wahlen 2018 vor. **Die Kontroversen** wurden nach den Wahlen **fortgesetzt**. **Filmemacher, Künstler** und zivilgesellschaftliche **Akteure** wurden unter eingeschüchert bzw. bedroht.

Staat

Simbabwe ist eine **Republik** mit **Präsidentenverfassung**. Staatsoberhaupt und Regierungschef ist Emmerson Mnangagwa. Regierungssitz und Parlamentssitz ist Harare. Es gibt ein **Zweikammerparlament**: Das **House of Assembly** (Unterhaus) besteht aus 210 Abgeordneten, die je

einen Wahlkreis vertreten. In den Senat (Oberhaus) werden 60 Kandidaten/-innen direkt gewählt, konkret sechs pro Provinz. Hinzu kommen 10 Provinzgouverneure und fünf Personen, die der Präsident persönlich ernennt. Außerdem sind hier 18 Chiefs vertreten, von denen 16 gewählt sind. Im Senat sitzt auch der Präsident des Council of Chiefs und dessen Vizepräsident. Das Amt eines Chiefs geht auf vorkoloniale Herrschaftsformen zurück, die in der Kolonialzeit gemäß der damaligen Verwaltungserfordernisse transformiert wurden. Nach der politischen Unabhängigkeit wurden **Chiefs** in den neuen Machtapparat eingebunden. Gemäß der Verfassung ist ihr Amt nicht an eine Partei gebunden, faktisch stehen sie aber als Machtgruppe zwischen den **Parteien** und zwischen verschiedenen Fraktionen der Regierungspartei ZANU-PF.

Das Kabinett wird vom Präsidenten ernannt; in den letzten Jahren wurde die Zahl der Minister und ihrer Stellvertreter immer wieder erweitert, zuletzt im **Oktober 2017**; dann fanden auch **Um- und Neubesetzungen** von Ministerposten statt. Abermalige Veränderungen im Kabinett nahm der am 24. November 2017 als neuer Präsident Simbabwe vereidigte Emmerson Mnangagwa vor. Nach einer Militärintervention, die am 21. November 2017 zum Rücktritt von Präsident Robert Mugabe führte, entließ Mnangagwa Medienberichten zufolge drei Tage nach seiner Amtseinführung **Minister der Mugabe-Regierung**. Mnangagwa begann mit der Zusammenstellung einer neuen **Ministerriege**, deren **Zusammensetzung** wurde anschließend in den Medien bekannt gegeben. Normalerweise finden alle fünf Jahre Kabinetts- und Senatswahlen statt. Wahlberechtigt sind alle Staatsbürger/-innen über 18 Jahren.

Verfassung und Gewaltenteilung



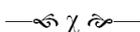
Plakat zur neuen Verfassung
©simbabwe situation commons



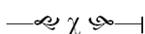
Zimbabwe Verfassungsentwurf
Titelseite © solokwane commons

Die am Unabhängigkeitstag, dem 18.4.1980, eingeführte Verfassung wurde 1987 in eine Präsidialverfassung geändert. Ein Verfassungsentwurf, den eine Regierungskommission ausgearbeitet hatte, wurde im Februar 2000 abgelehnt. Präsident Mugabe wollte damit seine Machtbasis erweitern. Dem gescheiterten **Verfassungsreferendum** am 12.2.-13.2.2000 waren landesweite Debatten vorausgegangen. Bereits 1998 hatten zivilgesellschaftliche Gruppen eine neue Verfassung gefordert, um das Mehrheitswahlrecht nach britischem Vorbild durch ein Verhältniswahlrecht zu ersetzen. Nur so sei mehr Demokratie und ein Regierungswechsel möglich. Zivilgesellschaftliche Organisationen gründeten einen Zusammenschluss zur Erarbeitung eines Verfassungsentwurfs, die Regierung reagierte mit einer eigenen Verfassungsversammlung.

Unter der Einheitsregierung wurde im Februar 2009 ein Constitutional Select Committee ernannt, das einen neuen Entwurf erarbeiten sollte. Er wurde im Juli 2012 vorgelegt und war ein Kompromiss zwischen ZANU-PF und MDC-T. Bereits kurz nach seiner Präsentation auf einem SADC-Gipfel (Länderzusammenschluss im südlichen Afrika) im August 2012 kritisierten einige ZANU-PF-Repräsentanten den Entwurf. Während dieses Gipfels forderten zivilgesellschaftliche Kritiker aus Simbabwe SADC-Vertreter/-innen auf, sich mit der Übermacht des Militärs in Simbabwe auseinander zu setzen. In Simbabwe versuchen Menschenrechtsorganisationen, in Dialog mit den politischen Entscheidungsträger/-innen zu treten und die Bevölkerung über die Inhalte des Verfassungsentwurfs zu informieren. Der **Dokumentarfilm Democrats** informiert über die Debatten im Kontext der Erarbeitung einer neuen Verfassung. Dieser



CONSTITUTION OF ZIMBABWE
(FINAL DRAFT : JANUARY 2013)



international preisgekrönte Film war trotz offizieller Dreherlaubnis zwischen 2016 und Februar 2018 in Simbabwe **verboten**.

Mitte Januar 2013 einigten sich ZANU-PF und MDC-T auf einen überarbeiteten Verfassungsentwurf, in einem **Referendum** hat die Bevölkerung am 16. Februar 2013 darüber entschieden. Die Mehrheit akzeptierte die **neue Verfassung**, die vom Parlament Mitte Mai 2013 gebilligt wurde. Die Debatte über Probleme und Potenziale sowie die **Anpassung** der bestehenden Gesetze dauert an. Immer wieder gibt es Bestrebungen, die Verfassung im Sinne der Regierungspartei ZANU-PF und der Machterweiterung des Präsidenten zu **ändern**. Zudem beeinträchtigen die politisch verursachte Wirtschaftskrise sowie die Korruption die Umsetzung der verfassungsmäßig verankerten Rechte, u.a. das Recht auf Gesundheit und sauberes Trinkwasser.

Formaler Staatsaufbau und territoriale Gliederung



Provinzkarte © Johan van der Heyden (CC BY-SA 3.0)

Die politische Verwaltung in Simbabwe gliedert sich in acht **Provinzen** und zwei Städte, die Provinzstatus haben: Harare und Bulawayo. Provinzen und deren Verwaltungszentren sind: Manicaland (Mutare), Mashonaland East (Marondera), Mashonaland West (Chinoyi), Mashonaland Central (Bindura), Matabeleland North (Bulawayo), Matabeleland South (Gwanda), Masvingo (Masvingo City) und Midlands (Gweru).

Innerhalb der Provinzen gibt es 59 **Distrikte** und 1200 **Gemeinden** (so genannten Wards), zu denen jeweils mehrere Orte zählen.

Flächenmäßig ist Matabeleland North mit 75.025 Quadratkilometern die größte und Bulawayo mit 479 Quadratkilometern die kleinste Provinz. Während Matabeleland North die geringste Bevölkerungsdichte aufweist, sind Harare und Bulawayo die am dichtesten besiedelten Provinzen. Die Provinzgouverneure werden vom Präsidenten ernannt.

Recht, Ordnung und staatliche Sicherheit

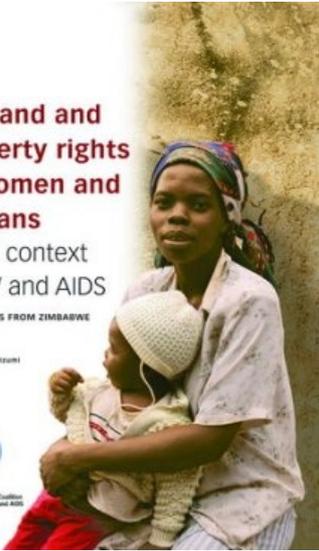
Das simbabwische **Rechtssystem**, über das Detailinformationen beim **Zimbabwe Legal Information Institute** verfügbar sind, ist eine Kombination aus dem römisch-niederländischen und dem englischen Recht. Der Chief Justice, der Leiter der gesamten Justiz, wird vom Präsidenten ernannt. Höchste **Instanzen** sind der Supreme Court und High Court, diesen sind Magistrate Courts und Local Courts untergeordnet. Letztere werden von Chiefs und Headmen (Autoritäten auf lokaler Ebene) geleitet. Auf lokaler Ebene findet häufig das so genannte Customary Law Anwendung. Dabei handelt es sich um Rechtsinterpretationen, die in der Kolonialzeit kodifiziert

The land and property rights of women and orphans

in the context of HIV and AIDS

CASE STUDIES FROM ZIMBABWE

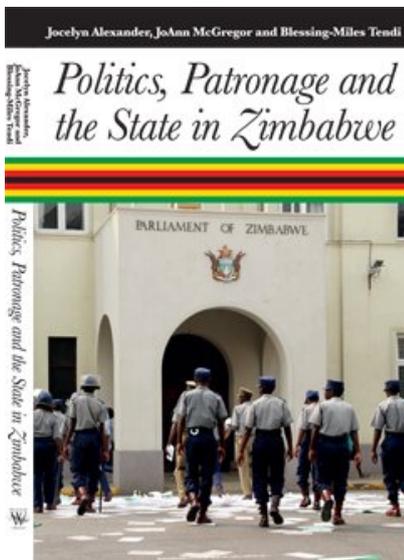
edited by KAZI TSAMI



Studiencover © FAO

wurden. Sie entsprachen nicht immer vorkolonialen Rechtsvorstellungen, vielmehr dienten sie kolonialen Verwaltungs- und lokalen Machtinteressen. Nach der Kolonialzeit wurden viele Elemente des Customary Law beibehalten. Unter der Instrumentalisierung des Customary Law zur Machtabsicherung lokaler Eliten leiden vor allem junge Männer und Frauen. Juristinnen fordern die Interpretation des Customary Law als Living Law, damit Frauen Landnutzungs- und Wohnrechte erhalten. Diese sind existentiell für zahlreiche junge Witwen mit kleinen Kindern, deren Ehemänner beispielsweise an AIDS gestorben sind.

Simbabwe hat zahlreiche internationale Rechtsgrundlagen sowie Menschenrechtsabkommen der Afrikanischen Union unterschrieben und ratifiziert. Sie werden jedoch nur partiell umgesetzt. Frauen, Kinder, Behinderte, HIV-positive und Homosexuelle werden nur unzureichend vor Gewalt geschützt.



Buchcover "Politics, Patronage and the State in Zimbabwe"

Die **staatliche Gesetzgebung** entspricht nicht in allen Bereichen den internationalen und regionalen Vorgaben. Die ab 2000 erlassenen Sicherheitsgesetze geben der **Polizei** große Handlungsfreiheit im Vorgehen selbst gegen unliebsame ranghohe Politiker. Gewalttätige Sicherheitskräfte – auch aus Kreisen des Militärs oder paramilitärischer Jugendmilizen – werden zumeist nicht strafrechtlich verfolgt. Die Geheimdienste haben weitgehend freie Hand. Erpressungen, Verschleppungen, Vergewaltigungen, Folter, unrechtmäßige Untersuchungshaft und extra-legale Tötungen sind verbreitet. Das zeugt von den Beschränkungen der **Rechtsstaatlichkeit** und dem Mangel an guter Regierungsführung. Eine Einschätzung hierzu gibt der **BTI**, der Länder vergleicht.

Sowohl die Grundlagen des umstrittenen Konzeptes der menschlichen Sicherheit als auch die Menschenrechte werden von vielen staatlichen Kräften nicht eingehalten. Die Unparteilichkeit der Justiz hat durch die Einflussnahme Mugabes auf die Besetzung ranghoher Posten im Rahmen seiner „Indigenisierung“ gelitten. Es gibt auch Zweifel an fairen Gerichtsprozessen gegen Regimekritiker.

Die Zimbabwe Defence Force (ZDF) geht auf den bewaffneten Flügel der ZANU im Befreiungskampf zurück. Außerhalb der Landesgrenzen ist sie in die SADC-Vereinbarungen eingebunden. Der **Militäretat** betrug 2017 offiziell 340 Millionen US-Dollar. Dennoch ist der Sold der Soldaten niedrig und ihre Versorgung mancherorts ein Problem. Militärische Einheiten wurden wiederholt im Inneren eingesetzt. Bei den mindestens 20.000 Mann umfassenden paramilitärischen Einheiten sind die Jugendmilizen besonders gefürchtet. Sie wurden in speziellen Ausbildungslagern gewaltsam trainiert – oftmals selbst misshandelt, um anschließend Gewalt gegen Regimegegner anzuwenden.

Das **Militär** spielt eine zentrale Rolle in der rechtsstaatlichen Entwicklung, was wegen seiner engen personellen Verbindungen mit der Regierungspolitik zu Problemkonstellationen führte. Beteuerungen der Treue zu Mugabe durch ranghohe Offiziere sowie

der Ausbau militärischer Strukturen durch groß angelegte Rekrutierungen, eine neue **Militärakademie** und umfangreiche Waffenkäufe in Südafrika, China und Großbritannien, sorgen für Zweifel an der Neutralität des Militärs. Politische Beobachter diskutieren, welche Entscheidungsmacht ranghohe Militärs und Geheimdienstvertreter in der ZANU-PF und in der Regierung haben.

Im Februar 2000 begannen unrechtmäßige und gewaltsame Farmbesetzungen und **Farmenteignungen** durch (angebliche) **Kriegsveteranen** und ZANU PF-Anhänger. Ihr Vorgehen wurde von staatlichen Sicherheitskräften weitgehend geduldet, mancherorts sogar gefördert. In den Jahren 2000-2002 wurden 4000 weiße Großfarmer enteignet, was drastische Ernte- und Deviseneinbußen zur Folge hatte. Die Auslandsverschuldung und die Inflation stiegen rasant an. Wegen fehlender rechtsstaatlicher Grundlagen stellten der Internationale Währungsfond und die Weltbank ihre Zahlungen ein. 2001 verhängten die USA Sanktionen gegen das Mugabe-Regime, gefolgt von Sanktionen der **EU** im Jahr 2002; 2008 bzw. 2009 wurden die Sanktionen zusätzlich verschärft. Im Juli 2012 entschied die **EU**, eine Lockerung bzw. Aufhebung der Sanktionen in Aussicht zu stellen. Anfang 2015 gab die EU die Zahlung von Hilfsgeldern bekannt. Seitdem dauern die **Kontroversen** über weiter **gelockerte Sanktionen** an. Von der **US-Botschaft in Harare** werden die **US-amerikanischen Sanktionen** differenziert erklärt. Auch Anfang März 2019 waren fortgesetzte **Sanktionen** durch die US-Regierung ein diskutiertes Thema.

Innenpolitische Themen

Machthaber und Machtgruppen

1987 wurden die reservierten Sitze für Weiße im simbabwischen Parlament abgeschafft. Im gleichen Jahr vereinten sich ZANU und ZAPU zur ZANU-Patriotic Front (ZANU-PF), was sie 1989 formell vollzogen. Durch eine Verfassungsreform wurde **Mugabe** am 31.12.1987 Präsident, bis er im November 2017 nach massivem parteiinternen Druck zurücktrat. Ihm und seiner Regierung werden Machtmissbrauch und Korruption vorgeworfen. 1997 wurde bekannt, dass der Fond für Opfer des Unabhängigkeitskriegs veruntreut worden war. Die Kriegsveteranen verlangten Kompensationen. Als die Mugabe-Regierung zur Kostendeckung Steuererhöhungen plante, gab es Massenproteste. 1998-2002 beteiligte sich das simbabwische Militär auf Seiten der kongolesischen Armee am Krieg in der Demokratischen Republik Kongo.

Am 11.9.1999 wurde die Oppositionspartei **Movement for Democratic Change (MDC)** unter Gewerkschaftsführer Morgan Tsvangirai gegründet. Daran erinnerte er in einem Interview im September 2016, in dem er Erfolge und Probleme der **Partei** bilanzierte.

Nach internen Konflikten in 2005 spaltete sich die MDC in den dominierenden MDC-T, den Tsvangirai-Flügel, und die kleine Fraktion MDC-M unter Arthur Mutambara. Im Januar 2011 übernahm Welshman Ncube den Parteivorsitz; 2014 fanden Gespräche über eine neue Kooperation statt. Nachwahlen bzw. Neuwahlen in 21 **Wahlbezirken** am 10. Juni 2015 wurden von den Oppositionsparteien weitgehend boykottiert, da sie keine faire Durchführung der Wahlen erwarteten und auf Druck im Kontext

kontinentaler Diplomatie hofften. Die Wahlbeteiligung war entsprechend gering und vor den Wahlen wurde politisch motivierte Gewalt, insbesondere von Unterstützern des Regierungslagers, eingesetzt.

Morgan Tsvangirai



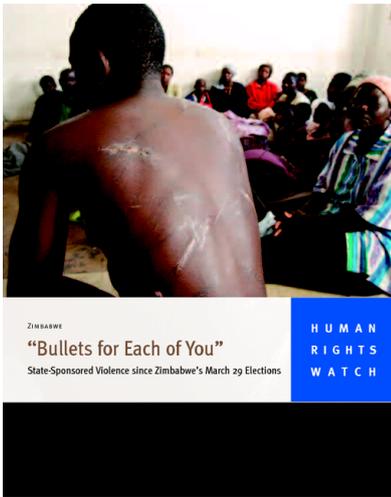
Morgan Tsvangirai und der frühere UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, © Quelle: www.unmultimedia.org/photo/

Morgan Tsvangirai, geboren am 10.3.1952, arbeitete über zehn Jahre in einer Nickelmine. Er engagierte sich in der nationalen Minenarbeitergewerkschaft für die Rechte von Minenarbeitern. Dann wurde er Generalsekretär des Dachverbands der Gewerkschaften Simbabwe, des Zimbabwe Congress of Trade Unions. Anschließend leitete er die National Constitutional Assembly, einen Dachverband zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für eine Verfassungsreform und Demokratisierung Simbawwes einsetzten. Der Regimekritiker Tsvangirai überlebte mindestens drei Attentate Ende der 1990er Jahre. 1999 wirkte er an der Gründung der MDC maßgeblich mit.

Am 11.3.2007 wurde er von Sicherheitskräften schwer misshandelt und erlitt einen Schädelbruch, bereits 2000 und 2003 war er Opfer körperlicher Übergriffe und Verhaftungen geworden. 2008 wurde er erneut inhaftiert. Unter Tsvangirai erstarkte die MDC als stärkste oppositionelle Kraft. Nach mehrfach umstrittenen Wahlen und langen Verhandlungen einigten sich Tsvangirai und Mugabe im September 2008 auf eine Machtteilung. Tsvangirai wurde am 11.2.2009 als Ministerpräsident vereidigt. Nach den Wahlen Ende Juli 2013 musste er abdanken und wechselte wieder auf die **Oppositionsbank**. Im September und Anfang Oktober 2017 berichteten Medien über seine schwere Krebserkrankung und wiesen auf die Folgen für seine politischen **Aufgaben und Pläne** hin. **Mitte November** 2017 meldete er sich im Kontext der politischen Eskalation, der Intervention des Militärs und den vom Militär eingeleiteten und von großen Teilen der Regierungspartei ZANU-PF mitgetragenen Vorgänge zur Absetzung von Präsident Robert Mugabe, zu Wort. **Morgan Tsvangirai** verstarb am 14. Februar 2018. **Internationale Medien** erinnern an sein politisches Leben.

Wahlen

Umstrittene Präsidentschaftswahlen 2002 sowie die von Unstimmigkeiten begleiteten Wahlen zum Repräsentantenhaus und Senat 2005 sorgten für politische Proteste. Änderungen des Wahlgesetzes ermöglichten die gleichzeitige Durchführung von Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im März 2008, deren **Ergebnisse** abermals fragwürdig waren. **Einschüchterungen**, willkürliche Verhaftungen und Gewalt eskalierten im Wahlkampf. Vorwürfe der Opposition wegen fehlerhafter Auszählungen bei der Präsidentschaftswahl konnten nicht ausgeräumt werden. Kurz bevor



Studiencover HRW Gewalt bei Wahlen 2008



Protest von Exil-Simbabwern in London © TwoWings (CC BY-SA 2.5)

die Zimbabwe Electoral Commission (ZEC) die offiziellen Ergebnisse öffentlich bekannt gab, stürmte die Polizei das Büro des Zimbabwe Election Support Network (ZESN) und konfiszierte Dokumente.

Derartige Übergriffe wiederholten sich im Februar 2013 vor dem Referendum zur neuen Verfassung. Das ZESN wurde im Jahr 2000 als Koalition von 31 Nichtregierungsorganisationen gegründet, es setzt sich für freie und faire Wahlen ein. Für das Präsidentenamt musste 2008 eine Stichwahl stattfinden, aus der Mugabe - der einzige Kandidat - als Sieger hervorging. Gebiete, in denen Menschen für die Opposition gestimmt hatten, überzogen regimetreue Schlägertrupps mit exzessiver Gewalt. Über 100 Menschen wurden umgebracht, 3000 gefoltert oder schwer verletzt und 30.000 vertrieben.

Der Termin für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wurde zum Zankapfel zwischen MDC und ZANU-PF. Auf Intervention der SADC wurde er wiederholt verschoben. Es gab auch Auseinandersetzungen über die Rolle der Sicherheitskräfte, insbesondere über die nicht reformierte Polizei und das Militär. Umstritten war auch, ob die ZANU-PF internationale Wahlbeobachter/-innen zulassen würde oder die Wahlen nur von Afrikanern/-innen beobachtet werden sollten.

Wahlen im Juli 2013

Schließlich fanden die **Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2013** am 31. Juli 2013 statt. Diesen Termin hatte das höchste Gericht Simbabwe letztlich festgelegt. Aber er blieb umstritten, weil es nur wenig Zeit für die Wählerregistrierung gab.

Die Zimbabwe African National Union ZANU-PF gewann 158 der 170 Wahlkreise und hat mit 160 Sitzen die absolute Mehrheit im House of Assembly. Präsident Robert Mugabe wurde in seinem Amt bestätigt und erhielt 61,09 % der Stimmen in der Präsidentschaftswahl. Die Movement for Democratic Change (MDC-T) unter Morgan Tsvangirai kam auf 49 Parlamentssitze, Tsvangirai erhielt 33,94 % der Stimmen bei der Präsidentschaftswahl. Offiziell nahmen 3.480.047 Stimmberechtigte an den Wahlen teil.

Rechtsgrundlage für die Wahlen war die neue Verfassung. Trotz Problemen mit der Wählerregistrierung und der Einrichtung von Wahlbüros kamen Wahlbeobachter der Afrikanischen Union (AU) und der Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika (SADC) zu dem Schluss, die Wahlen seien frei und fair verlaufen. Einige zivilgesellschaftliche Vereinigungen und politikwissenschaftliche Institute legten SADC-Kriterien zur **kritischen Wahlanalyse** an. Internationale Wahlbeobachter ließ Präsident Mugabe 2013 nicht zu. Es kursierten Gerüchte, wonach israelische Experten in Zusammenarbeit mit simbabwischen Regierungsstellen und im Auftrag der ZANU-PF die elektronische Stimmabgaben manipuliert hätten.

Auch von etlichen Wählerbedrohungen am Wahltag, von Behinderungen bei der Stimmabgabe und von so genannten mitgezählten „Geisterstimmen“ wurde berichtet; manche

Schätzungen gehen von mehreren hunderttausend Fällen aus. Die MDC-T kündigte zunächst an, die Wahlergebnisse gerichtlich anzufechten. Kurz vor der geplanten Verhandlung zog Morgan Tsvangirai seine Klage zurück, denn die Wahlkommission hatte die Unterlagen nicht freigegeben, die zur Einreichung notwendig waren. Verfassungsrichter Godfrey Chidyusiku bezeichnete die Wahlen als frei und fair.

Die Wahlen und die Regierungsbildung wurden **rückwirkend analysiert**. Dabei kamen interne Machtfragen in der ZANU-PF zur Sprache. Ende 2013 gab es **parteiinterne Kritik** an der Nutzung von Parteigeldern durch ranghohe Mitglieder. Nach den Provinzwahlen im November 2013 dauerten **Fraktionskämpfe** innerhalb der ZANU-PF über die in der Provinz Midlands erzielten Ergebnisse und mögliche Wahlmanipulationen bis Ende Januar 2014 an. Auch 2015 und **2016** waren **Fraktionskämpfe** in der **Regierungspartei** aus verschiedenen tages- und **machtpolitischen Anlässen** sowie personellen **Differenzen** prägend. Sie hatten wiederholt personelle Umstrukturierungen und Neubesetzungen von Ministerämtern zur Folge. Eine Umfrage in 2015 ergaben ein Meinungsbild zur **Mehrparteiendemokratie**. Mitte 2017 gab es bereits Kontroversen zwischen Regierungspartei und Opposition über die Frage, inwieweit die **Wahlen 2018** frei und fair werden, es ging unter anderem um die Wählerregistrierung, die Umsetzung von Wahlreformen und das Wahlrecht. Politische Analysten erörterten mögliche Gewalt im Kontext der für den 30. Juli 2018 geplanten Wahlen. Denn bereits am 23. Juni 2018 explodierte während einer **Wahlkampfveranstaltung** der bisherigen Regierungspartei ZANU-PF in einem Stadion in Bulawayo ein **Bombe**; zwei Menschen starben, zahlreiche wurden verletzt.

Wahlen im Juli 2018

Die einflussreichsten Parteien bei den **Wahlen** am **30. Juli 2018** waren die Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (ZANU-PF), die Movement for Democratic Change (MDC) Alliance, die von der früheren ZANU-PF-Politikerin Joice Mujuru gegründete People's Rainbow Coalition (PRC) und die ebenfalls von Ex-ZANU-PF Politikern - Getreue des früheren Präsidenten Robert Mugabe - formierte National Patriotic Front (NPF). Die **Präsidentschaftswahlen** gewann der ZANU-PF Vorsitzende Emmerson Mnangagwa mit 2.460.463 gültigen Stimmen, der stärkste Gegenkandidat Nelson Chamisa von der MDC-Alliance erhielt 2.147.436 Stimmen. 23 Kandidaten/-innen - darunter vier Frauen - aus 22 Parteien hatten um das Präsidentenamt konkurriert. Bei den **Parlamentswahlen** erreichte die ZANU-PF mit 144 Sitzen die absolute Mehrheit, die MDC-Alliance erzielte 64 Sitze. Masango Matambanadzo von der National Patriotic Front (NPF) errang einen Sitz, ein weiterer ging an den unabhängigen Kandidaten Temba Mliswa. Die Wahlbeteiligung betrug über 70%.

Das Durchschnittsalter der Wahlberechtigten betrug 40.2 Jahre, so waren vor allem jüngere **Wähler/-innen** zum Urnengang aufgefordert. Allerdings war nicht nur das Alter entscheidend für die Wahlbeteiligung, sondern vielmehr der Wohnsitz. Denn

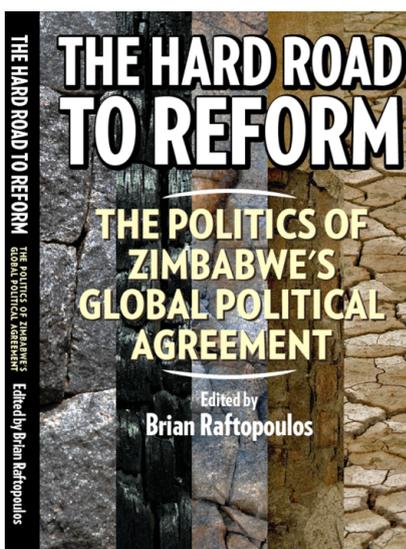
simbabwische Migranten/-innen in Südafrika oder anderen Ländern durften laut Wahlgesetz nicht wählen. Schätzungen gingen von mehreren hunderttausend Menschen aus. In ländlichen Gebieten nahmen unter anderem Chiefs Einfluss auf das Wahlverhalten, was **internationale Wahlbeobachtermissionen** monierten. Sie bemängelten unter anderem auch die Verteilung von **Agrarinputs** und **Nahrungsmittelhilfe** durch ZANU-PF-Politiker kurz vor den Wahlen. Direkt nach den Wahlen rückten Polizei und Militär in Harare vor, um MDC-Unterstützer auseinanderzutreiben. Chamisa hatte sich noch vor der offiziellen Bekanntgabe der Wahlergebnisse zum Sieger erklärt. Die Protestierenden hätten ohne Anmeldung demonstriert, hieß es. Sechs Menschen wurden erschossen, etliche verletzt. Das MDC-Büro wurde von der Polizei durchsucht. Die anschließend eingesetzte **Kommission (Commission of Inquiry, Motlantle Commission)** sollte die Gewalt nach der Wahl untersuchen. In ihrem **Abschlussbericht** gibt sie konkrete Empfehlungen.

Eine Klage der MDC-Allianz wegen Wahlbetrugs wurde vom Verfassungsgericht abgewiesen. Emmerson Mnangagwa wurde am 26.8.2018 als **Präsident Simbabwe vereidigt**.

Wichtige politische Entscheidungen

Um die Gewaltexzesse im Land zu beenden und den wirtschaftlichen Niedergang aufzuhalten, billigte die Movement for Democratic Change am 15.9.2008 ein Abkommen zur **Machtteilung**. Darauf hatten die **SADC** und insbesondere der damalige südafrikanische Präsident **Thabo Mbeki** gedrängt.

Dieses **Global Political Agreement (GPA)** führte am 11.2.-13.2.2009 zur Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, dem Government of National Unity (**GNU**). Robert Mugabe blieb Präsident, Morgan Tsvangirai wurde Premierminister.



Buchcover global political agreement, Weaver Press

Je nach politischem Standpunkt gibt es seitdem verschiedene **Einschätzungen** über die Erfolge, Probleme und Defizite der **Regierung der nationalen Einheit**. Dabei werden **Verfassungsfragen**, institutionelle Reformen insbesondere mit Blick auf den **Sicherheitssektor**, politische und wirtschaftliche **Strukturen** sowie Entwicklungen, die Bedeutung von Menschenrechten, **Medien** und Meinungsfreiheit, die Rolle der simbabwischen Diaspora, der Afrikanischen Union und der SADC erörtert. Im Detail werden Demokratisierungsansätze und Gewaltkontinuitäten diskutiert. Nationale Wahlen, die der Regierung der nationalen Einheit ein Ende bereiteten, fanden Ende Juli 2013 statt. Das entschied das Verfassungsgericht nach juristischen und politischen Auseinandersetzungen am 4. Juli 2013. Wissenschaftler aus **Simbabwe** und den Nachbarländern sowie aus **Europa** analysieren und bewerten die Wahlen im Nachhinein. Auch die **politische Situation** und die wirtschaftliche Entwicklung seit den Wahlen 2013 wird von politischen Beobachtern **kontrovers** diskutiert, u.a. unter Berücksichtigung internationaler Beziehungen. Zudem gibt es spezifische Studien, etwa zum Demokratieverständnis von Frauen, und zum **politischen Meinungsspektrum** von Bürger/-innen 2015.



Report of the Fact-Finding Mission to Zimbabwe
to assess the Scope and Impact
of
Operation Murambatsvina
by the
UN Special Envoy on Human Settlements Issues in
Zimbabwe
Mrs. Anna Kajumulo Tibujuka

Titelblatt © offizieller UN Bericht
zur Operation Murambatsvina

Ab 2001 erfolgte ein Umbau der Justiz, 2002 wurden neue Gesetze zur Kontrolle der Medien und zur Verfolgung von Oppositionellen erlassen. Im Umfeld von Wahlen – im Wahlkampf zur Einschüchterung, nach Wahlen zur Strafe –, bei groß angelegten Räumungen von Wohngebieten und Farmenteignungen setzten Polizei, Militär und Schlägertrupps im Regierungsauftrag Gewalt ein. Beispielsweise bei der so genannten **Operation Murambatsvina 2005**, die sogar eine unabhängige UN-Untersuchung zur Folge hatte. Gewaltakteure waren (angebliche) Kriegsveteranen und angeworbene sowie zwangsrekrutierte Jugendliche, so genannte „grüne Bomber“. Schwere Körperverletzungen, Psychoterror, Zerstörungen von Hab und Gut, sexualisierte Gewalt an Frauen und Männern zählten zu deren Terrortaktiken.

Gewaltsame Übergriffe von regimenahen Schlägertrupps auf MDC-Anhänger/-innen und Menschenrechtsaktivisten/-innen rissen 2011, 2012 und 2013 nicht ab, was zwischenzeitlich die SADC-Regierungschefs kritisierten. Auch 2014, 2015 und 2016 gab es immer wieder **politisch motivierte Gewaltübergriffe**, die soweit wie möglich **aufgezeichnet** wurden.

Innerhalb der ZANU-PF setzen sich seit 2013 **Machtkämpfe** zwischen **konkurrierenden** bzw. verfeindeten Lagern und ambitionierten einzelnen **Personen** fort, was Folgen für **politische Spannungen** und weiterreichende Konflikte im Land hat.

Machtkämpfe und politisch motivierte Gewalt



Robert Mugabe, 19.9.2011, ©

Quelle:

www.unmultimedia.org/photo/detail.jsp=

Im Mai 2014 wurden Gerüchte über den schlechten Gesundheitszustand des damals 90jährigen Präsidenten Robert Mugabe lauter, anschließend wurde jedoch seine politisch einflussreiche Rolle wieder hervorgehoben. Da die sachliche Klärung der Nachfolgefrage ein parteiinternes Tabu war, gab es persönliche Auseinandersetzungen zwischen ambitionierten und ranghohen Parteikadern sowie zwischen konkurrierenden Fraktionen innerhalb der ZANU-PF über die **Nachfolgeregelung**.



Robert und Grace Mugabe ©

Seit Ende Juli 2014 sorgte die **Kandidatur der Präsidentengattin Grace Mugabe** für den Vorsitz der ZANU-PF-Frauenliga für Diskussionen. Sie wurde auf dem Parteikongress im Dezember 2014 für dieses Amt gewählt, das gilt laut Einschätzung einiger Journalisten und politischer Beobachter als Beitrag zur Intensivierung der **Nachfolgedebatte**. Vize-Präsidentin **Joice Mujuru** wurde abgesetzt und Anfang April 2015 aus der ZANU-PF ausgeschlossen. Die **politische Repräsentanz** von Frauen geriet durch diese Konflikte punktuell in Zweifel. Auf die ZANU-PF Jugendliga konnte Mugabe aber lange zählen.

Manche politische Beobachter und **Journalisten** gingen lange davon

Dandjk Roberts (CC BY-SA 3.0)



ZANU-PF Jugendliga © CC-Zero

aus, dass die Macht von Emmerson Mnangagwa, der als ambitionierter **Präsidentenskandidat** galt und sich seit 2014 das Amt des Vizepräsidenten mit Phelekezela Mphoko teilte, weiter steigen werde. Im Kontext eines Staatsbesuches im Juli 2015 erklärte **Mnangagwa**, Zimbabwe wolle mit Hilfe **chinesischer politischer Berater** Reformen nach chinesischem Vorbild beispielsweise im Justiz- und Sozialsektor angehen. Auch seine damalige Beurteilung der **wirtschaftlichen Problemlage** Simbabwes und der Wirtschaftsreformen hatte breites Medienecho. Die **Nachfolgefrage** prägte über lange Zeit - so auch im September und Oktober 2017 - Konflikte in der Führungsriege der Regierungspartei ZANU-PF, konkret deren Auseinandersetzungen mit der **Fraktion** um die ambitionierte und **umstrittene Präsidentengattin Grace Mugabe**.

Davor hatte es im Juni bzw. **Juli** bis September 2016 **Streiks** und **Proteste** wegen der **Wirtschaftsmisere** und daraus folgenden Versorgungsprobleme gegeben, zu deren **Niederschlagung** auch öffentlich über den Einsatz der Armee gesprochen wurde. Solche Probleme, mittel- und langfristige **Veränderungen** sowie grundlegende Strukturen analysieren **Politikwissenschaftler** die **Demokratieentwicklung** in Simbabwe. Manche Forscher vertreten **regimetreue Standpunkte**, was partiell kritisiert wird. Von Seiten deutscher **politischer** Stiftungen gibt es Publikationen, die Entwicklungen dokumentierten. Auch einzelne Journalisten informierten 2017 über **politische Trends**.

Politische Krise gipfelt in Machtübernahme Emmerson Mnangagwas



Emmerson Mnangagwa © Pindula (CC BY-NC-ND 4.0), unverändert

Am 14. und 15. November 2017 eskalierte die **politische Krise** in Simbabwe. Die **Armee** rückte in die Innenstadt Harares vor, errichtete Kontrollposten an Verbindungsstraßen und blockierte den Zugang zum Parlament. Präsident Robert Mugabe wurde unter **Hausarrest** gestellt. Nach Angaben im **Staatsfernsehen**, das **Armeevertreter** zuvor besetzt hatten, übernahmen sie die Kontrolle im Staat, um eine schwere politische, wirtschaftliche und soziale Krise zu überwinden. Angespielt wurde auf den **eskalierten Machtkampf** um die **Präsidentennachfolge** und die **Absetzung** Emmerson Mnangagwas als Vizepräsident am 6. November 2017 sowie seinen **Ausschluss** aus der Regierungspartei ZANU-PF.

Kurz vor der Militäraktion fand eine Razzia in den Räumen des regimekritischen zivilgesellschaftlichen Mediennetzwerkes **Magamba News** statt, eine Mitarbeiterin war schon zuvor festgenommen worden.

Armeevertreter betonten am 15. November 2017, Mugabe bleibe weiter im Amt; sie wollten **Kriminelle** zur Rechenschaft ziehen - gemeint waren **Vertreter** der ZANU-PF-Fraktion von Grace Mugabe; es handele sich nicht um einen Putsch. Politische **Beobachter** und **Kommentatoren** schätzten das zum Teil anders ein. Faktoren für die



Tongai Makawa © DW ZABOELL
(CC BY 2.0)



SADC Logo © SADC (CC BY-SA
3.0)

Bewertung waren verfassungsrechtliche **Bezugnahmen** und die Frage, wie die Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika (**SADC**) unter dem aktuellen Vorsitz **Südafrikas** und die Afrikanische Union (**AU**) auf die Intervention der Armee reagieren würden und welche **Positionen** es innerhalb der SADC gab. Am 16. November 2017 fanden Verhandlungen zwischen Präsident **Mugabe** und ranghohen Armeevertretern statt. Südafrikas Präsident **Jacob Zuma** hatte seine Verteidigungsministerin und seinen Sicherheitsminister für Verhandlungen in die simbabwische Hauptstadt Harare geschickt. Weitere **Gespräche** sollten auf SADC-Ebene geführt werden. Über den **Einfluss Chinas** als wichtigsten Handels- und Militärpartner wurde **gemutmaßt**. Es wurde berichtet, sowohl **China** als auch Südafrika und andere Regierungen in der Region seien über die Pläne der Armee im Vorfeld informiert worden.

Während Oppositionelle wie **Morgan Tsvangirai** die Absetzung von Präsident Robert Mugabe verlangten, gingen politische Beobachter davon aus, dass **Emmerson Mnangagwa** das Präsidentenamt übernehmen werde - möglicherweise auch nur bis zu Neuwahlen. **Zivilgesellschaftliche Vertreter** wie **Evan Mawarire** forderten die Einhaltung der Verfassung. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftliche Netzwerke legten in einer Stellungnahme Präsident Robert Mugabe dringend nahe, freiwillig zurückzutreten. **Kirchliche Dachverbände** setzten in einer Stellungnahme auf den Dialog und eine nationale Einheitsregierung, bis Neuwahlen stattfinden würden. Auch **politische Beobachter** in Südafrika und **Amtsträger** in Deutschland gaben Lageeinschätzungen und hofften auf **Dialogmöglichkeiten**.

Die Informationslage war jedoch am 15., 16. und 17. November 2017 teilweise diffus, es gab punktuell Meldungen, die sich **widersprachen**, und **konträre** Situationseinschätzungen, die **Informationsprobleme** spiegelten. Um auch im Nachhinein ein möglichst **differenziertes Bild** zu erhalten, ist die Lektüre von **Medien** im Land und in der **Region** zu empfehlen, zumal unabhängiger **Journalismus** eine Herausforderung bleibt. Auch Medien aus **anderen Kontinenten** sind zur **Meinungsbildung** zu nutzen.

Am 17. November 2017 wurde bekannt, dass Mugabe an einer akademischen Zeremonie, einer Absolventenfeier an der Zimbabwe Open University, einer **Universität in Harare** teilgenommen habe und sich **weigere**, dem Druck der **Armee** nachzugeben und abzutreten.

Am **18. November 2017** fand **eine Großdemonstration** in Harare statt, die von Veteranen aus dem Unabhängigkeitskrieg organisiert wurde. Auch in **Bulawayo** gab es eine Demonstration. Die Armee wurde euphorisch begrüßt. Manche kritische Beobachter wiesen aber auch auf die mögliche Einflussnahme der Armee auf die Demonstranten durch das Verteilen vorbereiteter Plakate mit Portraits namhafter **Generäle** hin.

Über mögliche Szenarien für eine politische Lösung für die nächste Zukunft, auch über Entscheidungs- und **Abstimmungsprozesse** innerhalb der ZANU-PF Regierungspartei zur Absetzung von Präsident Robert Mugabe wurde am 15. und 16. November in manchen Medien berichtet. Das **ZANU-PF Zentralkomitee** entschied

am 19. November 2017 in der Mittagszeit, Robert Mugabe als Parteivorsitzenden abzusetzen. Seine Frau Grace wurde ihres Amtes als Vorsitzende der ZANU-PF-Frauenliga enthoben und aus der Partei ausgeschlossen. Auch die ZANU-PF-Jugendliga war inzwischen umgeschwenkt und unterstützte nicht mehr die Präsidentengattin und deren parteiinterne Fraktion G40, sondern Emmerson Mnangagwa und dessen so genanntes Team Lacoste. Mnangagwa wurde Interimsparteichef (first secretary) - bis zum außerordentlichen ZANU-PF-Parteikongress im Dezember. Präsident Robert Mugabe wurde mit einer eintägigen Frist zum Rücktritt aufgefordert.

Mugabes Rede zur Nation wurde am Abend des 19. November 2017 öffentlich gesendet und von Medienvertretern sowie politischen Analysten kommentiert. Eine Rücktrittserklärung, die erwartet wurde, gab er darin nicht. Am Morgen des 20. November 2017 forderten Kriegsveteranen abermals seinen Rücktritt.

Am 21. November wurde gegen 18 Uhr Ortszeit (17:53 laut der regierungsnahen Tageszeitung The Herald) bekannt, dass Robert Mugabe als Präsident Simbabwes zurückgetreten sei. Der Parlamentsvorsitzende verlas die Rücktrittserklärung.

Am 24. November 2017 wurde Emmerson Mnangagwa als Präsident Simbabwes vereidigt. Politische Experten analysierten, kontextualisierten und kommentierten das Ereignis, auch unter Bezug auf seine politische Biographie als Mitarbeiter von Robert Mugabe im Kampf gegen die südrhodesischen Siedlerherrschaft und als langjähriger Minister, unter anderem verantwortlich für innere Sicherheit. Er soll das Land bis zu den für Ende Juli 2018 geplanten Wahlen führen. Ex-Präsident Robert Mugabe wird Immunität gewährt, er und seine Ehefrau Grace dürfen im Land bleiben und ihre Guthaben behalten. Am 25. November entschied ein High Court-Richter, die Militäraktion sei legal gewesen und es habe sich nicht um einen Coup gehandelt. Die Absetzung von Emmerson Mnangagwa als Vize-Präsident des Landes am 6. November 2016 sei hingegen nicht legal gewesen.

Am dem 28. November 2017 wurde über die Zusammensetzung des neuen Kabinetts berichtet, Kommentatoren bewerteten die Personalauswahl kritisch, zumal umstrittene Personen, wie der Luftwaffenchef Perence Shiri, wichtige Ministerposten besetzten. Ende Dezember wurden Constantino Guveya Dominic Nyikadzino Chiwenga und Kembo Mohadi als Vizepräsidenten vereidigt. Mohadi wird auch für das nationale Versöhnungsprogramm zuständig sein. Chiwenga war kurz zuvor von seinen militärischen Führungsfunktionen zurückgetreten. Ende Dezember übernahm er das Amt des Verteidigungsministers. Politische Beobachter gehen davon aus, dass Chiwenga mittelfristig Mnangawas Nachfolger als Präsident Simbabwes werden wird. Kritiker monieren bereits den hohen Anteil ranghoher Militärs in der neuen Regierung Simbabwes und im Politbüro der Regierungspartei ZANU-PF.

Wahlen fanden am 30. Juli 2018 statt. Die Kontroversen zwischen den Parteien gewannen bereits Monate zuvor an Schärfe. Dabei ging es beispielsweise um die Rolle der Chiefs und deren Zuspruch für die

bisherige Regierungspartei ZANU-PF, die sie bereits mit umfangreichen Geschenken, etwa in Form von Geländewagen bedacht hatte. Auch innerhalb der größten **Parteien** gab es **Kontroversen** und **Gewalt**. Die Anstellung so genannter "**grüner Bomber**", jugendlicher ZANU-PF treuer Schläger mit Spezialbildung, im großen Township Chitungwiza nahe der Hauptstadt Harare verursachte Kritik. Mit den **Wähler/-innen-Perspektiven**, Chancen und Grenzen der geplanten Wahlen sowie einer **Situationseinschätzung** wenige Wochen vor dem Termin befassten sich unterschiedliche **Journalisten/-innen**. In den Medien gibt es auch Reflexionen über **politische Entwicklungen** Ende 2018, sie nehmen auf **Einschätzungen** politischer Analysten Bezug. Auch Einschätzungen **junger Leute** werden punktuell thematisiert.

In Reaktion auf massive **Preiserhöhungen für Benzin** und anderen Treibstoff sowie die fortdauernde Wirtschaft-, Geld- und **Versorgungskrise** riefen **Gewerkschaften** Mitte Januar 2019 zu einem Generalstreik auf. Neben Protesten schürten Schläger der regierungsnahen **Parteijugend** **Gewalt**. **Gewalt von Sicherheitskräften**, vor allem vom **Militär** und **Männern in Uniformen**, hatte zwölf **Todesfälle** und zahlreiche Verwundete zur Folge - Menschenrechtsorganisationen gingen zunächst von über **242 Verletzten** - davon 78 Schusswaffenverletzten - aus. Mindestens 466 Menschen - vor allem junge Männer, Jugendliche und 36 **Kinder** - wurden **verhaftet**. Im Februar 2019 wurden höhere Zahlen von **dokumentierten Gewaltopfern** veröffentlicht. **Frauen** und Mädchen wurden von Sicherheitskräften vergewaltigt, aus Angst vor weiteren Übergriffen meldeten sie die erlittene Gewalt nicht. Auch Mitarbeiter von Medien wurden von **Soldaten belästigt**. **Verhaftungen**, u.a. vom bekannten zivilgesellschaftlich aktiven **Pastor Ewan Mawarire**, und die **wiederholte Abschaltung des Internets** wurden von zivilgesellschaftlichen Gruppen kritisiert. Ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen und zivilgesellschaftlichen **Initiativen** rief die **Afrikanische Union** und die **Europäische Union** zu Vermittlungen auf, damit die Gewalt der Sicherheitskräfte beendet würde. **Oppositionsvertreter** forderten zur friedlichen Konfliktlösungen auf. Auch **politische Beobachter** und namhafte Oppositionelle bezogen **Stellung**. Sowohl die **Europäische Union** als auch der **UN-Menschenrechtsrat** verurteilten die massive Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte. Präsident Emmerson **Mnangagwa rechtfertigte** das gewaltsame Vorgehen im Rahmen einer öffentlichen Parteiveranstaltung Mitte Februar 2019 und drohte zukünftigen Protestierenden.

Zivilgesellschaftliche Organisationen



© Men Engage Zimbabwe

Zivilgesellschaftliche Gruppen versuchen, den Gewaltexzessen und der Institutionalisierung von politisch motivierter Gewalt Einhalt zu gebieten und gewaltfreie Konfliktlösungen zu verbreiten. Bereits 2001 haben sich 350 zivilgesellschaftliche Organisationen zur Krise in Simbabwe zusammengeschlossen. Sie leisten Basisarbeit zur Verbreitung von Toleranz und vernetzen lokale Aktivitäten. Sie verlangen transparente Politik, staatsbürgerliche Rechte und wollen Frieden, **Gerechtigkeit** und Geschlechtergleichheit verwirklichen. Einige wurden bereits für ihre mutige Arbeit mit internationalen Menschenrechtspreisen ausgezeichnet. Ziele von Nichtregierungsorganisationen sind die Überwindung der Armut sowie Bildungs-, Gesundheits- und Sozialprogramme. Das Verhältnis zwischen Nichtregierungsorganisationen und Regierung ist angespannt. Unter Rückgriff auf ein Gesetz der rhodesischen

Regierung von 1967 zur Kontrolle von Wohlfahrtsorganisationen hat die simbabwische Regierung ab 2002 alle **Nichtregierungsorganisationen** (NGOs) gezwungen, sich in einem aufwendigen Verfahren registrieren zu lassen. Hintergrund war die Kontrolle über Fördergelder, die als internationale Infiltration interpretiert wurden. Weitere gesetzliche **Beschränkungen** folgten. Die Reglementierungen beeinträchtigen keineswegs nur **Menschenrechtsorganisationen**, was diese kritisieren, seitdem wurden und werden sogar humanitäre Projekte internationaler Organisationen in manchen Landesteilen behindert.

Die finanziellen Mittelbeschränkungen von NGOs und der **Druck des staatlichen Sicherheitsapparats** auf Nichtregierungsorganisationen dauern seit Jahren an. Bereits 2012 erklärten Vertreter der Polizei, die Nichtregierungsorganisationen müssten stärker von Geheimdiensten überwacht werden. Demgegenüber geben NGO-Vertreter immer wieder zu bedenken, dass sie im Rahmen internationaler Abkommen arbeiten und **wichtige Dienstleistungen** in der sozialen, medizinischen und wirtschaftlichen Grundversorgung sowie zum Schutz der Menschen vor Gewalt bieten. Anfang August 2015 gerieten Klein- und Straßenhändler/-innen in die Kritik von Regierungsvertretern. Obwohl der Kleinhandel für viele Stadtbewohner/-innen existentiell notwendig ist, wurde ihnen vorgeworfen, für Wirtschaftsprobleme verantwortlich und vom westlichen Ausland infiltriert zu sein.

Medienlandschaft und Pressefreiheit



MISA Zimbabwe, ©
misa.org/media-centre

Die **öffentliche Berichterstattung** dominieren staatliche **Medien**: die Fernseh- und Radiokanäle der ZBH, Tageszeitungen wie **The Herald** (Harare, Auflagenhöhe ca. 40.000 Ex.) und **The Chronicle** (Bulawayo, 22.300 Ex.). Wöchentliche private Zeitungen sind **Zimbabwe Independent** (22.000 Ex.), **The Standard** (15.000 Ex.), **The Financial Gazette** (9.000 Ex.) und **The Zimbabwean** (2x wöchentlich von Südafrika bzw. UK aus, 25.000 Ex.). Die Wochenzeitung **Weekly Mail and Guardian** kommt aus Südafrika und präsentiert ähnlich wie viele andere Zeitungen wichtige Artikel auch in elektronischer Form. Im Fernsehen werden CNN, BBC sowie private Unterhaltungssender aus Südafrika ausgestrahlt. Der Empfang kritischer Sender wird offenbar mit chinesischer Hilfe verhindert. Spätestens mit dem Access to Information and Protection of Privacy Act von 2002 ist die Pressefreiheit stark eingeschränkt. 2003 wurde die beliebte Tageszeitung **Daily News** geschlossen, zuvor hatte es zwei **Bombenanschläge** u.a. auf die Druckerpresse gegeben. Der Herausgeber Geoffrey Nyarota, der mit mehreren internationalen Journalistenpreisen ausgezeichnet wurde, war sechs Mal verhaftet worden. Bereits 1988/89 hatte er mit einem anderen investigativen Journalisten einen massiven Korruptionsskandal der Regierung aufgedeckt. Der so genannte **Willowgate-Skandal** gilt als Beispiel für die strukturelle **Korruption** ab dem ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit. Erst 2010 wurde die Zeitung wieder zugelassen.

Kritische **Journalisten/-innen** werden **bedroht** und eingeschüchtert, u.a. von Polizisten aufgesucht und **verhaftet**. So im März 2015 **Itai Dzamara**, der von Sicherheitskräften gefangen genommen wurde und seitdem spurlos verschwunden ist. Presse- und Meinungsfreiheit

sind eingeschränkt. 2008 verweigerte die Mugabe-Regierung ausländischen Nachrichtenmedien wie BBC und CNN die Berichterstattung über die Wahlen. Die Anfang Oktober 2017 eröffnete Webseite **Zimferrets** für investigativen Journalismus existierte nur kurzzeitig. Afrobarometer hatte 2016 eine Studie über Einstellungen von Simbabwer/-innen zur **Berichterstattung** über Korruption veröffentlicht.

Im Global Political Agreement wurde eine Öffnung der Medienlandschaft vereinbart, die ist aber nicht wirklich erfolgt. So gehört der neue Radiosender ZIFM einem ZANU-Politiker und der zweite private Radiosender Star FM ist im Besitz des staatlichen Medienkonzerns Zimpapers. **Unabhängige Lokalradios** sind mit massiven Lizenzierungsproblemen konfrontiert.

Etliche Aufsichtsräte in den staatlichen Medien sind frühere Militärs. Der Direktor der staatlichen Medienbehörde wird beschuldigt, für Übergriffe auf Journalisten verantwortlich zu sein. Die 2009 eingerichtete Medienkommission befasst sich laut UN-Menschenrechtsbeauftragter Navanethem Pillay mehr mit Zensur als mit der Förderung der Meinungsfreiheit. Bei ihrem Besuch in Harare im Mai 2012 kritisierte sie zudem den Broadcasting Service Act und den Access to Information and Protection of Privacy Act. Im Juni 2014 stellte sich das Verfassungsgericht auf die Seite verhafteter Journalisten und kritisierte das **Verleumdungsgesetz**. Die Richter beriefen sich auf die simbabwische Verfassung von 2013. Ende 2018 war die Reform limitierender Mediengesetze und **politischer Vorgaben** weiterhin ein Thema.



© MISA Zimbabwe

Die simbabwische Regierung hat die African Charter on Broadcasting und die **Windhoek-Erklärung** zur Pressefreiheit unterschrieben. Deshalb müsste sie eigentlich unabhängige Medien zulassen. Dennoch ist die Pressefreiheit erheblich **eingeschränkt**: Im **World Press Index** der Reporter ohne Grenzen nimmt Simbabwe Platz 126 von 181 ein. Im Februar 2013 wurde der Besitz von (Kurzwellen-)Geräten zum Empfang **unabhängiger Radiosender** verboten. Umso wichtiger ist die Arbeit des **Media Monitoring Project**, das die Berichterstattung analysiert und mit Journalisten/-innen kooperiert. Aus der Perspektive der SADC-Länder beobachtet das **Media Institute of Southern Africa (MISA)** die Medienlandschaft in Simbabwe. Das **MISA Zimbabwe** Büro geht von SADC- und **AU-Vorgaben** aus und erstellt Studien zur Mediensituation in Simbabwe. Zudem bezieht es Stellung zu Gesetzesentwürfen der Regierung im Kontext der **Medienpolitik**. Für einige Jahre existierte **Her Zimbabwe**, eine Webseite bzw. ein **Blog für junge Frauen**, sie wurde Mitte 2018 eingestellt. Nachrichten und Interviews zu politischen und gesellschaftlichen über Videos verbreitet **CITE**, das **Centre for Information & Technology**.

In der elektronischen Kommunikation fürchten viele Menschen Überwachung. Überteuerte Nutzungsgebühren und neue drakonische Mediengesetze sollen die elektronischen sozialen Medien stark beschränken und Nutzer/innen rasch kriminalisieren. Nur einige

Kommentatoren wagen Stellungnahmen, in Ausnahmefällen im Sinn politischer Satire. Inzwischen nutzt die ZANU-PF gezielt Facebook, um Jugendliche zu erreichen. Allerdings ist trotz etlicher Ausbauprogramme erst ein Teil der Großstädte mit entsprechenden Leitungen ausgestattet (etwa 3,35 Mio. Internetnutzer/-innen).

Im Januar 2019 wurde das **Internet tagelang abgeschaltet** und **elektronische Medien** wurden in Reaktion auf einen Generalstreik und auf Proteste wegen umfangreicher Erhöhungen der Benzinpreise gesperrt.

Menschenrechte



Zimbabwe HUMAN RIGHTS NGO Forum

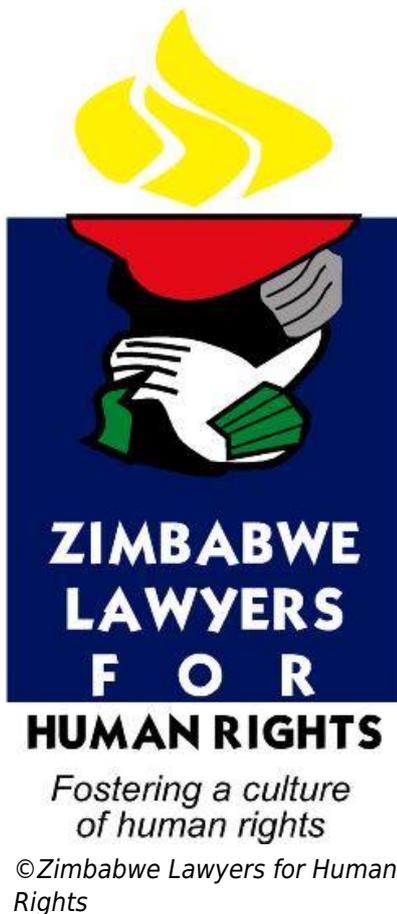
© Zimbabwe Human Rights
NGO Forum

Willkürliche Verhaftungen, Einschüchterungen, Bedrohungen und Gewalt waren während und sind nach dem Ende der Machtteilung zwischen ZANU-PF und MDC (nach den Wahlen Ende Juli 2013) weiterhin verbreitet. Systematische Gewalt an Menschenrechtsaktivisten/innen, an potenziellen Regimegegnern/innen und gezielte Übergriffe auf **Homosexuelle** sind Bestandteile der politisch motivierten Gewaltmuster. Polizei und Justiz wenden die drakonischen Strafgesetze an. Inhaftierte werden oft sehr schwer misshandelt. Mit viel Zivilcourage versuchen Menschenrechtsorganisationen, der Gewalt Einhalt zu gebieten und arbeiten an friedlichen Konfliktlösungen. Im **Zimbabwe Human Rights NGO Forum** sind 19 Menschenrechtsorganisationen zusammengeschlossen. Sie geben regelmäßige Berichte heraus, etwa monatliche Übersichten zur **organisierten Gewalt und Folter**, wie im Oktober 2016, verlangen die Verwirklichung der Menschenrechte und ein Ende der Straflosigkeit. Einige kritisieren auch die mangelnde Einhaltung wirtschaftlicher und sozialer Rechte, etwa durch die jahrelange Versorgungsnot und die ungleiche Verteilung von Nahrungsmittelhilfe vor allem **auf der Basis von Parteizugehörigkeit** und entsprechenden Exklusionen von Menschen, die als Oppositionsunterstützer/-innen galten oder gelten.



© Zimbabwe Peace Project

Auch das **Zimbabwe Peace Project** (ZPP) berichtet regelmäßig über Menschenrechtsverletzungen und politisch motivierte Gewalt. Allein im April 2014 registrierte es 181 politisch motivierte Gewaltakte, im März 2014 waren es 224. Im April 2015 wurde von über 200 Gewaltopfern ausgegangen, als Grund dafür galten Nachwahlen auf lokaler Ebene. Im **Januar 2017** z.B. bezifferten sich die Gewaltereignisse auf 108, betroffen waren jeweils über 600 Menschen. Auch für alle Monate des Jahres 2018 sind dokumentierte **Opferzahlen politisch motivierter Gewalt** verfügbar. **Diese Gewalt** dauert an, wie Menschenrechtsorganisationen und einige Medien berichten. Die ZPP-Direktorin **Jestina Mukoko** geriet bereits 2008 in die Fänge der staatlichen Sicherheitskräfte und wurde während ihrer Inhaftierung schwer gefoltert.



Die im März 2010 eingesetzte staatliche Menschenrechtskommission gilt als nahezu untätig, erst im Oktober 2012 wurde ein Menschenrechtsgesetz verabschiedet. Dennoch wurde im Januar 2013 der Direktor der Menschenrechtsorganisation **ZimRights** verhaftet; ihm wurde vorgeworfen, Wählerregistrierungskarten gefälscht zu haben, was international kritisiert wurde. Im Dezember 2012 waren bereits Zimrights-Mitarbeiter inhaftiert worden. Folterungen von politischen Gefangenen und willkürlich verhafteten **Menschenrechtsaktivisten/-innen** waren nicht nur Anfang 2013 an der Tagesordnung. Zwischen Januar und November 2013 starben mindestens 100 Menschen in Untersuchungshaft. Die Haftbedingungen sind **insgesamt weiterhin menschenunwürdig und gesundheitsgefährdend**. Die **Dokumentation von Gewaltübergriffen durch Sicherheitskräfte oder parteinahe Schlägertrupps** erfolgt durch internationale Menschenrechtsorganisationen wie **Human Rights Watch** oder **Amnesty International**. Deren Forderungen und Berichte, die auch Gewaltübergriffe in den Diamantenminen und Beschränkungen der Pressefreiheit dokumentieren, nehmen auf die von Simbabwe unterzeichneten **internationalen Menschenrechtsstandards** und **Menschenrechtsabkommen** der Afrikanischen Union (AU) Bezug. Die Regierung unterliegt damit regelmäßigen Berichtspflichten, etwa des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte. Der jüngste Bericht der simbabwischen Regierung sowie die **Kritik der simbabwischen Menschenrechtsorganisationen** daran wurden Anfang **November 2016** diskutiert. In Simbabwe setzt sich u.a. die Organisation **Lawyers for Human Rights** für die **Einhaltung der Menschenrechte** und für Menschenrechtsverteidiger/-innen ein, wofür die Juristen/-innen wie Beatrice Mtetwa selbst angefeindet oder verhaftet werden.

Im Juni 2015 sorgte Präsident Mugabe für Kontroversen, zumal er die Mitgliedsländer der AU drängen würde, aus den Verpflichtungen gegenüber dem **Internationalen Strafgerichtshof (ICC)** in Den Haag auszutreten. Präsident Mugabe war 2015 sowohl Vorsitzender der AU als auch der Entwicklungsgemeinschaft im südlichen Afrika (SADC); beides sind rotierende, aber dennoch einflussreiche Ämter. Menschenrechtsorganisationen aus verschiedenen afrikanischen Ländern protestierten gegen ICC-Austrittsbestrebungen der Regierungen von Simbabwe, Südafrika und Namibia. Simbabwe hatte zwar am 17. Juli 1998 das **Rom Statut** unterzeichnet, aber danach nicht ratifiziert. Einzelne **Menschenrechtsaktivisten/-innen** aus Simbabwe kritisieren auch das Primat wirtschaftlicher Interessen gegenüber der mangelnden Kritik internationaler Akteure an schweren Menschenrechtsverletzungen und Gewaltverbrechen durch staatliche Sicherheitskräfte.

Korruption



© Transparency International
Zimbabwe

Simbabwe belegt 2018 Platz 160 von 180 Plätzen (CPI-Wert: 22 von 100) im internationalen Korruptionsvergleich von **Transparency International** - laut deren Veröffentlichung Ende Januar 2019. Jährlich verliert der Staat über eine Milliarde Dollar durch **Korruption**. Afrobarometer untersuchte zum Beispiel im Jahr 2015 die Einstellungen von Menschen zur Korruption und kam zu dem Ergebnis, dass die Befragten einen Anstieg der **Korruptionsverbreitung** feststellten, aber aus Angst vor staatlicher Repression diese nicht meldeten. **Korruption** entzieht dem Staatshaushalt Gelder, die beispielsweise Armut reduzieren und zur Situationsverbesserung der Armen beitragen sollten.

Eine 2011 eingesetzte Anti-Korruptionskommission bleibt aus politischen Gründen dysfunktional. Die Veruntreuung von Staatsgeldern verstärkt die Armut, soziale Ungleichheiten und das mangelnde Vertrauen der Bevölkerung in die Regierung. Seit den 1990er Jahren werden immer wieder Korruptionsskandale aufgedeckt, in denen es um große Geldsummen geht. So wurde im März 1997 bekannt, dass ranghohe ZANU-PF-Mitglieder 450 Millionen US-Dollar des War Victims Compensation Fund veruntreut hatten, der eigentlich Opfern des Unabhängigkeitskriegs helfen sollte. Im Juli 1997 wurde publik, dass die Mugabe-Regierung Laurent Kabila in der Demokratischen Republik Kongo Waffen für 38 Millionen US-Dollar und Ausrüstung für 200 Millionen US-Dollar verkauft hatte. Im August 1998 wurde ein Drittel der 11.000 Mann starken simbabwischen Truppen in die Demokratische Republik Kongo verlegt, um auf Seiten Kabilas zu kämpfen. Ranghohe Militärs wurden offenbar mit dortigen Minenkonzessionen „entlohnt“. Zu den Strategen zählte offenbar auch Emerson Mnangagwa. Die Gewinne wurden Berichten zufolge außer Landes angelegt oder "gewaschen", also dem Fiskus entzogen. Auch bei Korruption im großen Stil im Kontext landesinterner Ressourcenausbeute gingen dem Staatshaushalt Schätzungen zufolge über **15 Milliarden US-Dollar** Einkünfte verloren, die unter anderem aus dem Diamantenminen in **Marange** - ebenfalls wesentlich in Händen ranghoher Militärs in Verbindung unter anderem mit chinesischen Unternehmern - an den **Fiskus** hätten gezahlt werden müssen.

Im Hochverratsprozess gegen Morgan Tsvangirai gestand ein früherer israelischer Spion, 200.000 US-Dollar von der simbabwischen Regierung erhalten zu haben, um geheimes Material zu liefern und Tsvangirai eines Komplotts gegen Mugabe zu überführen. Tsvangirai wurde im Oktober 2004 freigesprochen. 2004 verabschiedete das Parlament ein Anti-Korruptionsgesetz und setzte einen Korruptionsminister sowie eine Anti-Korruptionskommission ein. Im Oktober 2004 kündigte der Internationale Währungsfond (IWF) seine Beziehungen mit Zimbabwe und schloss Simbabwe aus, denn IWF-Kreditleistungen in Höhe von 295 Millionen US-Dollar waren veruntreut worden.

Mitte Oktober 2016 ließ Vize-Präsident Phelekezela Mphoko verlautbaren, es sei kein Problem, wenn Regierungsmitglieder staatliche Gelder für Zwecke der Regierungspartei ZANU-PF nutzen

würden. Konkret ging es um Mittel für ein tertiäres Bildungsprogramm Zimbabwe Manpower Development Fund für ZANU-PF Aktivitäten, unter anderem für ZANU-Jugendliga-Aktivitäten und der Präsidentengattin. Der damalige Präsident Mugabe blockierte einige Tage zuvor Ermittlungen gegen den Minister für Bildung und höhere Bildung Prof. Jonathan Moyo, die von der zuständigen Anti-Korruptionskommission angestrebt wurden. Es ging offenbar um Fraktionskämpfe in der Regierungspartei. Immer wieder geraten einzelne korrupte ZANU-PF-Politiker in die Kritik. **Personelle Veränderungen** in der **Anti-Korruptionskommission** und damit verbundene Kontroversen gab es beispielsweise Ende Januar 2018.

Kritische Beobachter schließen nicht aus, dass Ermittlungen der Anti-Korruptionskommission gegen einzelne rangniedrige Politiker auf Provinzebene eine politische Strategie sind. Ebenso betrachten sie Vorwürfe gegen Menschenrechtsorganisationen und internationale humanitäre Organisationen mit Skepsis, zumal die jenseits der ZANU-PF Hochburgen tätig sind. Inwieweit Korruption in NGOs verbreitet ist, wird von unabhängigen Organisationen wie **Transparency International** untersucht. Zudem widmet sich Transparency International beispielsweise der Korruption in der Landverteilung und der Diskriminierung von Kleinbäuerinnen. Das **Business Anti-Corruption Portal** dokumentiert die große Verbreitung von Korruption in vielen Wirtschaftsbereichen als strukturelles Problem.

Die Kette an **Korruptionsvorwürfen** reißt auch unter dem neuen, seit dem 24. November 2017 amtierenden, Präsidenten Emmerson Mnangagwa **nicht ab**.

Außenpolitik

Während des Kalten Kriegs zählte Simbabwe zu den blockfreien Staaten. In der **Afrikanischen Union** (AU) gilt Mugabe einerseits noch immer als Befreier - obwohl er selbst nie im Unabhängigkeitskrieg kämpfte; andererseits kritisieren auch **manche AU-Mitglieder** die politisch motivierten Gewaltexzesse seit 2000. Auch seine Bezugnahme auf den **Pan-Afrikanismus** wird von Kritikern angeprangert. Die SADC übte nur wenig Druck auf Mugabe aus; **Südafrika** wirkte wiederholt als Beobachter und diplomatischer Vermittler.

Das SADC-Tribunal stellte im August 2012 seine Zuständigkeit für die Justiziabilität von Menschenrechtsverletzungen ein. 2008 hatte es die Landenteignungen von drei Farmern als menschenrechtswidrig verurteilt. Die Mugabe-Regierung hatte dieses Urteil nicht anerkannt.

Über die **Beziehungen** Deutschlands mit **Simbabwe** informiert das **Auswärtige Amt**, auch die deutsche Botschaft in Harare bietet einige Informationen zu den **diplomatischen Kontakten**. Die **EU** hatte 2002 ihre **außenpolitischen Beziehungen** zu Simbabwe abgebrochen und **Sanktionen** verhängt, 2009 wurden sie verschärft. 2012 sowie Anfang 2013 und im Februar 2014 wurden **Lockerungen** vorgenommen. Bereits 2009 wurden diplomatische Gespräche punktuell wieder aufgenommen. Im Juli 2008 scheiterte eine Resolution des UN-Sicherheitsrats angesichts der Gewaltexzesse in Simbabwe an Südafrika und an den Vetomächten Russland und China. Präsident Mugabe orientiert sich seit dem Unabhängigkeitskrieg an China, die **Diamantenfunde** schafften eine Basis für Handelsbeziehungen, **Abkommen über Kredite** und politische bzw. militärische Verbindungen. Über die wechselvolle Außenpolitik der früheren Kolonialmacht **Großbritannien** gegenüber Simbabwe gibt

es viele Kontroversen.

Südafrika ist von der jahrelangen politischen und wirtschaftlichen Problemlage Simbabwe besonders betroffen, weil viele Menschen in das Nachbarland geflohen und migriert waren und deren aktuelle Zahl ebenfalls nur geschätzt wird.

Wirtschaft & Entwicklung

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Zwischen 2000 und 2008 schrumpfte die Wirtschaft der Weltbank zufolge um mindestens 45%. Die Situation verbesserte sich etwas unter der Einheitsregierung von ZANU/PF und MDC zwischen 2009 und 2013 punktuell. Allerdings setzte sich die ökonomische Krise danach mit aller Wucht fort. Ob die politischen Veränderungen, konkret die Abdankung von Präsident Robert Mugabe, im November 2017 neue ökonomische Möglichkeiten eröffnen, hängt beispielsweise von der Überwindung der endemischen Korruption und zahlreichen anderen Umstrukturierungen ab.



Betonfabrik, Foto: R. Schäfer

Geschätztes BIP

17,1 Mrd. US-\$ (2017 geschätzt GTAI)

Pro Kopf Einkommen (Kaufkraftparität)

1150 US-\$ (2017 geschätzt GTAI)

Rang der menschlichen Entwicklung (HDI)

Rang 156 (von 189), 2017

Anteil Armut (unter 2 \$ pro Tag)
3,28 Millionen (2016)

Einkommensverteilung (Gini-Koeffizient)
43,2 (2016)

Wirtschaft

Auf nationaler Ebene bieten **ZimStat** und die **Reserve Bank** Angaben zur Wirtschaftsentwicklung. Wirtschaftsinformationen über Simbabwe von deutschen Experten bieten German Trade and Invest (**GTAI**) und die **Deutsche Industrie- und Handelskammer für das südliche Afrika**. Zwischen 2000 und 2008 schrumpfte die Wirtschaft Simbabwes laut UN-Angaben um über 40 Prozent. Die **ökonomische Situation** verbesserte sich seit der Einheitsregierung von Zimbabwe African National Union / Patriotic Front (ZANU-PF) und Movement for Democratic Change (MDC) im Jahr 2009 erst allmählich. 2010 nahm Simbabwe den letzten Platz auf der Rangliste des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP) ein; diese vergleicht weltweite Entwicklungstrends. Die **Existenzsicherung** war auch 2016 und 2017 für viele Menschen schwierig. Entsprechend kritisch waren die Einschätzungen und international vergleichenden Einstufungen der Weltbank, etwa im Bericht "**Changing Wealth of the Nations 2018**", und des **Weltwirtschaftsforums** unter Bezug auf Weltbank und Internationalen Währungsfonds. Das CATO Institut ordnet Simbabwe auf Platz 127 von 162 in seinem aktuellen **Economic Freedom Index** ein.



Kommerzielle Farm © Foto: R. Schäfer

Die Agrarproduktion, die bis 2000 immer wichtiger Devisenbringer und Arbeitgeber war, brach durch die **unrechtmäßigen Enteignungen** von über 4000 weißen Großfarmern zusammen. Staatliche Misswirtschaft, massive Korruption und politische Repression verschärften die Abwärtsspirale. Hyperinflation und steigende Auslandsverschuldung waren die Folgen.

2009 wurde der **US-Dollar als Zahlungsmittel** zugelassen; auch Euro, südafrikanischer Rand und botsuanischer Pula sind akzeptiert. Wegen der Hyperinflation hat der Zimbabwe-Dollar an Bedeutung verloren. Ab 2009 boten China und Südafrika Überbrückungskredite, die gleichzeitig neben der EU und den USA wichtige Handelspartner sind. Die **Weltbank** gewährte 2009 erstmals wieder finanzielle Unterstützung, die hatte sie im Jahr 2000 eingestellt. Unter bestimmten fiskalischen Bedingungen wollten **die Weltbank und die Europäische Union** Simbabwe weiterhin finanziell fördern, wie beispielsweise **2016** öffentlich erläutert wurde. Gleichzeitig und fortwährend wurden **kritische Einschätzungen** zur **wirtschaftlichen Situation** des Landes und **finanzielle Probleme** der Regierung publik. In der ersten **Jahreshälfte** 2016 wurde wiederholt deutlich, wie dramatisch die Einbußen in der **Ökonomie** und im **Fiskalsystem** waren. Dann kündigte die Regierung für Oktober 2016 die Einführung von **Schuldscheinen**, eine so genannte **Bond-Währung**, an.

In **Regierungskreisen, Medien und Gesellschaft** dauert die **kritische Debatte** darüber an. Denn sie haben inzwischen massiv an **Wert** verloren. Gleichzeitig mangelt es im **Alltag**, in **Banken** und

Institutionen an Bargeld, was existentielle und notwendige Dienstleistungen beeinträchtigt. Die geringen verfügbaren Geldmengen in der Zentralbank, die laut lokaler Einschätzungen aus der geringen Produktivität und dem minimalen Export und der **Insolvenz vieler Unternehmer** resultieren, hatten schon Mitte 2016 dazu geführt, dass Staatsbedienstete wochen- bzw. monatelang auf ihre Gehälter warten mussten. Das führte zu **Protesten**, die gewaltsam von Sicherheitskräften aufgelöst wurden. Banken verfügen noch immer nicht über die finanziellen **Ressourcen**, um Sparer/-innen das Abheben von Geld zu ermöglichen. Eine Binnensicht auf die Probleme gibt der Bericht der **Reservebank** vom Januar 2017. Im September und Oktober 2018 sind **Wirtschaft** und Alltag durch begrenzten Zugang zu Treibstoff u.a. wegen des fortwährenden Devisenmangels eingeschränkt. Am 1. November 2018 wurde in den Medien berichtet, dass die Regierung für 2019 und 2020 umfangreiche Entlassungen von Staatsbediensteten plane, um die **Staatsausgaben** für Personal zu reduzieren, wogegen Gewerkschaftsvertreter protestierten. Im Oktober 2018 hatten sie bereits die **Steuer** für elektronische Geldtransfers kritisiert. Devisen- und Wirtschaftsprobleme führten zum Anstieg von Lebensmittelpreisen, etwa von **Brot**, am 2. November 2018, massive Proteste Anfang 2019 waren die Folge. Am 20. Februar 2019 gab die Direktion der Reservebank Neustrukturierungen der **Währungen** bekannt, konkret **Geldtransaktionen** durch **Real Time Gross Transfer Dollars (RTGS)**. Der **Internationale Währungsfond (IWF/IMF)** begrüßte das als Schritt in die richtige Richtung. Ob damit der **Wirtschaftskrise** gegengesteuert werden kann, wird kritisch diskutiert.



*Chromite Mine Mutorashanga
Great Dyke © Self-published
work Babakathy*



*Geology Field School © Self-
published work Babakathy*

2010 wurde der Bergbau dominierend für die Staatseinnahmen. Insgesamt waren die Steuereinnahmen 2016 gering und bezifferten sich in den drei ersten Quartalen des Jahres auf insgesamt 3,4 Milliarden US-Dollar, davon brachten die **Minen** weniger als die erwarteten 42 Prozent auf. Auch die eingenommene Unternehmenssteuer blieb durch Firmenschließungen vergleichsweise gering; allein im August 2016 meldeten 246 Betriebe Insolvenz an. Für Devisen sorgen Geldsendungen von Wanderarbeitern/-innen aus Südafrika und Großbritannien. Der Tourismus gewinnt nur partiell die ökonomische Bedeutung, die er vor 2000 hatte. Im Mai 2015 stufte das **World Economic Forum** im ländervergleichenden Bericht über Reisen und Tourismus Simbabwe wegen mangelnder Infrastruktur, Gesundheitsversorgung und Hygiene sowie begrenzter Informationstechnologie auf Platz 115 von 141 ein. Seit den umfangreichen Farmenteignungen und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Niedergang ab 2000 war der Tourismus aus Europa und aus den USA um die Hälfte eingebrochen.

Die **Afrikanische Entwicklungsbank** dokumentierte im zeitlichen Längsschnitt die wirtschaftliche Entwicklung und ökonomische Probleme Simbawes. Dazu zählten die Finanzpolitik, die Liquiditätsprobleme der Regierung, die Informalisierung der Ökonomie, die Ineffizienz der Verwaltung und die Korruption, die ausländische Investoren abschreckt. Die Weltbank stufte Simbabwe beim aktuellen Doing-Business-Report auf Platz 159 von 190 ein. Bei

Weltbank Rankings zu Unternehmensneugründungen und transnationalen Handelsbedingungen rangiert **Simbabwe** aktuell auf Platz 155 von 190. Wegen der hohen **Verschuldung**, der geringen **Rückzahlungsleistungen** und der unberechenbaren **Umsetzung** von **Indigenisierungsmaßnahmen** der simbabwischen Regierung sind westliche Geber und **Investoren** zurückhaltend.

Zahlreiche ausländische **Investoren**, beispielsweise aus Japan, werden vom 2009 erlassenen, so genannten Indigenisierungsgesetz, abgeschreckt. Es schreibt vor, dass Betriebe mit einem Jahresumsatz von über 500.000 US-Dollar 51 % ihres Kapitals an **Simbabwe** übertragen sollen, sonst können sie enteignet werden. Ende 2012 kündigte Präsident Mugabe an, alle Unternehmen sollten mittelfristig zu 100 % verstaatlicht werden. Während einzelne ZANU-PF Minister zwischenzeitlich eine Anpassung des Gesetzes vorgeschlagen hatten, lehnte Ex-Präsident Mugabe jede Ausnahme ab. Diese **Kontroverse** innerhalb der Regierungspartei und in den regimenahen **Medien** dauerte seit 2014 jahrelang an. Die direkten Investitionen ausländischer Unternehmen in Simbabwe sanken von 421,2 Millionen US-Dollar im Jahr 2015 auf 294,6 Millionen US-Dollar im Jahr 2016.

Die Günstlinge der Indigenisierungsvorgaben sind vorrangig einflussreiche ZANU-PF-Mitglieder. Andere lokale **Unternehmer** hoffen auf einen baldigen wirtschaftlichen Aufschwung. Manche Beobachter vergleichen die ökonomische Stimmung im Land mit einer Schockstarre. Einige ausländische **Think-Tank-Berater** empfehlen partikuläre politische und ökonomische Reformansätze, die wiederum umstritten sind. Im November und Dezember 2018 bereitete der **mangelnde Zugang** zu **Benzin und Diesel** der Wirtschaft und dem Transportwesen Probleme und führte Mitte Januar 2019 zu Protesten, die das Militär und Schläger im Auftrag des Regimes blutig beendeten.

Besondere Wirtschaftsbeziehungen bestehen mit **China**, das in Bergbau, Infrastruktur und Landwirtschaft investiert und dafür Rohstoffkonzessionen erhält. Über die Nutznießer **chinesischer Investoren** und deren nationalökonomische Effekte gibt es politische Kontroversen.



Bags of food aid, © Foto: Kate Holt, wikipedia commons (CC BY 2.0)

2011 waren 1,7 Millionen Menschen auf internationale Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Anfang 2013 rechneten internationale **humanitäre Organisationen** mit 1,4 Millionen Hilfsbedürftigen. 2012/13 musste **Getreide zur Grundversorgung** für 60 Millionen US-Dollar importiert werden; etliche Farmer hatten auf den Tabakanbau gesetzt und die Getreideproduktion vernachlässigt, zumal sie nur beim Tabakverkauf Geld erhielten. Diese Schwierigkeiten wurden durch (agrar)politische, wirtschaftliche und ökologisch-klimatische Probleme verursacht.

Umfangreiche Getreideimporte der simbabwischen Regierung aus Südafrika zur Bewältigung der Ernährungskrise Anfang 2014 wurden von Korruptionsskandalen überschattet. Das **Famine Early Warning Systems Network**, das regelmäßig über die Grundversorgungsprobleme informiert,

berichtete im Januar 2016, dass nur ein Teil der notleidenden Bevölkerung Nahrungsmittelhilfe erhält. Mancherorts wurde sie nach Zugehörigkeit zur Regierungspartei vergeben, wie unabhängige Menschenrechtsbeobachter feststellten. Im Juli 2016 entschieden sich laut **Medienberichten** etliche Stadtbewohner angesichts der urbanen Wirtschaftsprobleme in ländliche Gebiete zurückzukehren, doch auch dort ist es schwierig, zu überleben. Die Ernährungs- und Gesundheitssituation insbesondere von **Kindern** ist nach wie vor vielerorts problematisch, wie UNICEF berichtet. Über die aktuelle **humanitäre Situation** in Simbabwe informiert auch **UNOCHA**.

Die Versorgungsprobleme bestehen angesichts geringer Ernten und struktureller wirtschaftlicher Schwierigkeiten fort, wie internationale humanitäre Organisationen berichten. Im Februar 2017 benötigten ca. 4,1 Millionen Menschen offiziellen Angaben zufolge humanitäre Hilfe. Laut FAO stieg vor allem in den ländlichen Gebieten die Zahl der Bedürftigen. UNOCHA bezifferte für manche Provinzen die von Ernährungsunsicherheit Betroffenen auf 79 Prozent. In der ersten Jahreshälfte 2017 **importierte Simbabwe Mais** im Wert von 82 Millionen US-Dollar und Weizen sowie Reis im Wert von 46 Millionen US-Dollar. Die Ankündigungen der Regierung, die Selbstversorgung könnte mit eigenen Ernten gut gedeckt werden, hatten sich nicht bewahrheitet. Investitionen in die so genannte Kommandolandwirtschaft schlugen wegen massiver Korruption vielerorts über Jahre fehl. USAID bezifferte laut des Famine Early Warning Systems Networks die Zahl der Empfänger/-innen von Nahrungsmittelhilfe im Januar und Februar 2018 auf **482.000**. Die FAO warnte im Februar 2019 vor verschärften Nahrungsmittel- bez. **Versorgungskrisen**, vor allem bedingt durch die Preispolitik der simbabwischen Regierung.

Die **Länderstrategie** des **World Food Programme WFP** ist bis 2021 gültig. Das WFP berichtete im Januar 2019, **706.247** der 7,5 Landbewohner/-innen würden Nahrungsmittelhilfe erhalten.

Wirtschaftsindikatoren

Anfang Februar 2016 gab die **Weltbank** bekannt, Simbabwe schulde internationalen Banken 7,1 Milliarden US-Dollar, das seien 51 Prozent des GDP, die gesamte Schuldenlast wurde auf 10 Milliarden US-Dollar geschätzt.



Tabakernte © Foto: Rita Schäfer

Der **Abbau von Mineralien** machte nach unterschiedlichen Schätzungen der UN bzw. simbabwischer Behörden 3-16 % des **BIP** aus. Hinzu kommen das verarbeitende Gewerbe und der tertiäre Sektor. **Tabak** ist ein wichtiges landwirtschaftliches Produkt, wenn auch mit schwankenden Erträgen, wie einige Medien berichten. Hauptabnehmer sind Belgien, China und Südafrika. Zudem liefern Mineralien einen Großteil aller Exporterlöse.

Das Leistungsbilanzdefizit betrug 2014 -348 Millionen US-Dollar, das Dienstleistungsbilanzdefizit belief sich auf -249 Millionen US-Dollar. Das **Wirtschaftswachstum** wurde vom Internationalen Währungsfond Anfang Oktober 2016 auf 0,3 Prozent für 2016 und für 2017 auf -2,5 Prozent geschätzt. Viele Banken in Simbabwe haben nur begrenzte Kreditkapazitäten. Geschäftsleute trauen den Geldinstituten nicht, so sind große Geldmengen im Umlauf, ohne dass diese auf den Banken eingezahlt werden. Die **Kreditwürdigkeit Simbawes** wurde laut Medienberichten von **Standard & Poor's** im Dezember 2018 abgewertet, Simbabwe wurde wegen seiner fiskalischen Defizite vom S & P Africa Index gestrichen.

Die simbabwische Regierung führte bereits Anfang 2014 neben dem US-Dollar auch andere Währungen wie den chinesischen Yuan, den japanischen Yen und die indische Rupie als offizielle Währungen ein. Seit Jahren bemüht sich die simbabwische Regierung um finanzielle Unterstützung durch China, zumal sich Investoren aus anderen Ländern wegen der rigiden Vorgaben und unzureichender Planungssicherheit zurückzogen. Allerdings verlangt China inzwischen stärkere Korruptionskontrollen im öffentlichen Sektor und wird selbst aktiv, um die Zweckentfremdung seiner Kredite zu stoppen. Simbabwische Experten und Journalisten setzen sich mit dieser außen- und wirtschaftspolitischen Orientierung nach China differenziert auseinander.



Informal traders Market in Harare © Shack Dwellers International (CC BY 2.0)

Die Erwerbsbevölkerung umfasst den formellen und informellen Sektor. Je nachdem, wie regierungsnah eine Institution oder Organisation ist, variieren deren Daten zum Anteil der Staatsbediensteten, der im formellen Sektor Beschäftigten und der Arbeitskräfte im informellen Sektor sowie die Arbeitslosenzahlen. Für viele Beschäftigte reichen die Einkommen angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten nicht zum familiären Unterhalt. Auch für Angestellte in para-staatlichen Betrieben war die finanzielle Situation bereits über Jahre hinweg schwierig. Schon im Januar 2014 kritisierte der Dachverband simbabwischer Gewerkschaften im Handelssektor ZCTU und der Zusammenschluss simbabwischer Unternehmer CZI, dass viele Betriebe schließen und ihre Arbeiter entlassen müssen. Um die Existenz der Familien zu decken, sind zahlreiche Kinder gezwungen, durch Arbeit zum Familienerwerb beizutragen. Mangels Alternativen sehen sich Mädchen zur Prostitution genötigt. Das beeinträchtigt ihre Schulbildung, Gesundheit und Zukunftsperspektiven. Der Verdienst ist sehr gering, so dass Armut und Ernährungsprobleme bleiben.

Zu den Strukturproblemen im informellen Sektor zählt auch die mangelnde Einhaltung von Arbeitsrechten. So analysieren simbabwische Forschungen, wie beispielsweise unter Bezug auf internationale arbeitsrechtliche Grundlagen menschenwürdige Arbeit durch Verbindungen zwischen dem informellen und formellen Sektor ermöglicht werden kann.

Die Arbeitsleistung von Frauen in kleinbäuerlichen Familienbetrieben, anderen Familienunternehmen und im informellen Sektor bleibt meistens unbeachtet, obwohl sie existentiell notwendig ist. Die Inflationsrate betrug 2009 nach IWF/IMF-Schätzungen 6,5 %, im Jahr 2011 7,8 % und 2012 3,7 %. 2015 wurde sie auf 0,2 Prozent geschätzt. 2008 hatte es eine Hyperinflation von mehreren Milliarden Prozent gegeben. Die daraus gezogenen Lehren beeinflussten das weitere Vorgehen des IWF/IMF gegenüber Simbabwe. 2015 wurde die Inflationsrate auf -2,4 Prozent beziffert und für 2016 auf -1,2 Prozent geschätzt.

Wirtschaftspolitik

Nach der politischen Unabhängigkeit 1980 propagierte die ZANU-Regierung zunächst eine wohlfahrtsstaatliche und protektionistische **Wirtschaftspolitik**. Sie hatte ein hoch entwickeltes und gleichzeitig sehr ungleiches Wirtschaftssystem vom rhodesischen Siedlerregime übernommen. Das wurde durch umfangreiche Staatsausgaben und Mindestlöhne etwas ausgeglichen. Trotz des großen Interesses ausländischer Investoren am Industriestandort Simbabwe erschwerten bürokratische Hürden die Niederlassung von Firmen und Fabriken. Auch simbabwische Unternehmer wurden behindert. Betriebe unter ZANU-Leitung, ländliche Entwicklung und Kontrolle über die Bevölkerung auf dem Land hatten für die staatlichen Planer Priorität. Die Wirtschaftspolitik und deren **ökonomische Folgen** seit 1980 sind faktenreich dokumentiert.

1991 stimmte die Regierung der Einführung wirtschaftlicher Strukturanpassungsprogramme (**ESAP**) durch den Internationalen Währungsfond (IWF/IMF) zu. So wollte sie den Zugang zu Krediten sichern. Allerdings hatten die IWF-Auflagen zur Reduzierung der Staatsausgaben fatale Folgen für den Gesundheits- und Bildungssektor. Vor allem für ärmere Familien verschlechterte sich der Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung. Das konnten ergänzend eingeführte Sozialprogramme nicht abfedern. Das 1998 von der Regierung begonnene Zimbabwe Programme for Economic and Social Transformation (**ZIMPREST**) orientierte sich teilweise am ESAP-Ansatz, beinhaltete aber auch Tariflöhne und selektive Preiskontrollen. Der wirtschaftliche Niedergang wurde nicht aufgehalten, sondern beschleunigte sich ab 2000. Die Einheitsregierung 2009 konnte nur partiell eine Trendwende einleiten. Die **Wirtschaftsmisere** war auch ein Thema im Umfeld der Wahlen Ende Juli 2018, wobei **strukturelle Probleme** und Erwartungen diskutiert wurden.

Wirtschaftssektoren

Landwirtschaft



Rinder © Foto: R. Schäfer

Hauptanbauprodukte sind Mais, Tabak, Baumwolle und Zitrusfrüchte. Hinzu kommen verschiedene Hirse- und Gemüsesorten in der kleinbäuerlichen **Landwirtschaft** sowie Zuckerrohr und Schnittblumen auf Großfarmen. Im Bereich der Weidewirtschaft dominiert die **Rinderhaltung**, wobei kleinbäuerliche Betriebe wegen sehr begrenzter Weideflächen, wiederholter Dürren und Krankheiten nur wenige Tiere besitzen. Bis 1980 zählten nur Weiße zu den Großfarmbesitzern.

Ab 1982 war die **Landumverteilung** ein politisches und juristisches Thema. Basierend auf Gesetzesänderungen fanden ab 1992 Ansätze zu einer Landreform statt. Farmbesitzer konnten ihre gesamten Farmen oder Landstücke zu Marktpreisen an die Regierung verkaufen. Davon machte aber nur eine Minderheit Gebrauch. Etliche Farmen gingen an die neue schwarze Elite über (350 wurden verkauft, 400 verpachtet), ein anderer Teil wurde aufgeteilt auf mittelständische und kleinbäuerliche Produzenten in sogenannten "Resettlement"-Gebieten.

Bei Ehepaaren wurden die Landbesitzrechte auf den Namen des

Mannes eingetragen, was bei dessen Tod zu verwandtschaftlichen Konflikten führte. Falls es zu Rechtsstreitigkeiten kam, entschieden Richter zumeist unter Bezug auf frauenfeindliche Interpretationen des „customary law“ gegen die Interessen der Witwen. Demgegenüber waren gemäß der vorkolonialen Arbeitsteilung die Frauen für Anbau, Ernte und Saatselektion verantwortlich. Nur in Ausnahmefällen und mit Unterstützung von Entwicklungsorganisationen erhielten alleinstehende Kleinbäuerinnen Land.

Anfang der 1990er Jahre erschütterte eine schwere Dürre die landwirtschaftliche Produktion, anschließend diskutierten Forscher aus Simbabwe, Kanada und Großbritannien, wie internationale Nahrungsmittelhilfe an ländliche Haushalte in "Resettlement"-Gebieten sinnvoll in Entwicklungsprogramme übergehen kann. Agrarökologische Kenntnisse, die Menschen während Dürreperioden entwickelt und überliefert haben, sind in Zeiten des Klimawandels und in Auseinandersetzung mit dessen Folgen wichtig. Alte Menschen sind mancherorts heute die Hüter/-innen solcher Kenntnisse, aus denen Anpassungsstrategien in Reaktionen auf Klimaveränderungen abgeleitet werden können. Das erkennen auch allmählich einige Entwicklungsorganisationen und die FAO. Gleichzeitig sind alte Menschen von eigenen Krankheiten und den Folgen der HIV/AIDS-Pandemie besonders betroffen. Alte Frauen in ländlichen Gebieten müssen für AIDS-Waisen/Enkelkinder sorgen. Ihre eigenen agrarischen Möglichkeiten sind aber eingeschränkt. Von der Landreform ab 2000 hatten sie keine Vorteile, bei der Landverteilung wurden sie übergangen. Und das, obwohl laut des UN-Bevölkerungsfonds UNFPA über 758.000 der ca. 13 Millionen Simbawer/-innen alte Menschen sind. Sie bräuchten spezifische agrarische Förder- und Beratungsprogramme.

In den letzten Jahren war es wegen der wirtschaftlichen und politischen Krise ab 2000 aber auch für die landwirtschaftlichen Betriebe in den "Resettlement"-Gebieten schwierig, zu produzieren und zu vermarkten. Die dortigen Landbewohner/-innen mussten neue Überlebensstrategien und Transaktionsformen, etwa durch Tausch, erfinden.

Zum Abschluss der zweiten Phase der Landreform 1997 waren 3,5 Millionen von geplanten 15,5 Millionen Hektar Land an 71.000 Familien verteilt. 162.000 hätten zu dem Zeitpunkt bereits neues Farmland zur Verfügung haben sollen. Die britische Regierung hatte 44 Millionen Pfund für die Landreform zur Verfügung gestellt. 1999 waren noch immer elf Millionen Hektar im Besitz von 4500 Großfarmern - vorrangig Weißen. Gleichzeitig stieg die Bevölkerungsdichte und Armut in den kommunalen Gebieten, den früheren Reservaten. Im Jahr 2000 waren erst 75.000 Menschen umgesiedelt worden.



Landwirtschaft - Großfarmgebiet, © Foto: Rita Schäfer



Terrassierte Felder in kommunalen Gebieten © Foto: R. Schäfer

Im Rahmen des ab Juli 2000 begonnenen Fast Track Resettlement Programmes wollte die Regierung zunächst eine Million Hektar **Land** an 30.000 Familien vergeben. Darauf aufbauend wollte sie vier Millionen Hektar an 120.000 Familien verteilen. In der Zeit nutzte die ZANU/PF diese Landumverteilungspläne für ihren Wahlkampf, die Wirtschaft befand sich bereits in der Rezession. Ein neues Gesetz zum Landerwerb wurde rasch durch das Parlament gebracht. Im Juli 2002 arbeiteten nur noch 2900 von 4500 Großfarmern, danach mussten sie ihr Land ohne Kompensation verlassen. Bei gewaltsamen Farmbesetzungen (auch als Jambanja – direkte Aktion oder 3. Chimurenga bezeichnet) wurden einige Menschen getötet und mehrere hundert schwer verletzt. Die **makroökonomischen Folgen** erläuterten Experten des internationalen Agrarforschungsinstituts IFPRI. 2003 waren bereits 100.000 der über 320.000 Farmarbeiter/-innen vertrieben worden. Über 250 Großfarmen, die im Besitz südafrikanischer und europäischer oder simbabwischer Konzerne waren, konnten jedoch weiter produzieren.

2011 waren die Flächen laut offizieller Angaben an 114.000 Haushalte (1,3 Millionen Personen), 30.000 Farmbetriebe mittlerer Größe und 3000 Einzelpersonen aufgeteilt worden. Manche Beobachter, die punktuell mit staatlichen Agrarberatern kooperieren, bewerten das als Erfolg, und interpretieren Kriterien wie Landzuteilung und Erträge entsprechend. Kritiker geben zu bedenken, dass Kleinbauern mancherorts wieder **zwangsumgesiedelt** werden, vor allem wenn sie nicht die prognostizierten Erträge erzielen. Bei den neuen Großfarmern handelt es sich vorrangig um Politiker, Militärs und Geschäftsleute. Selbst vor unrechtmäßigen **Farmaneignungen** wird nicht zurückgeschreckt, wie einzelne Rechtsstreitigkeiten belegen. Einzelne Minister, Politbüromitglieder, Geheimdienstleiter und Richter beanspruchten jeweils mehrere Dutzend **Farmen**, nutzen die Flächen aber oft nicht für die landwirtschaftliche Produktion. **Patronage** war ein entscheidendes Kriterium für die Landvergabe an mittelgroße und kleine Betreiber – zumeist Bedienstete staatlicher Institutionen,

die Pächter einstellten. Eine **öffentliche Anhörung zu Farmaneignungen** machte im Juni 2014 publik, dass sogar Kinder der Elite als neue Farmbesitzer eingetragen wurden, obwohl sie als Minderjährige nicht rechtsmündig sind.



Pflügen und Aussaat © R. Schäfer



Gemüsegarten © R. Schäfer

Frauen kleinbäuerlicher und mittelgroßer Betriebe erhielten seit 2000 höchstens Nutzungs- aber nur in Ausnahmefällen Besitzrechte. **Konflikte** gab es auch auf Staatsland und bei quasi-staatlichen Betrieben, die beispielsweise keine Grundnahrungsmittel produzierten. Kleinbäuerlichen Betrieben fehlte häufig das Kapital für Investitionen. Hinzu kamen unzureichend angepasste **Agrarberatungen**, die angesichts der Folgen des Klimawandels besonders problematisch waren. So fielen die **Ernten** gering aus, **Armutsprobleme** eskalierten. Die Versorgung der Bevölkerung ist wegen der Politisierung weiterhin **kritisch**. Die Abhängigkeit von internationaler Nahrungsmittelhilfe ist noch immer strittig. 2008 war **Nahrungsmittelknappheit** ein Mittel politischer Kontrolle, Nahrung wurde zur **politischen Waffe** der ZANU/PF. In der Provinz Matabeleland South sowie in Siedlungen in der Manica Provinz zeigen sich die **Folgen** dieses Problems **beispielhaft**. Auch 2012 und 2013 war der Zugang zu Nahrungsmittelhilfe und Saatgut vielerorts an die **Parteimitgliedschaft** gebunden, ZANU/PF Anhänger/-innen wurden häufig bevorzugt. Anfang 2014 waren etwa 2,2 Millionen Menschen auf internationale **Nahrungsmittelhilfe** angewiesen; **humanitäre Organisationen** der UN sprachen von einem Viertel der gesamten Bevölkerung des Landes, die Unterstützung zur Ernährungssicherung brauchten, zumindest bis eine gute neue Ernte eingebracht sei. Mancherorts wurden Fälle von Nahrungsmittelvergabe durch lokale Mitarbeiter gegen sexuelle Dienstleistungen von Bedürftigen bekannt und dokumentiert. Im Juli 2015 gab Relief Web bekannt, **1.490.000 Menschen** würden Nahrungsmittelhilfe benötigen und für 16 Prozent der Landbevölkerung sei die Ernährung nicht gesichert. Diese Zahlen wurden im September 2015 bestätigt und entsprechende **Prognosen für 2016** erstellt, die zudem nach Provinzen differenziert sind. **Relief Web-Landesinformationen** vom November 2016 bieten zusätzliche Details.

Auf der lokalen Mikroebene sollen Gemüseärten Abhilfe schaffen. Ob sich, neben den Vorteilen für die Kleingärtner/-innen, hierdurch die Nahrungsmittelversorgung eines ganzen Landes decken lässt, ist angesichts der Problemkomplexität und der Ungleichheiten im Landzugang und -besitz fraglich. Auch über den Aussagewert einzelner lokaler Mikrostudien über Anpassungsstrategien an aktuelle multiple Probleme für nationale Lösungen gibt es konträre Meinungen.

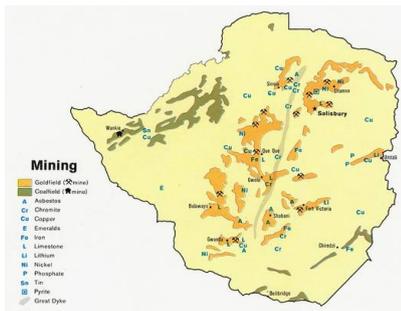
Die Versorgungslage der Bevölkerung wird sich weiter problematisch gestalten, zumal 2014 im Vergleich mit dem Vorjahr 29 Prozent weniger **Getreide** produziert wurde. 2013 wurden 24.700 Tonnen Weizen produziert. Vor Beginn der umstrittenen Landreform und Farmenteignungen im Jahr 2000 waren es 325.000 Tonnen Weizen jährlich. Benötigt werden schätzungsweise 425.000 Tonnen Weizen pro Jahr. In der Erntesaison 2014-2015 wurden 49 Prozent Verluste in der **Maisernte** verzeichnet. Gleichzeitig haben viele **Bauern**, die ihren

Mais an die staatliche Vermarktungsbehörde, das **Grain Marketing Board** (GMB), verkauft haben, noch kein Geld erhalten. Das GMB schuldet ihnen 49 Millionen US-Dollar für die Saison 2013-2014, was bereits zu Protesten von Seiten der Bauern führte. Mitgliedern der Regierungspartei und anderen regierungsnahen Personen wird nachgesagt, die Kassen des GMB geplündert zu haben. 2015 entschlossen sich Bauern, die Überschüsse produziert hatten, diese weit unter Wert an private Käufer zu veräußern, was aber neue Abhängigkeiten und Einkommensprobleme schafft. 2015 erhielt das GMB nur etwa ein Viertel der Getreidemenge, die ihm 2014 geliefert wurden. 2015 wollte die Regierung **700.000 Tonnen Mais** zur Ernährungssicherung einführen. Wegen dieser und zahlreicher anderer Probleme bietet die Landwirtschaft **Jugendlichen** kaum Perspektiven.

Immerhin war die Ernte 2017 aufgrund vergleichsweise guter Regenfälle relativ erfolgreich. Über die Bedeutung der so genannten Kommandolandswirtschaft für die Erträge gibt es - je nach politischem **Standpunkt** - konkurrierende Einschätzungen.

Die Politisierung der Agrarplanung und -forschung zeigt sich beispielsweise darin, dass nicht nur Daten zur landwirtschaftlichen Produktivität, sondern auch die Schätzungen der **FAO** und des Welternährungsprogramms zum Bedarf an Nahrungsmittelhilfe wegen mangelnder landwirtschaftlicher Erträge von regimennahen Agrarwissenschaftlern insbesondere im Kontext von nationalen Wahlen in Frage gestellt werden.

Bergbau



In etwa 500 Minen (andere Schätzungen gehen von einer höheren Anzahl aus) werden über 40 verschiedene **mineralische Rohstoffe** abgebaut. Dazu zählen **Platin, Gold, Chrom, Nickel, Diamanten, Kohle** und Asbest. Am Abbau sind simbabwische, chinesische, südafrikanische, australische und britische Unternehmen beteiligt. In Simbabwe lagern große **Platinvorkommen**, so könnte das Land unter Bezug auf die geschätzten Vorkommen, nach Russland und Südafrika, führend im Platinabbau und -export sein.

Mineralische Ressourcen © commons.lib.utexas.edu Map No. 543857 1979 (119K)



Asbestmine bei Mashava ©

Deviseneinnahmen aus dem **Minensektor** steigen zwar, jedoch nicht in dem Maße, wie die abgebauten Ressourcen es erwarten ließen. In Simbabwe lagern schätzungsweise 25 % aller globalen Rohdiamanten, die dem Staatshaushalt jährlich zwei Milliarden US-Dollar einbringen könnten. Doch während die Einnahmen aus den Diamantenminen 2010 schätzungsweise mindestens 122,5 Millionen US-Dollar erbrachten, wurden offiziell nur 30,4 Millionen US-Dollar registriert. Das Bergbauministerium berief sich auf die Preiseinbrüche im internationalen Diamantenhandel und Handelsbeschränkungen für Diamanten aus der simbabwischen Marange Mine. Anlass für die Handelsbeschränkungen waren schwere Misshandlungen und Erschießungen von über 300 der ca.

Foto: Kevin Walsh, wikimedia
(CC BY 2.0)



Gold Mining Mill Shamva ©
Kevin Walsh (CC BY 2.0)



Diamant © Rob Lavinsky (CC BY
3.0)

35.000 illegalen Schürfer durch Spezialeinheiten der Polizei und der Armee im Jahr 2008. Offizieller Grund der Einsätze war die Unterbindung des Schmuggels. Polizisten und Soldaten erhielten in der Zeit wegen der Wirtschaftsmisere keine oder nur unregelmäßige und geringe Gehälter. Einige agierten selbst als Schmuggler. Auch in den Folgejahren gab es wiederholt **Gewaltübergriffe** und Menschenrechtsverletzungen; die internationalen politischen Auseinandersetzungen über die Konfliktdiamanten dauerten an.

Inzwischen besitzen chinesische Betreiber fast 90 % der Anteile an den Minengesellschaften. Auf diese Weise finanzieren Geheimdienst und Militär offenbar Waffenkäufe in großem Stil. Manche kritische politische Beobachter befürchten sogar den Aufbau einer Schattenregierung. Der **Kimberley Prozess** erlaubte Simbabwe im November 2011 dennoch den Verkauf von **Diamanten** aus der **Marange Mine**. Dennoch erhielt die **Europäische Union** Beschränkungen gegenüber der staatlichen Diamantengesellschaft aufrecht. Massive **Korruption im Minensektor** ist mindestens seit 2013 ein bekanntes **Strukturproblem**, das Einnahmen für den Staatshaushalt beeinträchtigte. Sie fielen von 453 Millionen US-Dollar im Jahr 2013 auf in 350 Millionen US-Dollar in 2014; einzelne Berichte gingen von noch niedrigeren Staatseinnahmen aus und weisen auf die Verwendung der Exporterlöse aus Diamantengeschäften für die Regierungspartei hin. Durch direkte Kontrolle der Minen durch Personen im Umfeld des Präsidenten und ranghoher Militärs sollen laut Minenministerium seit Jahren die Korruption und der illegale Diamantenhandel unterbunden werden. Die Afrikanische Entwicklungsbank kritisierte die Konzentration, da die Gewinne aus dem Minensektor nicht in den Fiskus gelangten und ausländische Investoren abgeschreckt würden. Auch 2015 mahnten Beobachter mehr **Transparenz im Minensektor** an. Auch Mitte 2016 und im September 2017 dauerte die Kritik an mangelnden Staatseinnahmen durch massive **Veruntreuung von Gewinnen** aus den **Diamantenminen**, vor allem durch ranghohe Militärs, des **Geheimdienstes** und Mitglieder des Sicherheitsapparats, an. Es geht um fehlende **15 Milliarden US-Dollar**. Im November 2018 wurde über **mehr Transparenz** im Minensektor diskutiert.

Industrie

In den 1980er Jahren gab es eine prosperierende verarbeitende Industrie. Sie umfasste die Leicht-, Landwirtschafts-, Bergbau- und Bauindustrie. Heute ist sie durch die mangelnde Infrastruktur, insbesondere in der Wasser- und Stromversorgung, beeinträchtigt und erholt sich nur langsam. Auch die einst ausdifferenzierte und an die landesinterne, hochwertige Baumwollproduktion gekoppelte **Textilindustrie** ist seit Jahren im Niedergang. Von den 24.000 Arbeitskräften, die während der Blüte der Produktion in Kadoma, Gweru und Chegutu in Spinnereien und anderen Textilfabriken arbeiteten, verloren die meisten inzwischen ihre Einkommens- und Existenzgrundlage. Etliche Firmen mussten schließen.

Zwischen 2000 und 2010 schritt die **De-Industrialisierung** insbesondere in der früheren Industriemetropole **Bulawayo** voran, die Probleme dauerten in den Folgejahren an. Inzwischen produzieren einzelne chinesische Unternehmen gemeinsam mit simbabwischen, etwa in der Autobranche. Etliche Unternehmer und Wirtschaftsexperten führten die problematische Entwicklung

auf die fortdauernde **Regierungsmisere** zurück. **Investoren** aus Europa und den USA sind wegen der sogenannten Indigenisierungspolitik, also den Verstaatlichungszielen der Mugabe-Regierung, zurückhaltend. Auch **Einschätzungen** zur **Wirtschaftssituation**, zur Lage der Arbeiter und zur Rolle von Gewerkschaften sind Mitte 2016 kritisch; als Problemursache wird vor allem die Regierungspolitik benannt.

Binnen- und Außenhandel



Geschäft im ländlichen Raum ©
Kate Holt wikimedia commons
(CC BY 2.0)

Die Kaufkraft der Bevölkerung ist durch den jahrelangen wirtschaftlichen Niedergang und die hohe Arbeitslosigkeit eingeschränkt. Der Binnenmarkt ist entsprechend schwach. Auch der Außenhandel ist seit Jahren gering. Entsprechend kritisch waren die Analysen und Prognosen der Weltbank im Jahr 2017.

2015 wurde das Handelsbilanzdefizit unter Bezug auf IMF-Angaben mit -2.74 beziffert und für 2016 auf -2.89 geschätzt. Im August 2015 hatte Simbabwe regierungsnahen Medienberichten zufolge ein Handelsbilanzdefizit von 2,2 Milliarden US-Dollar. 2016 wurde ein Handelsbilanzdefizit von 2,3 Milliarden US-Dollar bilanziert. Für die ersten zehn Monate im Jahr 2017 wurde das Handelsbilanzdefizit auf **1,56 Milliarden US-Dollar** beziffert. Im Oktober 2018 waren es **1,978 Milliarden US-Dollar**, teilweise gibt es auch abweichende und höhere **Angaben** im Jahresvergleich.

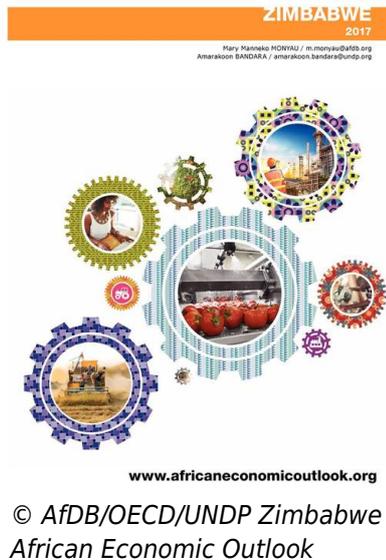
Wichtige **Handelspartner** sind **Südafrika** und einige Länder der Europäischen Union (EU), u.a. ist Deutschland hier zu nennen. Die Handelsbeziehungen sind durch regionale und internationale Abkommen geregelt, die von einigen Wirtschaftsexperten und Nichtregierungsorganisationen kritisiert werden. Bei den **internationalen Exporten** sind **Mineralien** und Agrarprodukte bedeutend. Dem Bericht der nationalen Statistikbehörde zufolge exportierte Simbabwe zwischen Januar und Oktober 2015 Gold im Wert von 5,9 Tonnen. Die Platinexporte erbrachten im gleichen Zeitraum 36,5 Millionen US-Dollar, Nickel 192,3 Millionen US-Dollar und Chrom 134,8 Millionen US-Dollar. Im Agrarbereich bezifferten sich die Gewinne aus dem Tabakexport auf 481,2 Millionen US-Dollar und aus dem Zuckerrohrexport auf 95,5 Millionen US-Dollar. In den ersten zehn Monaten 2017 exportierte Simbabwe laut offizieller Angaben Gold im Wert von 776 Millionen US-Dollar, Tabak im Wert von 490 Millionen US-Dollar, Nickel im Wert von 378 Millionen US-Dollar, Nickel Konzentrate im Wert von 328 Millionen US-Dollar, Ferro-Chrom im Wert von 262 Millionen US-Dollar, Chrom Erze und Konzentrate im Wert von 82 Millionen US-Dollar und unverarbeitete Industriediamanten im Wert von 73 Millionen US-Dollar.

Grundnahrungsmittel und über 90 % aller Konsumgüter und Dinge des täglichen Bedarfs in Simbabwe werden **importiert**. Mehrheitlich kommen sie aus dem **Nachbarland Südafrika**. In den ersten Monaten 2017 importierte Simbabwe Güter aus Südafrika im Wert von 1,83 Milliarden US-Dollar, während die Exporte 1,76 Milliarden US-Dollar bezifferten. **2018 exportierte Südafrika** Waren im Wert von 30,8

Millionen Rand nach Simbabwe und importierte Güter im Wert von 3,6 Millionen Rand.

Simbabwe ist Mitglied in Wirtschaftspartnerschaften, wie **COMESA** und **SADC**. **China** gewinnt als Handelspartner Simbabwes immer mehr Einfluss.

Entwicklung und Entwicklungspolitik



Wichtige **Geber** sind die **USA** und **Großbritannien**, **EU-Institutionen**, **Deutschland** und **Japan**. Exemplarisch illustriert **DFID**, der staatliche Entwicklungsdienst der ehemaligen britischen Kolonialmacht, seine Entwicklungszusammenarbeit am Beispiel des **Gesundheitssektors**. Die staatliche schwedische Entwicklungsorganisation (**SIDA**) kooperiert mit anderen Gebern, etwa im Bereich der **Jugendförderung**. Auch nichtstaatliche Organisationen wie **HIVOS** aus den Niederlanden, **Action Aid** aus Großbritannien oder das kirchliche Hilfswerk **HEKS** aus der Schweiz unterstützen Nichtregierungsorganisationen im Land.

Die **Weltbank** richtete einen **Zimbabwe Analytic Multi-Donor Trust** ein (**MDTF**), der die unterschiedlichen Geber besser koordinieren sollte, ihm folgte der Multi-Donor Trust Fund, den die African Development Bank managte. Ziele waren die Entwicklung der Infrastruktur insbesondere im Wasser-, Sanitär und Energiebereich. Simbabwe bleibt vor allem wegen seiner eigenen politischen und agrarwirtschaftlichen Misere weiterhin auf **humanitäre Hilfe** angewiesen.

Zu den **internationalen Organisationen**, die in Simbabwe tätig sind, zählen das Welternährungsprogramm **WFP**, das UN-Kinderhilfswerk **UNICEF**, das UN-Entwicklungsprogramm **UNDP** und die UN-Bevölkerungsorganisation **UNFPA**. Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft **FAO** arbeitet an der Verbesserung der Landwirtschaft, **Viehhaltung** und der Grundversorgung in **ländlichen Regionen**.

Millennium Development Goals und Sustainable Development Goals

Aus den von der internationalen Staatengemeinschaft im Jahr 2000 festgelegten Millennium Development Goals (**MDG**), den Entwicklungszielen zur Halbierung der weltweiten Armut bis zum Jahr 2015, hatte die simbabwische Regierung die Ziele Armutsreduzierung, verbesserte Schulbildung und Überwindung von HIV/AIDS als vorrangige Ziele gewählt. Strukturelle Armutsprobleme



Frauenkooperative Kadoma, ©
Foto: Rita Schäfer

sind aber weiterhin in vielen Landesteilen gravierend. Beim **Human Development Index** 2017 belegt Simbabwe Rang 156 von 189 Plätzen im internationalen Ländervergleich. Schätzungen von Hilfswerken gingen davon aus, dass zahlreiche Kleinkinder 2016 von **Mangel- bzw. Unterernährung** betroffen waren.

Ernährungsprobleme von 1,3 Millionen Menschen in den Jahren 2010 bis 2012 wurden offiziell mit der eingeschränkten Agrarproduktion begründet. Bis 2011 hatte die simbabwische Regierung keine umfassende Poverty Reduction Strategy erstellt. Planungsgrundlagen zur Armutsreduzierung waren die MDGs, die Landreform, die Indigenisierungsziele, die Arbeitsmarkt- und Gender-Politik. 2016 gab die Weltbank **Armutsberechnungen** für Simbabwe bekannt. Darin wird die Zahl der Armen auf 3,28 Millionen +beziffert, 2015 waren es demnach 3,16 Millionen. 2015 variierte die **Armutsrate** laut Armutsatlas zwischen einzelnen Distrikten zwischen 37 und über 90 Prozent. Inzwischen wird über die Umsetzung der **Sustainable Development Goals** debattiert, zumal die UN an der Realisierung in Simbabwe **technisch und finanziell** umfassend mitwirkt. Im Kontext von Simbabwe wird moniert, dass die Problemlage von **Jugendlichen** und deren Auseinandersetzung mit diesen Zielen darin bislang zu wenig Beachtung findet. Schließlich ist ein Großteil der Jugendlichen arbeitslos und die Mehrheit derjenigen, die zumeist kleine Einkommen erwirtschaften, konkurrieren im **informellen Sektor** miteinander.

Multi- und bilaterale deutsche Entwicklungszusammenarbeit



Ländliches Gemüseprojekt ©
Foto: Rita Schäfer

Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit bezieht sich vor allem auf den Infrastruktur- und Gesundheitsbereich. Auch im Agrarsektor gibt es einzelne Kooperationen, die im Fall der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (**GIZ**) mit der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (**FAO**) und dem Welternährungsprogramm (**WFP**) an humanitäre Maßnahmen anknüpfen und die Ernährungssituation verbessern sollen. Aus politischen und diplomatischen Gründen wurde nach 2000 die staatliche bilaterale Zusammenarbeit eingestellt. Laut einer BMZ-Erklärung Ende 2012 würden die **bilateralen Beziehungen** erst wieder normalisiert, wenn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit garantiert seien. 2015 führte die umstrittene finanzielle Förderung eines privaten **Wildparks**, den ein deutscher Unternehmer gegründet hatte, zu politischen **Kontroversen**. 2015 wurde über die positive Wirkung des von der GIZ personell beratenen Media Monitoring Project Zimbabwe berichtet. Anfang Oktober 2016 reiste der Afrikabeauftragte der Bundeskanzlerin, Günter Nooke, für **politische Gespräche** nach Simbabwe. Mitte November 2017 erläuterte er in einem Radiointerview seine **Einschätzung** zum Rücktritt des früheren Präsidenten Robert Mugabe. Ende August 2018 war Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und

Entwicklung, für Regierungsgespräche in Simbabwe. Er traf sich auch mit führenden Oppositionsvertretern und erörterte **politische und wirtschaftliche Themen**.

In Simbabwe sind beispielsweise die **Friedrich-Ebert-Stiftung** und die **Konrad-Adenauer-Stiftung** tätig. Deutsche Nichtregierungsorganisationen unterstützen lokale Nichtregierungsorganisationen, die sich für **Frieden**, Menschenrechte, HIV-Prävention, Jugendliche, Frauen und Ökologie einsetzen. Hervorzuheben ist die Arbeit des **Weltfriedensdienstes** und der **Deutschen Welthungerhilfe**. Auch **Oxfam Deutschland** engagiert sich in Simbabwe. **Medico International**, die **Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt** und kleine gemeinnützige Vereine wie **ZimRelief** unterstützen Nichtregierungsorganisationen in Simbabwe. Kinder sind die Zielgruppe von **Terre des Hommes**. In Simbabwe tätige kirchliche Organisationen sind die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe **AGEH** und Misereor. Die im entwicklungspolitischen Bereich aktive Kirchliche Arbeitsstelle südliches Afrika **KASA** ist Mitglied im **Zimbabwe Europe Network**, das sich gegenüber der Europäischen Union für Simbabwe einsetzt. Städte- und Schulpartnerschaften, Jugend- und Kulturaustauschprogramme ergänzen das Spektrum der Zusammenarbeit. Hier ist vor allem die **Städtepartnerschaft** zwischen München und Harare zu nennen. Für **Schulpartnerschaften** setzen sich Mitglieder des **Zimbabwe Netzwerks** seit Jahrzehnten erfolgreich ein. Das Zimbabwe Netzwerk informiert auch über Simbabwe, etwa durch seine **Publikationen**, und organisiert regelmäßig Veranstaltungen mit zivilgesellschaftlichen Vertretern/-innen und Experten/innen aus Simbabwe. Die **Deutsch-Simbabwische Gesellschaft** engagiert sich ebenfalls für Austausch zwischen Menschen aus Simbabwe und Deutschland.

Gesellschaft & Kultur

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Die heutige Gesellschaft in Simbabwe ist in verschiedene soziale Gruppen unterteilt, die auf unterschiedliche historische Einwanderungswellen und das Erbe der Siedlerkolonie zurückzuführen sind. Auch die geographischen und ökologischen Bedingungen wirken sich auf die Besiedlung und die Kontakte zu den Nachbarländern aus.



Steinskulptur: Mutter mit Kind, Foto Copyright: Rita Schäfer

Alphabetisierte Erwachsene

Frauen (93 %), Männer (96 %)

Bedeutende Religionen

84 % Christentum, 16 % traditionelle Religionen

Städtische Bevölkerung

32,2 % (2017)

Lebenserwartung

56 J. Frauen/53,6 J. Männer (2016)

Gender Inequality Index (GII)
Rang 128 von 160 (2017)

Anzahl der Geburten pro Frau
3,11 in 2016

Kindersterblichkeit
50,3 pro 1000 Lebendgeburten (2019)

Sozialstruktur

Die heutige Gesellschaft in Simbabwe ist in verschiedene soziale Gruppen unterteilt, die auf unterschiedliche historische Einwanderungswellen und das Erbe der Siedlerkolonie zurückzuführen sind. Auch die geographischen und ökologischen Bedingungen wirken sich auf die Besiedlung und die Kontakte zu den Nachbarländern aus. Diese Differenzen wurden von der Mugabe-Regierung über Jahrzehnte durch politische Entscheidungen und wirtschaftliche Maßnahmen sowie die Zuteilung von Entwicklungsgeldern und **humanitärer Hilfe** verstärkt.

Ethnizität und Sprachen

Heutige Zuordnungen zu Ethnien (82 % **Shona**, 14 % **Ndebele** sowie einige kleine Ethnien) und **Sprachen** (CiShona, SiNdebele) sind Resultat vor allem historischer Interventionen und Ethnizitätskonstruktionen seit Ende des 19. Jahrhunderts: Für die Einteilung in verschiedene Ethnien und **Sprachen** waren mehrheitlich europäische Missionare verantwortlich. Sie vereinheitlichten mehrere Shona-Dialekte zu einer neuen Schriftsprache.

Zuvor definierten sich die Menschen vor allem über die **Zugehörigkeit** zu **politischen Autoritäten**. Ci-Shona sprachige Menschen unterteilen sich bis heute in Untergruppen wie die Ndau, Karanga, Manyika, Zezuru oder Korekore. Koloniale Zwangsumsiedlungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Reservate verschärften ethnische Gegensätze.

Im Unabhängigkeitskrieg ging die regionale Zuordnung von Bewohnern der westlichen Landesteile zur ZAPU und der östlichen Gebiete zur ZANU tendenziell mit ethnischen Kriterien einher, so dass in der ZANU Shona-sprachige Mitglieder dominierten. Allerdings gab es auch Ndebele-sprachige Kämpfer/-innen. In Krisenzeiten und zum Machterhalt betonten ZANU-Politiker und regierungsnahen Medien **ethnische Gegensätze**. Die Nachfahren von Einwanderern aus Europa stellen 0,3 % der Bevölkerung, allerdings sinkt ihr Anteil wegen Auswanderung und Vertreibungen seit den gewaltsamen Farmbesetzungen ab dem Jahr 2000 und der auf Indigenisierung abzielenden Wirtschaftspolitik. Zudem leben kleine indische, chinesische und afrikanische Minderheiten im Land; sie kamen als Händler oder Arbeiter und im letzten Fall als Kriegsflüchtlinge zu unterschiedlichen Zeitpunkten.

Soziale und wirtschaftliche Situation

Die **Arbeitslosigkeit** und damit verbundene **Armut** sind seit 2000 zu Strukturproblemen geworden. Während in den Krisenjahren 2005 die Arbeitslosenrate bei 80 % lag, stieg sie 2009 sogar auf 95 %. Damit zählte Simbabwe laut Angaben der UN-Arbeitsorganisation **ILO** und anderen UN-Organisationen im weltweiten Vergleich zu den Spitzenreitern. 2008 waren nur 480.000 Menschen beschäftigt. Für 2012 gab die Regierung eine **Arbeitslosenrate** von 11 % an, während unabhängige Forscher aufgrund ihrer Studien von etwa 70 % Arbeitslosen sprechen. Eine ähnliche Kluft kennzeichnete die Situation in den Folgejahren und bis heute, wobei viele Menschen, die im informellen Sektor tätig sind, nicht der Kategorie **Arbeitslose** zugeordnet werden. Von der hohen **Jugendarbeitslosigkeit** sind vor allem junge Frauen betroffen. Eine gute Ausbildung oder ein Studienabschluss ebnet keineswegs den Weg in die Berufswelt. Es **fehlen** politische **Lösungen**.

Sehr unterschiedlich sind auch die Angaben zur Zahl derjenigen, die durch **Arbeit** im informellen Sektor ihre Existenz sichern. Viele Menschen sind auf **Einkommen** aus dem **informellen Sektor** angewiesen, was die nationale Sozialpolitik vor **Herausforderungen** stellt. Die Not zwingt etliche Frauen und Mädchen zur **Prostitution**. Das betrifft keineswegs nur **Mädchen** im Umfeld der Diamantenminen, die wegen mangelnder wirtschaftlicher Möglichkeiten ihrer Eltern die Schule abbrechen müssen. Sie sind besonders **gefährdet**, sich mit HIV zu infizieren.

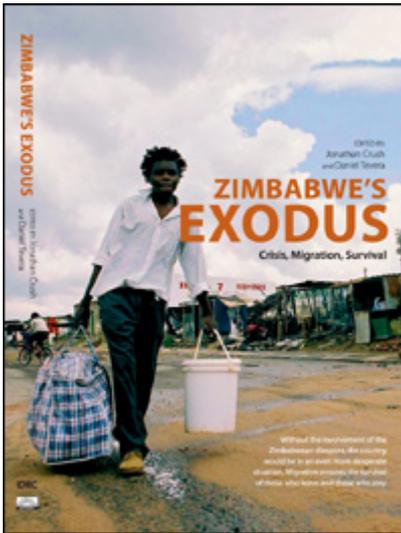
Stadt-Land-Verhältnis



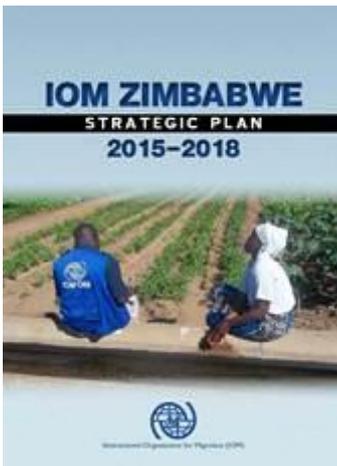
Wanderarbeiter, © Foto: Rita Schäfer

Etwa 70 % der simbabwischen Bevölkerung lebt auf dem Land. Ihre Existenz wird immer weniger durch die eigenen landwirtschaftlichen Erträge, sondern von **Wanderarbeiter/-innen** gedeckt, die oftmals nach **Südafrika** migrieren und dann Geld schicken. Den meisten ländlichen Haushalten mangelt es an ausreichenden Landflächen, Geld, Technik, Dünger und Arbeitskraft. **Armut** betrifft vor allem Haushaltsleiterinnen, deren Ehemänner bereits gestorben sind oder die sie verlassen haben. Die Versorgungslage von **Haushaltsleiterinnen**, deren Ehemänner Geld senden, hängt von deren Arbeitsplatz, Einkommen und von familiären Aushandlungen ab. Frauen in ländlichen Haushalten werden unter Bezug auf Geschlechtervorstellungen die familiäre Versorgung und die Pflege von AIDS-Kranken und Waisen aufgeschultert, das betrifft auch **arme Haushaltsleiterinnen**. Viele sind selbst HIV-positiv, was ihre wirtschaftlichen Kapazitäten beeinträchtigt. Inwieweit sie Zugang zu **staatlicher Unterstützung** erhalten, ist fraglich. Einzelne Entwicklungsorganisationen widmen sich dieser **Zielgruppe**, etwa durch gezielte Agrarförderung und Kurse zur Schulung von Frauen in lokalen und regionalen Gremien. Seit der Öffnung der Grenze nach Südafrika versuchen Frauen, durch transnationale Migration oder **grenzüberschreitenden Handel**, z.B. mit Kunsthandwerk, Geld zu verdienen, um ihre Versorgungslast zu bewältigen.

Migration



Buchcover Zimbabwe Exodus © Crush/Tevera



© International Organisation for Migration



No to xenophobia - Fan Walk For Peace And Unity © CC-BY-2.0



Seit der politischen und ökonomischen Krise ab 2000 sind viele Simbabwer/-innen nach Südafrika geflohen bzw. migriert.

Zahlenangaben und Schätzungen sind oft politisiert und strittig. In Südafrika sind zahlreiche Simbabwer/-innen mit **Xenophobie** konfrontiert, so im April 2015 in Durban, wobei Äußerungen von Präsident Robert Mugabe über die gewaltsamen Übergriffe auf Simbabwer/-innen und andere afrikanische Migranten/-innen **politische Kontroversen** innerhalb der SADC zur Folge hatten. Etliche Simbabwer/-innen wurden in den ersten Monaten 2015 und in den Jahren zuvor Opfer **xenophober Gewaltübergriffe** und Vertreibungen; einige hundert kehrten nach Simbabwe zurück.

Die Gründe für die Feindseligkeit sind vielschichtig, dazu zählt: Viele Südafrikaner/-innen befürchten, die vergleichsweise gut ausgebildeten Simbabwer/-innen würden bei der Arbeitsplatzwahl bevorzugt. Etliche Unternehmer und Farmer zahlen für sie keine Mindestlöhne. Ausbeutung und Missbrauch sind verbreitet. Bis zum Ende einer offiziellen **Registrierungsfrist** Ende 2010 - bzw. im Juli 2011 - hatten sich nur ca. 275.000 Simbabwer/-innen bei südafrikanischen Behörden gemeldet, weil sie Schikanen fürchteten; etwa 134.000 Anträge wurden bewilligt. Jährlich werden mehrere Zehntausend Simbabwer/-innen ausgewiesen.

Im März 2014 kündete der Botschafter Südafrikas in Simbabwe an, alle nicht registrierten Simbabwer/-innen sollten sich um eine Aufenthaltsgenehmigung bemühen, sonst drohte ihnen zwangsweise eine Ausweisung. Auch die Vergabe einer Arbeitserlaubnis wurde drastisch verschärft. Die Zahl der Simbabwer/-innen in Südafrika wird auf über 1,5 Millionen Menschen geschätzt. Viele migrierten nach Massenentlassungen und dem Bankrott zahlreicher Unternehmen in Simbabwe. Im Oktober bzw. November 2014 traten **Neuregelungen zur Registrierung** simbabwischer Migranten/-innen und Arbeitnehmer/-innen in Kraft; allerdings gab es viele Unklarheiten. Das sorgte für Kontroversen und Proteste. Aktuelle Informationen über die legalen Bedingungen und Neuerungen bieten zuständige südafrikanische **Behörden**. Die wirtschaftlichen Probleme in Simbabwe und die Möglichkeiten bzw. Schwierigkeiten in Südafrika beeinflussen die Entscheidungen zur Migration, die bei Menschen in unterschiedlichen simbabwischen Provinzen differieren.

Nach Großbritannien gingen während der Krisenjahre ca. 55.000 Menschen und nach Botswana mindestens 40-100.000, die mehrheitlich nicht registriert sind. Sie suchten **Arbeit und Schutz** vor politischer Verfolgung. Sie schicken Geld und Güter an ihre Verwandten. Zahlreiche Kinder wachsen bei Großmüttern oder anderen Verwandten auf. Das betrifft keineswegs nur AIDS-Waisen. 41,9 % aller Simbabwer/-innen sind jünger als 15 Jahre, 5,4 % sind älter als 60 Jahre.

Bis heute arbeiten viele Simbabwer/-innen im Ausland und versorgen ihre Familienmitglieder in der Heimat mit Geldsendungen aus

Ersparnissen, die Gehälter im Land sind zumeist gering und oft unregelmäßig. Das betrifft Arbeitskräfte im beispielsweise sozialen Bereich, deren Engagement und Leistungen vor allem in ländlichen Regionen fehlen.



Großmutter und Enkelin, © Foto: Rita Schäfer

In Simbabwe selbst gibt es etwa 20.000 **Flüchtlinge**, davon über 8.300 Asylsuchende u.a. aus den Kriegsländern Zentral- und Nordostafrikas. Das **UNHCR** bemüht sich um ihre Versorgung. Die Zahl der landesintern Vertriebenen (**IDPs**) wurde 2017 auf ca. 10.000 geschätzt. Von der so genannten Operation **Murambatsvina** (Shona sinngemäß „den Dreck wegräumen“) im Mai 2005 waren laut UN-Angaben über 700.000 Menschen betroffen; mehrheitlich wurden sie aus informellen städtischen Siedlungen **vertrieben**. Ihr Hab und Gut wurde von Bulldozern, staatlichen Sicherheitskräften und Schlägertrupps systematisch zerstört.

Geschlechter- und Generationenverhältnis

Die Geschlechter- und Generationenhierarchien in der simbabwischen Gesellschaft sind durch historische, politische und ökonomische Faktoren geprägt. Vorkoloniale Normen wurden durch koloniale rechtliche Vorgaben und ökonomische Interventionen verändert. Auch die missionarischen Einflüsse auf das Ehe- und Familienleben sowie die Moralvorstellungen und der Rassismus



Alte Menschen, © Foto: Rita Schäfer

weißer Siedler/-innen müssen berücksichtigt werden. Dies betrifft vor allem die Entwürdigung schwarzer Männer. Junge Mädchen und Frauen schlossen sich dem Unabhängigkeitskampf an, weil sie ein Ende der kolonialen Diskriminierung und neue Chancen erhofften. Dazu zählte auch die Forderung nach Geschlechtergleichheit, nach **Land- und Erbrechten**. Diese **Ziele** sind bis heute nicht bzw. nur sehr unzureichend erfüllt worden. Zwar hat sich das Generationenverhältnis geändert, die Macht der Alten wurde im Unabhängigkeitskampf – teils gewaltsam – gebrochen. Trotz einiger Gesetzesgrundlagen bzw. Gesetzesentwürfe verkam der Respekt vor **alten Menschen** nach 1980 insbesondere in Krisenzeiten zur Parole. Für **Kinder**, Jugendliche und **junge Menschen** hat sich die Situation mit der politisch motivierten Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2000 deutlich verschlechtert. Das zeigt sich im **Alltag**, der oft eingeschränkten **Grundversorgung**, dem **begrenzten Zugang zu Bildung** und Gesundheitsdiensten sowie der Notwendigkeit, zu arbeiten. Der Problemsituation und Exklusion von **Jugendlichen** steuern einige **Jugendorganisationen** entgegen. Viele **Jugendliche** bleiben politisch skeptisch und zurückhaltend; vielerorts ist es unsicher, zu politischen Veranstaltungen zu gehen.

Frauenemanzipation endete am patriarchalen Selbstverständnis von Kommandanten und später von Parteifunktionären. Bereits im Oktober 1983 organisierten staatliche Sicherheitskräfte im Rahmen der **Operation „Clean up“** (Aufräumen) Übergriffe auf allein lebende und berufstätige Frauen in den Städten. Über 6000 Frauen wurden verhaftet, mehrheitlich aus ihren Wohnungen. Etliche wurden am Arbeitsplatz oder auf der Straße festgenommen. Viele wurden auf Polizeifahrzeuge geladen und außerhalb der Städte abgesetzt oder in ein Sicherheitsgefängnis gebracht. Ihnen wurde vorgeworfen, Prostituierte zu sein und die öffentliche Ordnung zu stören. Mehrheitlich hatten die Gefangenen im Unabhängigkeitskrieg gekämpft und eine Ausbildung als Krankenschwester oder Lehrerin absolviert. Etliche Männer konnten den Brautpreis, der für Eheschließungen verlangt wurde, nicht aufbringen. So blieb das Heiraten für viele ein Wunschtraum.



Hochzeit © Foto: Rita Schäfer

Die simbabwische Regierung hat etliche Abkommen der UN, der Afrikanischen Union und der südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft (SADC) zur Situationsverbesserung von Frauen und zur Geschlechtergleichheit unterzeichnet und ratifiziert, jedoch ist die **Umsetzung** problematisch. Auch die Vorgaben der neuen **Verfassung** von 2013 oder die **Wahlen 2018** haben keine grundlegende Verbesserung gebracht, dazu wäre klarer **politischer Wille** erforderlich, wie Rechtsexpertinnen argumentieren. Das Frauen- bzw. Gender-Ministerium hat zwar einen nationalen Gender-Plan erstellt, die Umsetzung ist aber schleppend. Das Ministerium geht kaum gegen rechtliche Ungleichheiten, die beispielsweise zu Existenzproblemen von **Witwen** führen, und Gewaltmuster vor. Geschlechtsspezifische Probleme sind weit verbreitet. Dies schlägt sich im **Social Institutions and Gender Index** der OECD nieder; beim UNDP-Gender Inequality Index des UNDP belegte Simbabwe **2017 Platz 128 von 160**. Kritisch schätzt auch der 2015 veröffentlichte **Gender Gleichheitsindex** der Afrikanischen Entwicklungsbank die Geschlechterungleichheiten in der Wirtschaft und Politik Simbawes ein. Er vergleicht afrikanische Länder. So gibt es für traditionelle Ehen kein Mindestalter. Vor allem in Krisenzeiten werden **Töchter früh verheiratet** und gehen dann nicht mehr zur Schule.

Teenagerschwangerschaften, Schwangerschaftskomplikationen sowie hohe Mütter- und Säuglingssterblichkeit sind die Folgen. Bedingt durch die multiplen, und sich wechselseitig verstärkenden Probleme in Wirtschaft, Gesundheitssystem und Grundversorgung ist die Situation vieler Kinder sehr schwierig.

Die Arbeit unabhängiger **Frauenorganisationen** und Wissenschaftlerinnen wurde in den letzten Jahren immer schwieriger. Manche reduzierten oder änderten ihre **Programme**. Auch die Vernetzung zur effektiven politischen Lobbyarbeit wurde drastisch erschwert. Nur einzelne **Organisationen** widmen sich der Überwindung von gewaltgeprägter **Männlichkeit**, wobei die politischen Hintergründe dieses Problems eine große Herausforderung ist.

Geschlechtervielfalt - Homosexualität

Homosexualität ist in Simbabwe **gesetzlich verboten**. Homosexuelle Handlungen werden strafrechtlich verfolgt. Die Kriminalisierung geht auf die Kolonialzeit zurück und wurde nach der politischen Unabhängigkeit 1980 nicht gemäß menschenrechtlicher Standards revidiert. Vielmehr wurde die bestehende homophobe Gesetzgebung 2006 verschärft. Von Strafverfolgung und Gefängnishaft betroffen sind vor allem schwule Männer. **Homophobe Gewalt** zwingt manche zur Flucht außer Landes. Gleichgeschlechtliche Ehen sind verboten. Die neue Verfassung von 2013 verbietet zwar Diskriminierung, bezieht sich aber nicht auf Menschen unterschiedlicher Geschlechtsidentitäten oder sexueller Orientierungen, obwohl deren Interessenvertretungen das **gefordert hatten**. Als Oberbegriff für diese politisch diskriminierte und **gesellschaftlich marginalisierte Gruppe** wird die Abkürzung LGBTIQ verwendet: Lesbian, Gay, Bi*, Trans*, Inter*Sexuelle und Queer, zu deren Selbstverständnis äußern sich einzelne **Initiativen**.

Politische Anfeindungen durch die Regierung, insbesondere durch den früheren Präsidenten Robert Mugabe, geschahen beispielsweise während der internationalen **Buchmesse** in Harare Anfang August 1995 und während der Heldengedenkfeier wenige Wochen später. Homophobe Hassreden ranghoher Politiker führten zu Übergriffen auf Homosexuelle, Verhaftungen und Beeinträchtigungen der Arbeit von Homosexuellenorganisationen, etwa durch Spitzel der Regierung und tätliche Gewalt staatlicher Sicherheitskräfte. Sie griffen Personal der Interessenvertretung **Gay and Lesbian of Zimbabwe (GALZ)** wiederholt an.

Diese international anerkannte Organisation bietet vielfältige Beratungen für LGBTIQ-Menschen in Simbabwe, beispielsweise in der HIV-Prävention und AIDS-Behandlung. Zudem sind Gespräche wichtig, da stigmatisierte und ökonomisch sowie sozial ausgegrenzte LGBTIQ-Menschen mit großem Druck und Gesundheitsproblemen konfrontiert sind. Zwar sollen HIV-positive **Homosexuelle** auch in staatlichen **Gesundheitseinrichtungen** beraten werden, doch die Praxis ist weit davon entfernt.

Forschungen über **Homosexualität** in Simbabwe bestätigen: Entgegen der Behauptungen von Seiten einiger Regierungspolitiker und Kirchenvertreter ist nicht die Homosexualität ein Import aus Europa, sondern die Homophobie. In den vorkolonialen Gesellschaften Simbabwes war Homosexualität verbreitet, wie **Begriffe in den Lokalsprachen dokumentieren**, und Homosexuelle wurden **toleriert**. Die britische Kolonialverwaltung kriminalisierte auf Druck christlicher Missionare, die gleichgeschlechtliche sexuelle Praktiken zwischen Minenarbeitern in isolierten Minenkomplexen skandalisierten, homosexuelle Handlungen als Unmoral. Nach der politischen Unabhängigkeit wurden Homosexuelle vor allem in ökonomischen Krisenzeiten - etwa nach der problematischen Einführung wirtschaftlicher Strukturanpassungsprogramme in den 1990er Jahren - zu **Sündenböcken** für soziale Spannungen, die letztlich **politische** und ökonomische Ursachen hatten. Homophobe

Diskurse vermischten Homosexualität und Pädophilie, beispielhaft ist die **Ablehnung schwuler Lehrer** durch Eltern; vor allem während rasant steigender HIV- und AIDS-Raten und Kürzungen der staatlichen Ausgaben im Gesundheitssektor war dies verbreitet.

LGBTIQ-Organisationen leisten wichtige **Menschenrechtsarbeit**, die international auch als solche wahrgenommen wird. Sie werden dennoch als Agitatoren westlicher Geber von Regierenden attackiert und von Mitarbeitern des staatlichen Sicherheitsapparats bedroht.

Bildung



Schule, © Foto: Rita Schäfer

Die Menschen in Simbabwe legen sehr großen Wert auf gute Bildung ihrer Kinder und eigene Fortbildungen - auch im Vergleich mit anderen Ländern. In der Kolonialzeit wurde Kindern der schwarzen Bevölkerungsmehrheit eine gute Schulbildung verweigert. Nur wenige - zumeist die Söhne einer kleinen Elite - konnten Missionsschulen oder Handwerkskurse besuchen. Das hat die Mugabe-Regierung nach 1980 grundlegend geändert. Eine gute Bildung zählte zu den Versprechungen des Unabhängigkeitskampfes. Die strukturelle Verbesserung des gesamten **Bildungswesens** mit staatlichen Schulen im ganzen Land wurde mit einem hohen **Bildungsetat** und internationaler Förderung erreicht. Gesetzliche Basis für das **Primar- und Sekundarschulsystem** war das **Bildungsgesetz von 1987**, das 1991 und 2004 ergänzt wurde. Die derzeitige bildungspolitische Planungsgrundlage ist der **Bildungssektor-Strategieplan 2016-2020**.

Am Aufbau und der Verbesserung der Sekundar- und Berufsschulen wirkten auch zahlreiche Lehrer/-innen des **Deutschen Entwicklungsdienstes (DED)** insbesondere in den 1980er Jahren mit. Einzelne **Schulpartnerschaften** zwischen simbabwischen und deutschen Schulen, etwa in **Bielefeld**, bestehen dank des Engagements der Lehrer/-innen bis heute.

1979 gab es 177 Sekundarschulen, 1989 waren es 1502. Das Curriculum wurde grundlegend reformiert und **Lehrer/-innen** professioneller ausgebildet. Eltern schickten ihre Töchter in großer Zahl zur Schule, staatliche und private **Schulen** hatten ein hohes Ausbildungsniveau. Mütter und Väter besuchten Alphabetisierungskurse für Erwachsene. Diese Investitionen zahlten sich aus: 93 % aller Frauen und 96 % aller Männer sind alphabetisiert.

In Folge der ökonomischen Strukturanpassungsprogramme (ESAP) und der vom Internationalen Währungsfonds geforderten Einsparungen im Staatshaushalt ab Anfang der **1990er Jahre** musste die Regierung die **Bildungsausgaben** reduzieren. Die Probleme eskalierten durch die Wirtschaftskrise und die politischen Konflikte ab 2000. Zahlreiche Lehrer verließen das Land, etliche starben an AIDS. Während 1995 72 % das Abschlussexamen der Sekundarschulen erfolgreich bestanden, waren es 2007 nur noch 11 %. Und das, obwohl Eltern auch an staatlichen Schulen Schulgeld

zahlen mussten. Die Berufsaussichten der Absolventen/-innen waren schlecht. Viele sahen sich gezwungen, in Südafrika eine Gelegenheitsarbeit anzunehmen, um ihre Familien zu unterstützen. **Mädchen** gerieten unter Druck, sexuelle Beziehungen einzugehen, um Schulgeld zu erwirtschaften. Etliche mussten die Schulausbildung abbrechen. Auch den Zugang zu Examen mussten sich etliche mit sexuellen Dienstleistungen erkaufen, wodurch zahllose Schülerinnen mit HIV infiziert wurden. Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF und die UN-Bildungsorganisation UNESCO förderten HIV-Aufklärungskampagnen für Schüler/-innen und Lehrer/-innen, deren Umsetzung wurde jedoch oft durch Geschlechterhierarchien in der Gesellschaft verhindert.

Im politischen Krisenjahr 2008 verschlechterte sich die Situation abermals, über 90 Prozent der ländlichen Schulen blieben geschlossen. Nur noch 20 Prozent der Kinder besuchten eine Schule. Viele Lehrer erhielten keine oder nur noch minimale Gehälter. Eltern konnten die **Schulgebühren** nicht mehr zahlen. Der **Lehrerverband** kritisierte die politisch motivierte Gewalt gegen Lehrer. Seit Jahren werden Schulen im Matabeleland beim Zugang zu Personal und Geldern benachteiligt, so dass dortige Schüler/-innen bereits in größerer Zahl die Ausbildung abbrechen oder die Examen nicht bestanden. Die direkte Einmischung des simbabwischen **Militärs** in Bildungseinrichtungen - nicht nur in den Matabeleland-Provinzen - verstärkt die Strukturprobleme und Belastungen, vor allem für Lehrer/innen, denen unterstellt wird, regimekritisch zu sein.

Anfang 2014 wurde bekannt, dass die simbabwische Regierung Geld im zuvor schon umstrittenen **Bildungsetat** einsparte. Von dem zur Verfügung gestellten Budget konnten nur ca. 82.000 Sekundarschülerinnen und -schüler unterrichtet werden. Geplant waren aber kostenlose **Bildungsangebote** für 750.000 Kinder in Primarschulen und Förderungen für 250.000 Kinder in Sekundarschulen. 2015 erhöhte die Regierung die Schulgebühren und führte **Examensgebühren** für O'Level und Grade 7 ein, wogegen Eltern und Schüler/-innen protestierten.

Der Bildungssektor wird seit Jahren umfangreich von internationalen Organisationen und zivilgesellschaftlichen **Initiativen** mit umfassenden Geldern unterstützt. Obwohl internationale Geber umfangreiche Mittel zur Verfügung stellten, ist die defizitäre Förderung von Kindern, deren Eltern oder Großeltern wegen Armutsproblemen selbst nicht die erforderlichen Schulgebühren aufbringen konnten, ein Problem, was auf **Intransparenzen** innerhalb der simbabwischen Bürokratie hinweist. Viele Kinder müssen deshalb ihre Schulausbildung abbrechen. Besonders gravierend ist die Problemlage von **Mädchen**, die aus wirtschaftlicher Not die Schule verlassen und zwangsweise verheiratet werden, weil ihre verarmten Eltern dann einen - wenn auch geringen - Brautpreis erhalten. Oder sie müssen sich prostituieren, um die Grundversorgung ihrer Familien mitzufinanzieren. Der **Zimbabwe National Council for the Welfare of Children (ZNCWC)** kritisierte im März 2017, Mädchen würden oft nur wenige Nahrungsmittel oder Dinge des täglichen Bedarfs für ihre sexuellen Dienste erhalten; sie hätten keine Verhandlungsmacht gegenüber den Freiern und zahllose würden sich

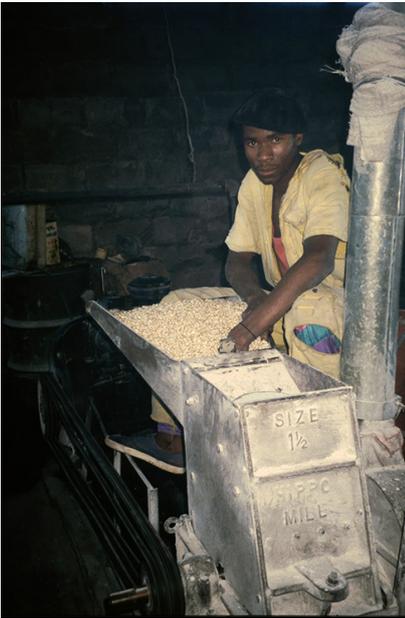
mit HIV infizieren.

Die Anfang 2017 in Kraft getretene Neuausrichtung des **Schulcurriculums** sorgte für viele Diskussionen und Kritik. Die auf Computerkompetenz und nationale Identitätszelebrierung ausgerichteten Inhalte wurden teilweise positiv befunden, überwiegend aber aus verschiedenen Gründen **moniert**, zumal viele Schulen weder über Strom oder Internetzugang verfügen, Schulbücher Mangelware sind und für die neuen Kurse **keine Lehrmittel** existieren. Viele Lehrer sahen sich grundsätzlich überfordert, zivilgesellschaftliche Gruppen wehrten sich gegen den Verlust von Bildungsinhalten und dem Eintrainieren von **Massenaufritten** der Kinder. Für Debatten sorgte auch die Ankündigung des Bildungsministeriums im April 2017, bald würde ein Gesetz zur Begleichung der **Schulgebühr** erlassen, wonach auch Vieh für diese Zahlungen akzeptiert würde. Das soll armen Kindern den Zugang zum Schulbesuch ermöglichen. Problematisch bleibt auch der lange Schulweg für zahlreiche Schüler/-innen, nur mancherorts gibt es den Verleih von **Fahrrädern**, damit müssen die Mädchen und Jungen nicht mehr stundenlang zur Schule bzw. nach Hause laufen.



Alphabetisierte Frauen bei der Buchführung, © Foto: Rita Schäfer

Hochschulen, Fachhochschulen und technische Ausbildung



Handwerksausbildung, © Foto:
Rita Schäfer

Technische bzw. berufsbildende Schulen bauen auf Gesetzesgrundlagen von 1984 auf, die 1996 ergänzt wurden. Es gibt je eine Hochschule in Harare und Bulawayo, auch in kleineren Städten entstanden in den letzten Jahren höhere Bildungseinrichtungen. Das Studieren ist jedoch für die Mehrheit der jungen Menschen, die nicht zur politischen Elite zählen, schwierig. Zudem gibt es bei der Vergabe von Stipendien Unregelmäßigkeiten. Inwieweit die Forschungen regimeunabhängig sind, wird vor allem für die Zeit seit 2000 kontrovers diskutiert. Der Deutsche Akademische Austauschdienst DAAD bietet Informationen über das Hochschulwesen und fördert unter anderem Hochschulkooperationen sowie deutsche Dozenten/-innen vor Ort. Auch Stipendien werden vergeben. Zudem bilden technische, landwirtschaftliche, pädagogische und medizinische Fachhochschulen erfolgreiche Schulabsolventen/-innen aus. Der tertiäre Bildungssektor war in den letzten Jahren in Folge der politischen und wirtschaftlichen Krise von Einbußen betroffen. Die handwerkliche Ausbildung ist praxisorientiert, verschiedene technische Ausbildungszentren (teils private Einrichtungen) bieten entsprechende Kurse und Lehrgänge.

Gesundheit und medizinische Versorgung



Mbuma Mission Hospital ©
Dingeman Rijken PD-user

Die staatliche und private Gesundheitsversorgung wurde durch die jahrelange Wirtschaftskrise drastisch beeinträchtigt. Es fehlten vielerorts Medikamente. Wegen sehr hoher Arbeitsbelastungen und geringer oder ausbleibender Gehälter wanderten vor allem nach 2000 viele gut ausgebildete Ärzte, Krankenschwestern und Pflegekräfte nach Südafrika oder Europa ab. Vor allem in ländlichen Gebieten verschlechterten sich die Behandlungsmöglichkeiten. Trotz der nationalen Gesundheitsstrategie, die einen umfassenden und integrierenden Anspruch hat, ist die Versorgung in einzelnen Provinzen unterschiedlich - besonders benachteiligt ist wie in vielen anderen Sektoren der Westen des Landes. Verzweifelte Kranke bzw. deren Familien suchen mancherorts bei traditionellen Heilern/-innen oder Pfingstkirchen Hilfe, die jedoch finanzielle Gegenleistungen erwarten. Besonders problematisch ist die Situation behinderter Menschen. Auch psychisch Kranke und Menschen mit psychischen Problemen, zu deren Gründen HIV und wirtschaftliche Existenznot zählen, sind weitgehend auf zivilgesellschaftliche Hilfe angewiesen. Einige Nichtregierungsorganisationen setzen sich für das Recht auf Gesundheit und konkrete Situationsverbesserungen ein.

Internationale Entwicklungsorganisationen und Geber, u.a. die Europäische Union, finanzieren den Großteil des staatlichen

Gesundheitswesens, etwa durch den Health Transition Fund mit 436 Millionen US-Dollar, den etliche internationale Geber ermöglicht haben. Auch nahezu alle Medikamente werden daraus finanziert. Seit 2003 erhielt Simbabwe zudem 707 Millionen US-Dollar aus dem Global Fonds gegen AIDS, Malaria und Tuberkulose. Die internationalen Gelder reichen nicht. Die Regierung hat dennoch den staatlichen Gesundheitsetat von 407 Millionen US-Dollar in 2013 auf 330 Millionen US-Dollar in 2014 und auf 301 Millionen US-Dollar in 2015 gekürzt. Das sind 22 US-Dollar pro Bürger/-in, nur ein Zehntel oder noch viel weniger im Vergleich mit den Nachbarländern. Die staatlichen Kliniken erhielten Medienberichten zufolge nur 25 Millionen US-Dollar für Operationen, obwohl sie bereits mit 33 Millionen US-Dollar bei Lieferanten für Heilmittel und Krankenhausausrüstung verschuldet waren. 2016 wurden den Kliniken laut Medienberichten 53 Millionen US-Dollar aus dem nationalen Haushalt zugeteilt, um Operationen durchzuführen. Sie hatten 303 Millionen US-Dollar beantragt. 147 Millionen US-Dollar zahlten internationale Entwicklungsorganisationen. Das geringe Gesundheitsbudget entspricht auch nicht den Vorgaben der Afrikanischen Union.



Cholera-Patienten im Budiro-Distrikt © Kate Holt AusAID (CC BY 2.0)

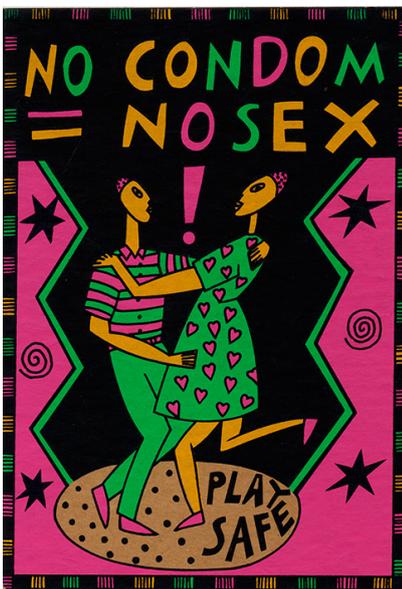
Wegen der desolaten Wasser- und Abwasserversorgung brach 2008/2009 die Cholera aus, sie forderte ca. 4000 Todesopfer. 2008 erkrankten laut der Weltgesundheitsorganisation etwa 31.000 Menschen an Cholera, 2009 waren es 66.000. Im September, Oktober und November 2018 gab es Cholera-Ausbrüche in verschiedenen Landesteilen mit etlichen Erkrankten und über 50 Toten. Auch Typhus fordert lokal immer wieder Todesopfer, 4900 im Zeitraum 2011 - 2012. Das Gesundheitsministerium bezifferte die Typhusfälle zwischen Januar und November 2013 auf 1472 und 432 Choleratote. Human Rights Watch und Mitarbeiter des Gesundheitswesens gingen von viel höheren Zahlen aus, allein 3000 Typhusfälle waren in Harare 2013 zu verzeichnen. Unterernährung, Masern, Malaria und Tuberkulose sind ebenfalls verbreitete Krankheiten.

Pro 1000 Menschen gibt es statistisch gerechnet 0,07 Ärzte/-innen und 1,35 Krankenschwestern. Andere Statistiken gegen von 1,6 Ärzten und 7 Krankenschwestern bzw. Hebammen für 10.000 Menschen aus. Sie müssen dann komplizierte Aufgaben übernehmen, das betrifft vor allem ländliche Gebiete. Landesweit beschränkt sich die Zahl von Fachärzten und Chirurgen auf Einzelne. Immer wieder legen überlastete Krankenschwestern in schlecht ausgestatteten Kliniken aus Protest gegen die unerträglichen Arbeitsbedingungen und strukturelle Mängel in der medizinischen Grundversorgung ihre Arbeit nieder. In Folge eines Streiks von Krankenschwestern wurden im April 2018 zahlreiche entlassen. Im November und Anfang Dezember 2018 protestierten Krankenschwestern und Ärzte abermals wegen der schwierigen Arbeitsbedingungen und der geringen Gehälter, Massenentlassungen waren die Reaktion der Regierung.

Die Versorgungsprobleme im Gesundheitssektor betreffen aufgrund

eigener Krankheiten und geschlechtsspezifischer Rollenzuweisungen an Frauen als Pflegenden bzw. Verantwortliche für die Gesundheit von Kindern und Alten vor allem die verarmte weibliche Bevölkerung. Die Fertilitätsrate war laut Weltbank 3,8 Kinder pro Frau im Jahr 2015, Statistiken in 2016 schätzten sie auf 3,11 und in 2017 auf 3,9. Die Müttersterblichkeit war **242 in 2017** (je nach Statistik sogar **525**) für 100.000 Lebendgeburten. Für viele arme Schwangere ist es nicht oder nur schwer möglich, die von Krankenhäusern verlangten **Gebühren** zu zahlen. Die Sterblichkeitsrate der Kinder unter fünf Jahren ist in 2019 50,3 pro 1000 Lebendgeburten - laut **UNICEF**. Für 2016 und 2017 unterschiedliche **Angaben**.

Gesundheit und HIV/AIDS



"No condom = no sex - play safe", © Plakat der Künstlerin Jane Shepherd, www.janeshpherd.com/portfolio/



HIV-Awareness Programme für Studierende an der Great Zimbabwe University © Izzytee (CC BY-SA 4.0), unverändert

In Simbabwe sind HIV und AIDS Strukturprobleme. Die offizielle aktuelle HIV-Rate der 15 bis 49 Jährigen beträgt 15 Prozent, die altersübergreifende **Rate** beziffert UNAIDS und der Zimbabwe Demographic Health Survey 2016 auf 13,5 Prozent bzw. 1,3 Millionen mit HIV-infizierte Menschen. Auch Anfang März 2019 ging UNAIDS wieder von **1,3 Millionen** HIV-positiven Menschen aus, deren Versorgungslage allerdings als problematisch eingestuft wurde. 2016 starben 30.000 und 2015 etwa 29.000 Menschen an **AIDS**. Die Nutzung anti-retroviraler Medikamente betrug 2016 74 Prozent. Die Kenntnisse über den eigenen Status differieren zwischen Frauen und Männern, ebenso die Infektionsrate, was vor allem auf die Ausrichtung der HIV-Beratung auf Schwangere und Geschlechterhierarchien in sexuellen Beziehungen zurückzuführen ist.

Kinder und Jugendliche sind Zielgruppen von Präventionsprogrammen, infizierte **Mädchen** werden oft stigmatisiert. Diese Probleme sind im Kontext von sexueller Gewalt und **Dominanz vieler Männer** in sexuellen Beziehungen, negativen Einstellungen zu Kondomen, Armut und Mangel-/Unterernährung zu sehen. Die Abneigung der meisten Männer gegen Kondome resultiert aus der kolonialen Kontrolle über die Familienplanung, dem Aufbrechen von Ehen durch Wanderarbeit und nachkolonialen Definitionen von Virilität durch viele Partnerinnen. Demgegenüber haben die medizinischen Versorgungsprobleme politische Gründe. Bei der regelmäßigen Einnahme anti-retroviraler Medikamente, die Mutter-Kind-Übertragung des HI-Virus reduzieren können, sind soziale und kulturelle Aspekte hinderlich, etwa die familiäre Stigmatisierung HIV-positiver Schwangerer und AIDS-Tabus. Einige Projekte von Entwicklungs- und Gesundheitsorganisationen verfolgen umfassende Ansätze, die den Dialog zwischen Müttern und die Einbeziehung von Männern beinhalten.

Erste AIDS-Fälle wurden ab 1987 dem AIDS Control Programme im Gesundheitsministerium gemeldet. Aus ihm ging das National AIDS Coordination Programme hervor. Seine Aufgaben waren Planung und Koordination. 1995 arbeiteten über 50 staatliche und nicht-staatliche

Organisationen schwerpunktmäßig in der HIV/AIDS-Aufklärung, Medikamentenverteilung, **Beratung** und Betreuung von Patienten/-innen und deren Angehörigen. Der 1999 gegründete multisektorale **National AIDS Council** beaufsichtigte Präventions- und Beratungsprogramme und erstellte die erste nationale HIV/AIDS-Policy. Es gibt inzwischen einen nationalen HIV/AIDS-Strategieplan, auch die **WHO-Richtlinien** zur HIV-Prävention und zur Verhinderung der Mutter-Kind-Infektionen wurden vom Gesundheitsministerium akzeptiert. Allerdings fehlen mancherorts die notwendigen **Medikamente** und die Finanzierung der Therapien ist unklar. Präventionsprogramme sollen vor allem **Jugendliche** erreichen.



Erinnerungsfotos an Eltern -
AIDS-Waisen © KATE
HOLT/EYEVINE DFAT (CC BY 2.0)

Die **offiziellen Zahlen** zu sinkenden Infektionsraten zwischen 2002 und 2006 sind im Kontext nationaler politischer Auseinandersetzungen zu sehen. Sie hatten kritische internationale Debatten über die Erstellung von Statistiken, die Verbreitung **anti-retroviraler Medikamente**, die negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Strukturanpassungsprogramme (ESAP) auf den Gesundheitssektor, die Berücksichtigung von Massenabwanderungen und hohen AIDS-Todesraten von Erwachsenen und Kindern zur Folge.

Die Versorgung der laut **UNAIDS** ca. 450.000 **Waisen** im Jahr 2016 müssen **alte Menschen** - vor allem **Frauen**, insbesondere **alte Frauen** auf dem **Land** - übernehmen, von denen etliche selbst nach Jahrzehnte langer schwerer körperlicher Arbeit gebrechlich sind. Deren Probleme können sogenannte lokale **Pflegegruppen** (u.a. **Home based Care Groups**), die teilweise an Kirchengemeinden assoziiert sind, seit Jahren nur begrenzt mindern. Mit großen Belastungen sind auch Gesprächsgruppen konfrontiert, die lokal angepasste, **psychologische Unterstützung** bieten. Zudem gab es in der Vergangenheit Auseinandersetzungen zwischen dem **Global Fund to fight AIDS, Tuberculosis and Malaria** und dem **nationalen AIDS Council** über die Veruntreuung von Geldern. Angesichts dieser Problemkomplexität werden reproduktive Rechte nicht verwirklicht, was oft **HIV-Infektionen** zur Folge hat.

Kunst und Kultur

Der Stolz auf die eigenen reichen kunsthandwerklichen Traditionen und die politische Unabhängigkeit beförderten das **kulturelle Leben** nach 1980. Hinzu kam die an internationalen Standards ausgerichtete Bildung von Kindern und Jugendlichen. Umso wichtiger ist es für Ausländer/-innen, eigene Vorurteile und Rassismen zu überwinden.

Simbabwe hatte in den 1980er und 1990er Jahren eine vibrierende und kreative **Kulturszene** - eine der vielfältigsten auf dem Kontinent. Das betraf insbesondere die **Literatur**, die Musik und die Bildhauerei.

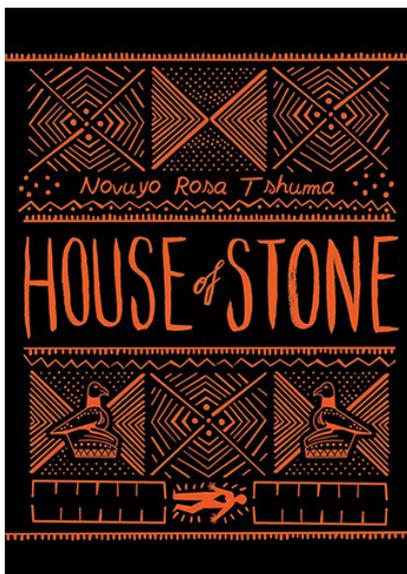


© Arche Verlag, Zürich

Simbabwische Künstler/-innen wurden mit zahlreichen internationalen Preisen geehrt und waren Vorbilder für junge Menschen im Land. Werke namhafter Schriftsteller/-innen wie Yvonne Vera, Chenjerai Hove - beide waren in Europa und in Nordamerika anerkannt und sind bereits verstorben.

Zur facettenreichen simbabwischen Literaturszene zählen auch Charles Mugoshi, Shimmer Chinodya oder Christopher Mlalazi, Tendai Huchu, Tsitsi Dangarembga sowie neuerdings No Violet Bulawayo, Petina Gappah und Novuyo Rosa Tshuma. Einige der Romane dieser Autoren/-innen wurden ins Deutsche übersetzt.

Eine Übersicht über Sach-, Kinder- und Jugendbücher sowie Belletristik bietet die informative Webseite Reading Zimbabwe. Sie stellt eine Auswahl interessanter Literatur vor. Simbabwische Kinderbücher spiegeln historische Entwicklungen und gesellschaftliche Veränderungen.



© Atlantic Books, House of Stones

Simbabwische Steinbildhauer/-innen wie Colleen Madamombe, Agnes Nyanhongo, Dominic Benhura oder Joe Mutasa präsentierten ihre Werke lokal und in viel beachteten Ausstellungen in deutschen und europäischen Städten. Inzwischen sind wegen der wirtschaftlichen und politischen Probleme viele Galerien und Werkstätten geschlossen. Einige anerkannte Steinbildhauer/-innen sind an AIDS gestorben, andere sind emigriert; manche arbeiten auf der Basis von Stipendien im Ausland. Auch Künstler/-innen, die sich auf andere Arbeitstechniken, etwa Zeichnungen und Illustrationen, spezialisiert haben, wie Kunyalala Ndlovu, alias Fort Rixon, in Südafrika. Zu namhaften jungen Künstler/-innen zählen Portia Zvavahera, Gareth Nyandoro oder Mishek Masamvu. Owen Maseko, der unter anderem die Gukurahundi Massaker thematisierte, hatte wiederholt Probleme,



Steinbildhauerei, © Foto: Rita Schäfer

seine Kunst auszustellen.

Simbabwische Musiker/-innen wie **Stella Chiweshe**, **Thomas Mapfumo** und **Oliver Mtukudzi**, der im Januar 2019 **verstarb**, wurden auf Welttourneen gefeiert. Auch junge Musiker/-innen wie die Gruppe Nobuntu oder die Rap-Künstlerin Awa treten gelegentlich in Europa oder Nordamerika auf. In Simbabwe selbst bewegen sich Musiker/-innen seit Jahren auf einem Grat zwischen künstlerischen Innovationen und staatlicher Kontrolle, Zensur bzw. Selbstzensur. Das betrifft auch Künstler/-innen in Townships.

Nach der politischen Unabhängigkeit 1980 blühten über Jahre Theaterprojekte wie das **Amakhosi-Theater**, es begeisterte u.a. ganze Schülergenerationen. Teils gibt es internationale **Produktionen**. Auch Dokumentar- und **Spielfilme** wurden gezielt zur Bildungs- und **Bewusstseinsarbeit** gedreht und verbreitet. Der **künstlerischen Arbeit** mit Kindern und Jugendlichen und der Begeisterung für **Gesang** und **Tanz** hat sich **Iyasa** verschrieben, die **international** anerkannt ist.



Nobuntu © Nobuntu-music.com

Jedoch wurden die Entfaltung- und Handlungsspielräume von **Künstler/-innen** insbesondere durch die politische und wirtschaftliche Krise ab 2000 stark beschränkt. Das **Spannungsverhältnis** zwischen Kunst und Politik ist seitdem konfliktgeladen. Politisch oder **historisch relevante Stücke** wurden verboten. Spielstätten und unabhängige Kulturzentren gerieten ins Visier des Geheimdienstes. Viele namhafte Künstler/-innen sind von **Verhaftungen** bedroht und sahen sich gezwungen, ins Exil zu gehen. Manche kommen temporär nach Europa, um auf Einladung von Kulturinstituten ohne Bedrohung **an neuen Werken arbeiten** zu können. Einige sind aber auch an AIDS gestorben.



Iyasa in Borovany © D. Judge (CC BY 2.0)

Zwar gibt es inzwischen wieder **Kulturfestivals**, wie das **HIFA Festival** und **SHOKO Festival**, doch viele junge Künstler/-innen sind äußerst vorsichtig in ihrer Themenwahl. Einige treten in Südafrika auf, andere verlagern ihre künstlerischen Aktivitäten ins Internet, dazu zählen auch **Comedians** und **Satiriker**, international bekannt ist das **Magamba Network**. Neben simbabwischen Akteuren beteiligte sich die UN-Organisation UNESCO 2012 punktuell an der **Debatte** über die Situation der Kultur, es ging vor allem um die Kulturindustrie. Die simbabwische Regierung hat ihren letzten **Bericht für die UNESCO** über die Kultur im Land 2016 abgeben. Im Juni 2015 stellten einzelne simbabwische Künstler ihre Werke auf der **Kunstbiennale in Venedig** aus, **2017** wurden dort auch wieder offiziell ausgewählte **Kunstwerke aus Simbabwe** präsentiert.

Religion

Die **christliche Bevölkerung** Simbabwes (84 % der Gesamtbevölkerung) gehört unterschiedlichen **Kirchen** an. Neben Katholiken/-innen, Methodisten/-innen, Anglikanern/-innen und Presbyterianern/-innen verzeichnen evangelikale und unabhängige afrikanische **Pfingstkirchen** seit Ende des Unabhängigkeitskriegs einen Anstieg an Gläubigen. Die römisch-katholische Kirche untersteht den Erzbischöfen von Bulawayo und Harare. 16 % der Simbabwer/-innen praktizieren **traditionelle Religionen**, wobei insbesondere der Ahnen/-innenglaube eine große Bedeutung hat. 1 % sind

Muslime, Hindus, Juden, Buddhisten und Bahai. Die Religionszugehörigkeit beeinflusst beispielsweise die Gesundheit, etwa die Nutzung von Gesundheitsdiensten im Kontext der Mütter- und Kindergesundheit.

Politische und gesellschaftliche Bedeutung von Religion



Religion - Padare, © Foto: Rita Schäfer

Die unterschiedlichen Kirchen sowie einzelne Kirchenvertreter haben unterschiedliche Positionen zur **politischen Entwicklung**. 2007 forderte Pius Ncube, Bischof von Bulawayo, Präsident Robert Mugabe zum Rücktritt auf. Die Catholic Commission for Justice and Peace in Zimbabwe hatte die Massaker im Matabeleland in den 1980er Jahren untersucht und 1997 einen detaillierten Bericht darüber veröffentlicht, der politische Kontroversen zur Folge hatte. Die protestantischen Kirchen sind im Zimbabwe Council of Churches vereint. Sie verlangen **gute Regierungsführung**, Einhaltung der Demokratie und Menschenrechte, Überwindung der Armut und bessere Versorgung mit Nahrungsmitteln und Medikamenten. Im Oktober 2008 gründeten der **Zimbabwe Council of Churches (ZCC)**, der **Evangelical Fellowship of Zimbabwe**, die **Zimbabwean Catholic Bishop's Conference (ZCBC)** und die Union of the Development of Apostolic Churches in Zimbabwe and Africa (UDACIZA) das **Ecumenical Church Leaders Forum**.

Bereits 2006 hatten verschiedene Kirchen ein Dialogforum gebildet. Neben regimekritischen **Positionen** gibt es in den etablierten Kirchen und in den Pfingstkirchen lautstarke **Unterstützer der Politik** des früheren Präsidenten Mugabes und dessen **Nachfolgern**, was teilweise kritisch **kommentiert** wird. Auch Konflikte in evangelikalen Kirchen und Sekten sind zum Teil parteipolitisch motiviert und spiegeln **Fraktionskämpfe** in der ZANU-PF.

Seit dem Unabhängigkeitskrieg und nach Massakern suchen vor allem traumatisierte Menschen Zuflucht in der Religiosität, es gab kaum öffentliche Versöhnungsarbeit oder Aufarbeitungen von Gräueltaten. Auch die hohen AIDS-Todesraten bedingen die Suche nach religiösem Halt. Würdevolle Bestattungen entsprechen christlichen und vor-christlichen Glaubensvorstellungen, die auch sozio-kulturell bedeutend sind. Allerdings erfordern sie hohe Geldsummen. Die Teilnahme an Beerdigungen kann zu Konflikten im Arbeitsleben führen. Für Witwen und Frauen, die AIDS-Kranke pflegen, sind kirchliche Gruppen wichtig, zumal verwandtschaftliche Bindungen aufbrechen. Allerdings verbreiten etliche Kirchenleiter insbesondere in Pfingstkirchen reglementierende Geschlechterkonzepte. Inzwischen gibt es in den etablierten Amtskirchen Männer, die als überzeugte Christen ein Ende der häuslichen Gewalt fordern und mit gutem Beispiel vorangehen. Die Organisation **Padare**, die Christen der Ecumenical Support Services gründeten, leistet vorbildliche Arbeit gegen Gewalt.

Alltag & Praktische Informationen

(Diese Länderseite wurde zum letzten Mal im März 2019 aktualisiert.)

Die Vielfalt Simbabwe zeigt sich bei Reisen und längeren Arbeitsaufenthalten. Die Menschen sind sehr gastfreundlich und gut gebildet. Landesinterne Gegensätze und rasante Entwicklungen fordern Besucher/-innen und Entwicklungsexperten/-innen auf, immer wieder über eigene Standpunkte zu reflektieren.



Stadthaus, Foto: R. Schäfer

Währung
US-Dollar

Wechselkurs
1 Euro - 1,12 Dollar (3/2019)

Zeitzone
UCT+1

Landesvorwahl (Telefon)

Klima (für Hauptstadt)
subtropisch

Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen

Detailinformationen zur Einreise bietet das [Auswärtige Amt](#). Am 18. Januar 2019 hat das Auswärtige Amt [Reisewarnungen](#) für Simbabwe veröffentlicht. Diese betreffen vor allem die Großstädte und das Meiden von Versammlungen bzw. Demonstrationen sowie das Fotografieren von Protesten, die u.a. durch massive Preiserhöhungen für Benzin und anderen Treibstoff von der Regierung angeordnet wurden.

Deutsche Staatsbürger/-innen brauchen zur Einreise nach Simbabwe ein [Visum](#). Dieses erhalten sie an Grenzübergängen und auf den Flughäfen in Harare, Bulawayo und Victoria Falls. Ein Visum für sechs Monate kostet ca. 55 US-Dollar. Das Visum bezieht sich auf einen touristischen Aufenthalt, eine Arbeitstätigkeit ist damit nicht erlaubt. Inhaber deutscher Diplomaten- und Dienstpässe erhalten ihr Visum beim Grenzübertritt. Visumsverlängerungen können beim [Department of Immigration](#), Harare beantragt werden. Die Verlängerungen benötigen Zeit, über die konkrete Dauer sollte man sich vor Ort rechtzeitig erkundigen.

Deutsche Staatsbürger/-innen müssen einen gültigen Reisepass und Kinder einen Kinderreisepass besitzen. Diese müssen mindestens noch sechs Monate nach Abschluss der Reise gültig sein. Das Einreisen mit einem Personalausweis ist nicht gestattet.

Bei der Einreise aus einem Land, in dem Gelbfieber verbreitet ist, müssen entsprechende Impfdokumente vorgelegt werden. Diese sind beim direkten Einreisen aus westeuropäischen Ländern nicht notwendig.

Die [Deutsche Botschaft](#) in Harare ist auch eine wichtige Adresse für deutsche Staatsbürger/-innen in Simbabwe. Weitere Informationen über Einreise und Aufenthalt bietet die [simbabwische Botschaft in Berlin](#).

Geld



Simbabwe Dollar während der Hyperinflation © Discott (public domain)

Seit 2009 ist der US-Dollar das verbreitete [Zahlungsmittel](#). Auch mit dem südafrikanischen Rand sowie mit einigen asiatischen Währungen kann gezahlt werden. Der Simbabwe-Dollar ist wegen der Hyperinflation bedeutungslos geworden, allerdings wurden für [Wechselgeld](#) ab Dezember 2014 wieder Simbabwe-Dollar-Münzen geprägt. Diese fanden jedoch nur begrenzten Zuspruch, die Menschen sind skeptisch wegen ihrer Erfahrungen mit der Hyperinflation. Die Notenbank stellte Mitte Juni 2015 die [Währung](#) offiziell auf den US-Dollar um. Bargeld kann man mit Visa-Kreditkarten an großen Bankfilialen in größeren Städten abheben, allerdings nur in geringer Höhe. Deshalb wird seit Mai 2016 [Reisenden empfohlen](#), Geld mitzubringen, das sie ausgeben wollen.

Wegen des Diebstahlrisikos sollte man dennoch nie zu viel Bargeld bei sich tragen, sondern dies in Tresoren aufbewahren. Angesichts des **Mangels** an Devisen bzw. Dollars im Staatshaushalt und der Zentralbank hat die Einführung von **Schuldscheinen** (bond notes) als Parallelwährung von Seiten der Regierung begonnen.

Wohnen und Versorgung



Eastgate Centre, Harare, © David Brazier, wikimedia (CC BY-SA 3.0)

Wohnungen und Häuser kann man über Immobilienfirmen mieten oder kaufen. Man sollte auf die Ausstattung mit Sicherheitsvorrichtungen achten. Einbrüche sind ein zunehmendes Problem. Mancherorts kann es zu Stromausfällen kommen. Die Netzspannung ist 220/230 V, 50 Hz. Es wird das metrische System verwendet. Die Wasserversorgung ist nicht überall gesichert. Die **Wasserqualität** ist sehr unterschiedlich, Leitungswasser und Brunnenwasser sollte man nicht trinken. Oft fehlen Chemikalien zur Wasserreinigung. Auch verrostete Duscheinleitungen können gesundheitsschädliche Keime enthalten.

Die Grundversorgung in den Städten wird im Wesentlichen durch Supermärkte gedeckt. Das Essen und die Getränkeangebote sind unter anderem durch die britische Kolonialherrschaft und Importe aus Südafrika geprägt. Zu den als traditionell geltenden **Grundnahrungsmitteln** zählt fester Maisbrei, **Sadza** genannt. Je nach Einkommen wird er mit etwas Gemüse oder Fleisch gegessen. Alkoholische Getränke gelten teilweise als Statussymbole. Auch Bier aus Sorghum, **Chibuku**, wird inzwischen kommerziell hergestellt.

Für diejenigen, die in Simbabwe für längere Zeit arbeiten und mit Kindern leben, ist beispielsweise die **internationale Schule** von Interesse.

Feiertage

Übersicht der **Feiertage**: 1.1. Neujahrstag, Ostern (variabel) 18.4. Unabhängigkeitstag, 1.5. Tag der Arbeit, 25.5. Afrikatag, 2. Juli Women's and Children's Day, bewegliche Feiertage im August jeweils 2. Montag und Dienstag im August: Heldengedenktag und Tag der Streitkräfte, 22.12. Tag der nationalen Einheit, 25.-26.12. Weihnachten.

Reisen, Transport und Verkehr

Die **Reiseempfehlungen** des Auswärtigen Amtes umfassen - neben aktuellen Reisewarnungen - folgende Punkte: Es herrscht Linksverkehr. Mietwagen kann man bei Niederlassungen internationaler Mietwagenanbieter leihen. Es empfiehlt sich gute Versicherungen abzuschließen. Der Zustand der Autos ist möglicherweise nicht so wie in Westeuropa. Man sollte auf die Diversität des öffentlichen und privaten urbanen Personentransport achten und nicht ohne Ortskenntnisse in dicht besiedelte städtische Wohngebiete, etwa in der Hauptstadt **Harare**, oder nachts auf Landstraßen fahren. Vor allem in der Regenzeit verschlechtert sich der Straßenzustand. Taxis kann man von Hotels aus mieten, nicht alle haben einen funktionierenden Taxameter, daher ist es sinnvoll, vor der Fahrt den Preis auszuhandeln.

Zu **Reisemöglichkeiten** im Land sind Inlandsflüge, Busse und **Leihwagen** zu nennen.

In **Harare**, **Bulawayo** und **Victoria Falls** gibt es besonders viele Angebote für Reisende. Im Dienstleistungssektor und der Gastronomie wird oft 10 % Trinkgeld gegeben. Die großen Flughäfen verlangen eine Ausreisegebühr in Bargeld. Zur Ausfuhr größerer Mengen Kunsthandwerk, die zum Weiterverkauf erworben werden, braucht man eine Genehmigung der Zollbehörde (diese Vorschrift kann sich ändern). Die Einfuhr von Jagdwaffen ist mit einer speziellen Lizenz erlaubt, es ist verboten andere Waffen einzuführen.

Amtssprache und Umgangssprache ist Englisch. In ländlichen Gebieten wird empfohlen, nicht in Badekleidung, kurzen Hosen oder schulterfreien T-Shirts unterwegs zu sein. Das gilt als respektlos. Homosexuelle Handlungen sind strafbar, es werden Geld- oder Haftstrafen verhängt. Wegen der hohen HIV/AIDS-Raten sind bei allen sexuellen Kontakten Kondome zu empfehlen. Das Fotografieren von Soldaten, Militärfahrzeugen, Militäranlagen und sicherheitsrelevanten Gebäuden (Amtssitz des Präsidenten) ist verboten. Auch das Fotografieren von Demonstrationen kann Probleme mit den Sicherheitskräften zur Folge haben.

Bei Reisen mit Kindern sollten vor allem die medizinischen Schutzmaßnahmen beachtet werden. Zum Reisen eignen sich insbesondere die Monate April und Mai oder August bis Oktober. Zwischen November und April ist die Regenzeit. In den Wintermonaten (Juni und Juli) ist es kühl, im Gebirge kann es nachts Bodenfrost geben.



Victoria-Falls Hotel, Foto: Rita Schäfer

Prognosen zum Wetter an einzelnen Orten gibt die [Wettervorhersage](#). Über alle [Nationalparks](#) informiert die Parkverwaltung mit einer eigenen Webseite. Der Tourismus erschließt die Naturschönheiten des Landes und sorgt für Arbeitsplätze. Nachhaltiger Tourismus trägt in der ganzen Region zum Ressourcenschutz und zur sozial gerechten Entwicklung bei. Über die Grundsatzfrage, ob unter den gegebenen politischen Bedingungen touristische Reisen nach Simbabwe sinnvoll oder vertretbar sind, herrschen große Kontroversen. Im Umfeld der Weltkonferenz für Tourismus, die Ende August 2013 an den Viktoriafällen stattfand, wurden Pläne zum Bau eines [afrikanischen Disneyland](#)s in Simbabwe und der Anwerbung [chinesischer Touristen](#) in der Presse verbreitet. Ende Juni 2017 wurde in den Medien bekannt, dass ein [Memorandum](#) zur Konkretisierung [unterzeichnet](#) worden sei.

Sicherheit

Zwar hat sich in den letzten Jahren die politische Situation entspannt, dennoch sollten Ausländer Demonstrationen und Wahlkampfveranstaltungen meiden. Kriminalität ist ein Problem, deshalb sind Vorsichtsmaßnahmen gegen Diebstahl und Überfälle ratsam. Deutsche Staatsbürger/-innen sollten die Sicherheits- und Reisewarnungen des [Auswärtigen Amtes](#) beachten. Weitere Sicherheitshinweise geben beispielsweise [US-amerikanische](#), [kanadische](#) oder [britische](#) Behörden.

Gesundheit

Ausgehend vom aktuellen Impfkalender sollten **Reisende** ihre **Standardimpfungen** überprüfen. Für Erwachsene betrifft das insbesondere Impfungen gegen Tetanus, Diphtherie, Polio, Keuchhusten, Mumps, Masern, Röteln, Tollwut und Influenza. Als **Reiseimpfungen** werden Hepatitis A, Typhus und Meningokokken empfohlen. Auch für Kinder sollten Schutzimpfungen nach Vorgabe von Tropenärzten vorhanden sein. **Malaria** tritt vor allem im Sambesi- und Limpopo-Tal sowie im Gebiet der Viktoriafälle auf. Fieber kann noch nach Wochen ausbrechen und der behandelnde Arzt sollte über einen Aufenthalt in einem Malariagebiet informiert werden. Malaria Tropica verläuft oft tödlich, wenn sie nicht behandelt wird. Es gibt verschiedene Medikamente zur Malariaprophylaxe. Auch das eigene Verhalten kann zur Prophylaxe beitragen (Moskitonetze, Schutzmittel, helle Kleidung etc.). Zur Vermeidung der Schlafkrankheit, die im Kariba-Gebiet von Tsetse-Mücken übertragen wird, sind ebenfalls Präventionsmaßnahmen einzuhalten. Wegen der problematischen Wasser- und Abwasserversorgung gibt es immer wieder Choleraausbrüche. Über die Gefahr entsprechender **Cholera-Epidemien** informiert Reliefweb. Stehende Gewässer sind wegen der Bilharziose-Gefahr zu meiden. Kondombenutzung ist immer angeraten, um HIV-Infektionen zu vermeiden. HIV-Infektionen, Malaria, Cholera und weitere Krankheiten nennt auch das Auswärtige Amt im Rahmen seiner **Reise- und Sicherheitshinweise**, die zudem an den Impfschutz erinnern.

Die technische, medikamentöse und hygienische **Ausstattung** in staatlichen und teils auch in privaten Kliniken ist vielfach problematisch. Zumeist wird auf Vorkasse behandelt. Auch in Apotheken sind nicht alle notwendigen Medikamente vorhanden. Es empfiehlt sich, eine gut ausgestattete Reiseapotheke mitzunehmen und eine Auslandsreiseversicherung abzuschließen, die einen Ambulanz-Rettungsflug einschließt. Denken Sie auch an medizinische und versicherungstechnische Schutzmaßnahmen für Ihre Kinder.

Telekommunikation, Internet

Es gibt in Simbabwe etwa unterschiedliche Angaben zu Mobilfunkverträgen und Festnetzanschlüssen. Die Angaben variieren zwischen 48 und über **80 Prozent** bei Mobiltelefonnutzer/innen. Die zwei größten **Mobilfunkanbieter** registrieren 6,7 und 4,1 Millionen Kunden/-innen. Die **Internetleitungen** sind vor allem auf die Großstädte beschränkt, sie erreichen derzeit etwa 48 Prozent der Bevölkerung. Beim **Mobilfunk** gibt es verschiedene **Anbieter**, ähnlich auch beim **Internet**. Die Anfang 2017 von Mobilfunkbetreibern angekündigten **Preiserhöhungen** für die Mobilfunkkommunikation sorgte für Kontroversen, so dass die Regierung schließlich zur Rücknahme der Erhöhungen aufforderte.

Adressen und Informationsquellen

Botschaften

Botschaft der Republik Simbabwe

Kommandantenstraße 80

10117 Berlin

Tel.: 030-2062263

Öffnungszeiten: Mo.- Fr. 09.00-13.00 und 14.00-16.30 Uhr

Botschaft der Bundesrepublik Deutschland

30, Ceres Road, Avondale, Harare.

- Tel. (00263 4) 30 86 55, 30 86 56, 33 22 92, 33 23 26
- Fax (00263 4) 30 34 55
- Kontakt per [E-Mail](#)
- Postadresse: Embassy of the Federal Republic of Germany, P.O. Box A 1475, Harare, Simbabwe.

Weitere Adressen und Hinweise

[Goethe Zentrum Harare](#) - Kulturaustausch

Politische Stiftungen

- [Konrad Adenauer Stiftung](#)
- [Friedrich Ebert Stiftung](#)
- [Friedrich Naumann Stiftung](#)

Weitere nützliche Adressen und Informationsmöglichkeiten

- [EADI - European Association of Development Research and Training Institutes](#) - Publikationen zu Simbabwe
- [ELDIS](#) - Studien zur Entwicklungszusammenarbeit, unter anderem zu Simbabwe
- [Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde](#)- umfangreiches Fachportal
- [Internet Library Africa ILISS](#) - Recherchemöglichkeiten zu Simbabwe und anderen afrikanischen Ländern
- [Nordic Africa Institute](#) - Bibliothek mit umfangreichen Studien zur wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung in Simbabwe, Publikationen zum Downloaden
- [Reading Zimbabwe](#) - elektronische Informationsplattform mit Sachbüchern und Belletristik aus und über Simbabwe
- [University of Pennsylvania](#) - Simbabwe-Informationen am dortigen Afrika-Studienzentrum
- [University of Florida Libraries](#) - Landesinformationen und Afrika-Forschung sowie Links zu zahlreichen Afrika-Zeitschriften und Datenbanken

Trainingsangebote der Akademie

Die [Akademie der GIZ](#) gestaltet Lernangebote für die internationale Zusammenarbeit. Wir führen mehr als 2000 Fort- und Weiterbildungen durch und entwickeln innovative, wirksame und nachhaltige Lernkonzepte. Und das weltweit.

> Angebote aus dem [Weiterbildungskatalog](#)

Bei allen Fragen rund um das Fort- und Weiterbildungsprogramm der Akademie helfen wir Ihnen gerne weiter.

> Wir freuen uns über Ihre [Anfragen!](#)

Kontakt

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare zu diesem Länderbeitrag oder zum LIPortal insgesamt. Richten Sie Ihre Anfrage an:

Thorsten Hölzer
(Akademie für Internationale Zusammenarbeit)

+49 (0)228 4460 2036

[Zum Kontaktformular](#)